DE KNIPSELKRANT



GUERRILLA STRIJD, SMERIS, IMPERIALISME, FASCISME, COUNTER INSURGENCY...

DE KNIPSELKRANT

Resistance
Documents and Analysis
[...]he Illegal Front

****

ABONNEMENT-BEDINGUNGEN

De Knipselkrant kostet 180 Gulden im Jahr incl. Porto. Es erscheinen ca. 45 Nummern pro Jahr ingesammt ca. 1900 Seiten. Seit August 1978 erscheint De Knipselkrant wöchentlich. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch, holländisch und englisch. Die Themen: Bewaffneter Widerstand in West-Europa, Kampf der politischen Gefangenen, antiimperialistischer Widerstand, anti-AKW-Bewegung Antimilitarismus, Counterinsurgency, Geheimdienste, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Grundlage für die Herstellung der Zeitung sind ca.175 Zeitungen bzw. Zeitschriften, desweiteren anderes uns zugesandtes Material. Deshalb: Wir sind jederzeit sehr interessiert an Erklärungen, Texten und übersetzungen u.a. für die Zeitung. Schickt uns also Material!
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen, und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist, mit einer der letzten Nummern eine Aufforderung, wieder einzuzahlen.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung bzw. - überweisung auf unser Postscheckkonto. (Postscheckamt Arnheim)
Buchläden: Buchläden erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Diesen Rabatt können wir nur gewähren, wenn mindestens 5 Exemplare bestellt werden.
De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland. Postscheckkonto 4246655.

****

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

Sprengstoffanschlag auf Lufthansa



-Hauptverwaltung

Ein Schaden von 100 000 DM entstand bei einem Sprengstoffanschlag auf die Hauptverwaltung der Deutschen Lufthansa in Köln am frühen Dienstag morgen.

Der außen am Gebäude angebrachte Sprengkörper riß ein Loch in die Wand zur Telefonzentrale und beschädigte einen Batterieraum. Der Generalbundesanwalt hat die Ermittlungen übernommen. In einem in Bochum aufgegebenen Schreiben an das Büro der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Essen bezeichneten „Revolutionäre Zellen" den Anschlag als Protest gegen die Abschiebung von Asylbewerbern in der Bundesrepublik. Die Lufthansa verdiene daran.

SACHSCHADEN in Höhe von 100 000 DM entstand bei dem Anschlag auf die Hauptverwaltung der Deutschen Lufthansa in Köln.

chreibtisch…
el bundesdeutscher Au-
ter, auf dem sich die jeweil…
en und hochgekocht werden. Mögen
lationen auch wechseln, die taktis
immer gleich. Über eine Abfolge
isierung e… Segmente, zuneh
ölkerung in … Gesamtheit, über
ilisierung w… das Terrain geebn
ressionen. Nach diesem Muster ver
e türkischen Arbeitsemigrantinnen
hre mit dem Ziel sie generell aus
cherungen herauszubrechen, um übe
Verschiebmasse auf den Arbeits
… auch die verschie
Neben den

RZ

Schüsse auf Berliner Amtsleiter

Chef der Ausländerbehörde – Täter zielten auf Beine – Terrortat vermutet

NATO- … Mitar… gegenüber … Mag

WARUM WIR DEM CHEF DER AUSLÄNDERPOLIZEI VON WESTBERLIN HARALD HOLLENBERG IN DIE KNIEE GESCHOSSEN HABEN

kommunikee

Der berliner Ausländerpolizeichef Hollenberg ist ein Menschenjäger und Schreibtischtäter. Sein Jagdrevier Westberlin ist der Brennspiegel bundesdeutscher Ausländerpolitik, das heikle und heiße Pflaster, auf dem sich die jeweiligen Projektierungen exemplarisch verdichten und hochgekocht werden. Mögen die angegriffenen Ausländerpopulationen auch wechseln, die taktische Aufbereitung bleibt sich doch immer gleich. Über eine Abfolge von staatlich gesteuerter Stigmatisierung einzelner Segmente, zunehmend jedoch der ausländischen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, über eine genau kalkulierte, völkische Mobilisierung wird das Terrain geebnet für blutige Pogrome und radikale Repressionen. Nach diesem Muster verliefen die Angriffslinien gegen die türkischen ArbeitsemigrantInnen und -emigranten ab Mitte der 70er Jahre mit dem Ziel sie generell aus den arbeits- und sozialrechtlichen Sicherungen herauszubrechen, um über eine flexible, vollkommen rechtlose Verschiebmasse auf den Arbeitsmarkt zu verfügen. Nach diesem Muster verliefen auch die verschiedenen Angriffswellen gegen die Flüchtlingskontingente. Neben den bilateralen, schmutzigen Deals mit der NATO-Türkei und dem Libanon, zeichnet sich über das jüngste DDR-Abkommen die Mitarbeit des Ostblocks an den kapitalistischen Eindämmungsstrategien gegenüber den internationalen Flüchtlings- und Wanderarbeiterbewegungen ab. Mag dabei auch politisches Kalkül und ökonomischer Zugzwang eine Rolle spielen, de facto konstituiert sich damit ein Bündnis von Imperialismus und Staatssozialismus gegen die Armutsbevölkerung der 3 Kontinente.

Der Chef der berliner Ausländerpolizei und Lummerprotegé Hollenberg steht in diesem"Abwehrkampf" an vorderster Front, in Geist und Tradition der "kämpfenden Verwaltung", wie sie NS-Heydrich definiert und formiert hat. Dabei ist weniger ausschlaggebend, ein scharfer Hund zu sein, vielmehr kommt es darauf an ein untrügliches Gespür für die Absichten und Planungen der Macht zu haben, um effektiv und flexibel an den Gesamtkonzeptionen mitzuarbeiten. Daß Hollenberg über dieses unersetzliche, symbiotische Verhältnis zur Macht verfügt, beweist seine rasche Wiedereinsetzung als Ausländerpolizeichef - im übrigen ein beispielloser Vorgang - nachdem er zuvor wegen seiner Verwicklungen in die Schmitz-Korruptionsaffäre verabschiedet werden mußte. Seither übt er sein Amt diskreter, dafür umso effizienter aus.

Hollenberg ist zuständig für den täglichen Terror, für die über hunderttausend Kontrollen, für zehntausend von Festnahmen, für tausend von Razzien im Jahr auf "ausländerrelevante Orte". Er befehligt die zahllosen Überfälle und Durchsuchungen von Ausländerwohnheimen und -wohnungen auf der Suche nach "Asylern, Abschiebern, Illegalen, Schwarzarbeitern und Scheinehen".
Und er ist mitverantwortlich für den grauenvollen Verbrennungstod von sechs Männern in der Abschiebehaft Augustastraße, denn er sorgt dafür, daß diese Käfige ständig überfüllt sind. Die provozierte Enge, der Dreck, der Gestank und die Aggressionen sind kalkuliert, um einen Rassismus zu schüren, der keine Hemmschwellen mehr kennt, Menschen "aus Pflichtbewußtsein" verbrennen zu lassen.

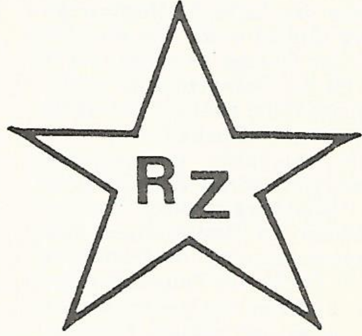
Das taktische Zusammenspiel zwischen den rigorosen Projekten der Macht und dem exekutierenden Verwaltungsapparat hat in diesem Sommer einen erschreckenden Höhepunkt erreicht. In diesen Manövern hat sich auch der Chef der berliner Ausländerpolizei blutige Meriten erworben.

Um die Flüchtlingszahlen demagogisch hochzutreiben, ließ er durch seine "Greiftrupps zur gezielten Ausländerfahndung" die Frontstadt praktisch dichtmachen und ausnahmslos alle nichtweißen Frauen, Männer und Kinder, selbst Durchreisende und Besucher, einfangen und zwangsasylieren. Zeltstädte und Containerlager wurden in Szene gesetzt - Potemkinsche Dörfer - allein für den Augenblick und Zweck geschaffen, ein mörderisches völkisches Klima hochzuputschen und sich eine breite Akzeptanz zu sichern für die eigentlichen imperialen Lösungsstrategien. Diese zielen, jenseits allen wahltaktisch inszenierten Gerangels "Grundgesetzänderung versus DDR-Deal", auf eine völlige Umkehrung der jetzigen Situation. Über ein ganzes Paket aufeinander abgestimmter, drakonischer Repressionen soll ein grundsätzlich neues, griffiges Instrumentarium geschmiedet werden, um die internationalen Flüchtlings- und Wanderbewegungen im Vorfeld abzublocken und einschneidend zu dezimieren. Die solchermaßen Vorsortierten sollen dann einer neuerlichen Selektion nach Alter, Geschlecht, politischer Gesinnung und beruflicher Qualifikation unterworfen werden, um unter arbeitsmarktstrategischen Kriterien als entgarantierte Ausbeutungs- und Verschiebemasse je nach Bedarf eingesogen oder ausgestoßen zu werden. Das ist der reale, harte Kern der staatlich inszenierten Asylrechtsdiskussion. Insoweit ist dies kein spezifisch bundesrepublikanisches Thema, sondern wird im gesamten kapitalistischen Westen verhandelt. Für die innerdeutsche Aufbereitung dieser Verwertungs- oder Vernichtungsstrategien ist allerdings der immense Druck, der in Berlin produziert wurde, von exemplarischer Bedeutung und exakt auskalkuliert. Über dieses Spannungsfeld definiert sich auch die spezielle Funktion des berliner Ausländerpolizeichefs.

Eine ganze Reihe politischer Weichen in diesem unerklärten Krieg gegen die Armutsmassen der 3 Kontinente sind hier gestellt worden. Der erste, mit Ostberlin ausgehandelte, konzentrierte Angriff galt den Tamilen. Dann dechiffrierte sich der "La-Belle"-Anschlag zum einen als bestellter Vorwand der US-Administration für die mörderische Bombardierung libyscher Städte. Zum andern als die von den Alliierten legitimierte Gelegenheit zur Grenzabriegelung und systematischen Durchkämmung Westberlins durch Hollenbergs Sondereinheiten. Vergleichbar national wie international angelegt war die "Operation Libanon". Die Suche nach vier Libanesen mit Sprengstoffkoffern erwies sich schnell als durchsichtige Konstruktion für die brutale und beispiellose Großrazzia mit 2 Schützenpanzern, 30 Wannen und 12 000 Polizisten, die sämtliche berliner Zwangslager und Ausländerheime aufrollten. Zweifellos ein wichtiges Datum in der Hollenberg'schen Karriere. Für die internationale Auswertung dieser Operation sorgte Innensenator Kewenig mit seinem Libanon-Trip, um den letzten garantierten Schutz, das Verbot der Auslieferung in Kriegs- und Krisengebiete, zu schleifen. In nahtloser Übereinstimmung mit dem Vorgehen der Regierungen in Paris, London und Rom.

Die Strategie ist gesamtimperialistisch, die Aufbereitung national; Westberlin kommt dabei die Funktion eines taktischen Zentrums zu, und der Chef der berliner Ausländerpolizei Hollenberg exekutiert diese Repressions- und Selektionsstrategien direkt an den Flüchtlingen und Arbeitsemigranten.

R E V O L U T I O N Ä R E   Z E L L E N



Anschlag auf Lufthansa-Hauptverwaltung

Terrorakt der „Revolutionären Zellen" / Regierungsdirektor in Berlin niedergeschossen

SDZ 30.10.1986

Köln (dpa)

Auf die Hauptverwaltung der Deutschen Lufthansa in Köln ist in der Nacht zum Dienstag ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Wenige Stunden nach der Explosion des Sprengsatzes, der einen Sachschaden in Höhe von 100 000 Mark anrichtete, bekannten sich die links-terroristischen „Revolutionären Zellen" (RZ) zu der Tat.

Die Detonation des an der Außenwand des Gebäudes angebrachten Sprengkörpers riß nach Angaben der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ein Loch in die Wand zur Telephonzentrale, beschädigte einen Batterieraum und zerstörte zahlreiche Fensterscheiben. Der Generalbundesanwalt hat die Ermittlungen übernommen, die Spurensicherung das Landeskriminalamt Düsseldorf. Über die Beschaffenheit des Sprengsatzes konnte der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Alexander Prechtel, noch keine Angaben machen.

In Schreiben, die einer freien Journalistin in Köln, der *Kölnischen Rundschau* und dem Büro der Deutschen Presse-Agentur in Essen zugingen, bezeichneten die „Revolutionären Zellen" den Anschlag als Protest gegen die Abschiebung von Asylbewerbern aus der Bundesrepublik. Die Fluggesellschaft verdiene daran. Ferner hieß es in dem Bekennerschreiben, die Flüge der Lufthansa in die Zentren der Prostitution nach Bangkok und Manila trügen dazu bei, das Elend der Frauen in der Dritten Welt „schamlos auszubeuten". Das Thema „Ausländer und Asyl" sei derzeit das Thema Nummer eins der Terrorgruppe, erklärte der Sprecher der Bundesanwaltschaft dazu.

Nach seiner Darstellung spricht vieles dafür, daß es sich um denselben Täterkreis handelt, der an dem Anschlag auf das Bundesverwaltungsamt in Köln am 31. August beteiligt war. Eine Verbindung dazu ergebe sich aus dem Tatzeitpunkt, der Ausführung und dem Tatobjekt. Beide Bekennerschreiben der RZ seien mit „Für freies Fluten – Revolutionäre Zellen" unterzeichnet worden.

Der Leiter der Ausländerbehörde des Berliner Landeseinwohneramtes, der 54jährige Harald Hollenberg, ist am Dienstag vermutlich von Terroristen auf offener Straße niedergeschossen worden. Die Täter verletzten den verheirateten Beamten, als er seine Wohnung in der Idsteiner Straße in Zehlendorf verließ, mit mehreren gezielten Schüssen in die Beine. Für Hollenberg, der sofort in ein Krankenhaus gebracht wurde, besteht keine Lebensgefahr.

Wie der Leiter der Staatsschutzabteilung der Berliner Polizei, Manfred Ganschow, vor Journalisten mitteilte, habe der Leitende Regierungsdirektor Hollenberg fünf Minuten vor acht Uhr seinen Wagen aus der Garage gefahren. Als er ausgestiegen sei, um die Garagentür zu schließen, seien aus nächster Nähe zwei Schüsse gefallen, die ihn in die Beine getroffen hätten.

Ganschow wollte sich nicht konkret dazu äußern, ob die „Revolutionären Zellen" hinter dem Anschlag auf Hollenberg stünden. Dies stehe im Anfangsstadium der Ermittlungen nicht fest. Bei einer Veranstaltung zur Asylpolitik am Montagabend sei in Berlin ein Flugblatt aufgetaucht, in dem sich die RZ zu den genannten Anschlägen bekannt hätten und weitere Taten androhen. In dem Papier heiße es: „Unsere Aktionen werden aber wirkungslos verpuffen, wenn sie nicht zu einem neuen Ansatz zu Aktionen der radikalen Linken beitragen." Weiter sagte Ganschow, die Polizei fahnde im Zusammenhang mit dem Anschlag auf Hollenberg nicht gezielt nach Ausländern. Der Regierungsdirektor habe ausgesagt, er sei von einem Mann in akzentfreiem Deutsch mit den Worten „Keine Bewegung" angesprochen worden.

Bei den Tätern handelt es sich nach Zeugenberichten um zwei Männer und eine Frau. Sie flüchteten vermutlich in einem grünen VW Passat, laut AP mit dem Kennzeichen B-HL 173, der wenig später in der Nähe des Tatorts am Teltower Damm ausgebrannt gefunden und zur kriminaltechnischen Untersuchung geschafft wurde.

Hollenberg ist nach Angaben eines Sprechers der Innenverwaltung seit 1972 Leiter der Ausländerbehörde des Landeseinwohneramtes. Zuvor war er bei der Polizei im Referat für Verkehrsordnungswidrigkeiten tätig. Während seiner Dienstzeit in der Ausländerbehörde mußte der Beamte zweimal vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen aussagen. Im November 1982 war er von seiner Funktion entbunden worden, nachdem ihm vorgeworfen worden war, er habe von bestimmten Anwälten vertretene Ausländer bevorzugt behandelt. Rehabilitiert kehrte er aber 1985 in seine alte Position zurück.

Unterdessen verurteilte der Berliner Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) den Anschlag „als verabscheuungswürdigen und verbrecherischen Akt". Hier sei gegen einen Menschen Gewalt angewandt worden, der seine Aufgabe für den Staat „jederzeit pflichtbewußt" erfüllt habe. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, sprach von einem „sinnlosen und schändlichen Verbrechen". Mit Schüssen auf einen pflichtbewußten Beamten könne man die Politik des Staates nicht beeinflussen oder korrigieren, betonte Diepgen laut ddp in einer Erklärung.

Ein Polizeisprecher hatte zunächst, wie Reuter ergänzt, erklärt, „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" gehe man davon aus, daß der Anschlag auf Hollenberg keinen terroristischen Hintergrund habe. Es könne sich aber „um eine gezielte Aktion", als persönlichen Racheakt gehandelt haben, die sich wahrscheinlich gegen die Tätigkeit des Beamten richtete. Diese Einschätzung, hatte der Polizeisprecher ausgeführt, ergebe sich daraus, daß Terroristen niemanden in die Beine schössen.

Bundesanwaltschaft sieht gleiche Motive

Der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe liegen bisher keine Erkenntnisse über Zusammenhänge zwischen den Anschlägen in Berlin und Köln vor. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Alexander Prechtel, erklärte dazu, allerdings seien in beiden Fällen „gleichgelagerte Motive" vorhanden. Er verwies darauf, daß es in der Bundesrepublik bereits mehrmals an einem Tag „Doppelschläge" im Zusammenhang mit dem Asyl-Problem gegeben habe. So seien am 31. August An-

schläge auf die Ausländerabteilung des Kölner Bundesverwaltungsamtes und das Lüneburger Oberverwaltungsgericht verübt worden. Am 25. September habe es Anschläge auf die Ausländerbehörden in Hamm und Hagen gegeben. Am 15. Februar des vergangenen Jahres hatten unbekannte Täter einen Bombenanschlag auf die Wohnung des Leiters des polizeilichen Staatsschutzes, Manfred Ganschow, verübt.

Anschläge auf Bankfilialen

SDZ 3.11.86

Hamburg (dpa)

In Hamburg sind erneut Anschläge auf Bankfilialen verübt worden. Nach Angaben der Polizei wurden bei einer Zweigstelle der Hamburger Sparkasse am Samstagabend sechs Scheiben sowie die Verglasung der Eingangstür mit Nothämmern eingeschlagen. In den Kundenraum einer anderen Haspa-Filiale wurden vier Brandsätze geworfen, von denen einer zündete. Die Polizei konnte mit einem Feuerlöscher den Teppichboden und Gardinen löschen.

SDZ 30-10-86

Bekennerbrief der „Revolutionären Zellen"

Der angeschossene Leiter der Berliner Ausländerbehörde wird als „Menschenjäger" bezeichnet

Berlin (dpa/AP)

„Revolutionäre Zellen" haben sich in Bekennerbriefen, die am Mittwoch bei Nachrichtenagenturen in Bonn und Berlin eingingen, zu dem Terroranschlag auf den Leiter der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg, bekannt. Inzwischen hat die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die Ermittlungen übernommen. Auch für den am Dienstag verübten Anschlag auf die Hauptverwaltung der Deutschen Lufthansa in Köln hat sich diese Terrororganisation der Täterschaft bezichtigt. Hollenberg war Dienstag früh vor seinem Haus im Bezirk Zehlendorf durch zwei Schüsse in die Beine verletzt worden. Von den vermutlich drei Tätern – zwei Männern und einer Frau – fehlt noch jede Spur.

Der Sprecher Rebmanns, Alexander Prechtel, nannte die Schreiben „authentisch": „Es ist davon auszugehen, daß die Täter zu den Revolutionären Zellen gehören. Die Motivlage, die dort geschildert wird, und die Aufmachung erscheinen uns als RZ-typisch." Prechtel sagte, die Terroristen hätten vermutlich nur auf die Beine Hollenbergs gezielt und nicht versucht, den Beamten zu töten. Der in Berlin am Vorabend aufgegebene Brief trägt nach Angaben Prechtels die Überschrift: „Warum wir den Chef der Ausländerpolizei von Westberlin, Harald Hollenberg, in die Knie geschossen haben." Das in einem Fensterumschlag versandte Schreiben sei handschriftlich unterzeichnet mit „Revolutionäre Zellen". Am Ende stehe ein roter fünfzackiger Stern mit dem Kürzel „RZ". In den Bekennerbriefen wird Hollenberg als „Menschenjäger und Schreibtischtäter" bezeichnet, der zuständig unter anderem für den „täglichen Terror" gegen Ausländer sei. Die Autoren des Schreibens sprechen von einem „unerklärten Krieg gegen die Armutsmassen der drei Kontinente". Westberlin sei der „Brennspiegel" einer auf eine gesinnungs- und arbeitsmarktorientierten Selektion der Asylbewerber gerichteten Politik. Hollenberg als Chef der Ausländerpolizei sei ausführendes Organ dieser Politik.

Hollenberg war am Dienstag in einem Berliner Krankenhaus etwa zwei Stunden lang operiert worden. Beide Schüsse waren glatte Durchschüsse, einer davon ein „glatter Knochendurchschuß", sagte der Sprecher des Innensenators, Hans Birkenbeul. Nerven und Sehnen seien nicht getroffen worden. Hollenberg soll in etwa zwei Wochen wieder entlassen werden, hieß es inoffiziell.

Die Täter hatten nach den Erkenntnissen der Berliner Polizei am Dienstag früh mit einer Waffe vom Kaliber 22 dem Chef der Berliner Ausländerbehörde in die Beine geschossen, als er sein Haus im Stadtteil Zehlendorf verlassen wollte. Die sofort eingeleitete Großfahndung blieb bis Mittwoch ohne Erfolg. Die Polizei fahndet nach drei Tätern: einem etwa 20jährigen Mann und einer als kräftig und schwarzhaarig beschriebenen Frau, die nach der Tat mit einem Klappfahrrad flüchteten und in der Nähe in einen grünen VW-Passat-Kombi umstiegen, der von einem Mann mit Oberlippenbart gefahren wurde. Das Auto war wenig später brennend aufgefunden worden.

Sicherheitskreise äußerten ihre Beunruhigung darüber, daß Hollenberg offenbar von den Revolutionären Zellen niedergeschossen worden ist. Es sei nicht erwartet worden, daß die RZ, die in der Vergangenheit vor allem durch Bomben- und Brandanschläge auf sich aufmerksam gemacht hatten, Gewalt gegen Menschen verüben würden, hieß es. In den Sicherheitskreisen wurden vor allem auf das Fehlen von Strukturen der RZ verwiesen, was die Ermittlungen der Behörden sehr erschwere. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß sowohl beim Anschlag auf Hollenberg als auch bei der Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Heinz-Herbert Karry eine Waffe vom Kaliber 22 benutzt worden sei. Die RZ hatten sich der Ermordung des FDP-Politikers Karry bezichtigt.

Hausdurchsuchungen in Düsseldorf

Düsseldorf (ddp)

Bei der Durchsuchung zahlreicher Wohnungen in der Düsseldorfer Kiefernstraße wurden am Mittwoch nach Angaben der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe unter anderem Kleinkalibermunition, Zwillen, ein Scanner zum Auffinden von Funkfrequenzen und Material zur Herstellung von Sprengstoff gefunden. Weiterhin stellten die 830 Polizeibeamten, die zusammen mit 15 Staatsanwälten der Bundesanwaltschaft und fünf örtlichen Staatsanwälten im Einsatz waren, die Kopie eines Bekennerschreibens zum Mordanschlag auf den Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl sicher sowie mehrere Exemplare der Rote-Armee-Fraktion-Zeitung *Zusammen kämpfen* und einen Karton mit Unterlagen, unter denen sich mehrere Bekennerbriefe befanden. Zwei Personen wurden vorläufig festgenommen.

Nach Angaben des Sprechers der Bundesanwaltschaft, Alexander Prechtel, stehen die vorläufig Festgenommenen jedoch bisher nicht in einem konkreten Tatverdacht. In der Kiefernstraße hatten Christian Kluth und Luitgard Hornstein gewohnt, die am 2. August zusammen mit der mutmaßlichen Terroristin Eva Haule-Frimpong in einem Eiscafé in Rüdesheim verhaftet worden waren.

Die Anordnung der spektakulären Aktion ist auf Paragraph 103 der Strafprozeßordnung („Durchsuchung bei anderen Personen") gestützt. Sie richte sich „nicht gegen Beschuldigte oder sonst Verdächtige, sondern gegen Personen, die aufgrund der bisherigen Erkenntnisse nicht in eine konkrete Verbindung zu dem Mord an von Braunmühl gebracht werden können", erklärten die Behörden.

In Berlin eine neue Terror-Gruppe

„Revolutionäre Zellen" dienen als Etikett / Ausschreitungen in mehreren Städten

W. K./DW. Berlin/Bonn
Hinter dem Anschlag auf den Chef der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg, vermutet die Polizei eine neue terroristische Gruppierung, die unter dem Etikett der „Revolutionären Zellen" (RZ) auftritt. Sie hält sich auch nicht an das alte Konzept der RZ, wonach bisher nur Gewalt gegen Sachen ausgeübt wurde.

Die neue Gruppe hat bei dem Anschlag auf Hollenberg nach Angaben gut unterrichteter Stellen den Eindruck zu erwecken versucht, daß auch Ausländer an dem Überfall beteiligt waren. Dazu diente offensichtlich der Fluchtwagen, der einem Palästinenser gehörte, bevor er von einem mutmaßlichen Angehörigen der Gruppe erworben worden war.

Wie der Leiter des polizeilichen Staatsschutzes, Manfred Ganschow, mitteilte, hat der vorletzte Halter den benutzten VW-Passat am 10. August an einen Mann verkauft, der einen falschen Namen benutzt hatte. Dieser Unbekannte habe das Auto dann vier Tage später bei der Straßenverkehrsbehörde endgültig stillgelegt, den Fahrzeugschein abgegeben und die Kennzeichen entstempeln lassen. Der frühere Wagenbesitzer sollte nach vorläufigen Ermittlungen als beteiligter Ausländer der Öffentlichkeit „untergeschoben" werden.

Die „Revolutionären Zellen" nannten in einem Brief an das Bonner Büro der französischen Nachrichtenagentur AFP als Grund für das „Beinschuß-Attentat", der „Menschenjäger" Hollenberg stehe im „Abwehrkampf" gegen in der Bundesrepublik und West-Berlin lebende Ausländer „an vorderster Front". Hier werde der Boden für „blutige Pogrome und radikale Repressionen" geebnet.

Die Welt 30-10-1986

In Berlin ansässige arabische Gruppen und andere Ausländervereinigungen sind nach den Ermittlungen nicht in den Anschlag verwickelt. Die Schüsse auf Hollenberg und weitere Aktionen im Bereich der Asylpolitik wurden nach Ansicht von Experten unabhängig von den Aktivitäten politischer Ausländerorganisationen vorbereitet. Eine Analyse des Anschlags in Berlin schließt allerdings nicht aus, daß auch Angehörige des Umfeldes der „Rote Armee Fraktion" (RAF) daran beteiligt waren.

Hollenberg, den zwei Schüsse in die Beine trafen, wurde gestern operiert. Er muß noch etwa zwei Wochen im Krankenhaus bleiben.

Mit großer Zerstörungswut haben Sympathisanten der Hausbesetzerszene in Hamburg, Lübeck, Hannover und Köln sowie in der dänischen Hauptstadt auf die Räumung von Gebäuden in der Hamburger Hafenstraße reagiert. Unbekannte verübten in Kopenhagen Anschläge auf Büros des Elektrokonzerns AEG und der Deutschen Presseagentur sowie des Goethe-Instituts. Ein anonymer Anrufer sagte der dänischen Nachrichtenagentur Ritzau in dänischer Sprache, dies sei „Rache für das, was in der Hafenstraße passiert ist".

Lufthansa-Anschlag von 'Revolutionären Zellen'

TAZ 29.10.86

In ihrem Bekennerschreiben begründen sie den Anschlag mit der Rolle der Lufthansa bei der Abschiebung von Flüchtlingen

Köln (ap/taz) — Ein Sprengstoffanschlag auf die Hauptverwaltung der Lufthansa am Kölner Rheinufer hat am Dienstag in den frühen Morgenstunden einen Sachschaden von rund 100.000 Mark angerichtet. Zu dem Anschlag bekannten sich nach Angaben der Kölner Polizei die 'Revolutionären Zellen'. Die Ermittlungen hat der Generalbundesanwalt in Karlsruhe übernommen.

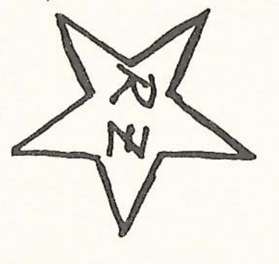
Um 2.30 Uhr in der Nacht explodierte nach Angaben eines Lufthansa-Sprechers ein im Hochparterre an der Außenwand des Gebäudes angebrachter Sprengsatz. Dabei gingen ein Dutzend Fensterscheiben zu Bruch, und ein handtellergroßes Loch wurde in die Außenmauer des Gebäudes gesprengt. Menschen wurden nicht verletzt. „Es ist zum Glück nicht viel passiert", meinte Lufthansa-Sprecher Hans-Joachim Allgeier zu dem Sprengstoffanschlag. Zwar seien die Außenwand des Gebäudes leicht eingedrückt und in den Räumen im Hochparterre Deckenverkleidungen abgerissen, aber „keine betriebswichtigen Anlagen beschädigt" worden. In der Buchbinderei, der Verteiler- und Versandstelle, die vom Anschlag am meisten betroffen wurden, seien keine Maschinen beschädigt. Bis zum Abend sollten die Aufräumungsarbeiten und Reparaturen weitgehend abgeschlossen sein.

In einem zweiseitigen Bekennerschreiben unter dem Titel „Freies Fluten" begründeten gestern die 'Revolutionären Zellen' ihren Anschlag damit, daß die Lufthansa als Staatsunternehmen auf dreifache Weise an der Ausbeutung der Dritten Welt verdiene, die Ursache der Flüchtlingsproblematik sei. Von den über 8.000 Abschiebungen von Flüchtlingen im Jahr 1984 seien rund 6.000 allein von der Lufthansa durchgeführt worden. Mit dieser „Hilfspolizeileistung" habe die Lufthansa 1984 acht Millionen Mark Umsatz gemacht. Über die „Bumsbomber nach Bangkok und Manila" ihrer Tochtergesellschaft 'Condor' profitiere die Lufthansa außerdem von dem Elend der Frauen in der Dritten Welt, die sich eine Flucht in die Bundesrepublik nicht leisten könnten und sich deshalb als „Katalogbräute" an deutsche Männer verkaufen müßten. Als Drittes verdiene die Lufthansa an dem Transport von Gütern aus der Dritten Welt, „die in den Billiglohnländern den Menschen abgepreßt wurden".

In ihrem jetzt erschienenen Blatt 'Revolutionärer Zorn' dokumentieren die RZs eine Reihe von Aktionen gegen „Institutionen der Abschreckung und Kontrolle von Flüchtlingen". Zu diesen Aktionen gehören Anschläge auf die Ausländerabteilung der Hamburger Polizei, das Rechenzentrum des Ausländerzentralregisters in Köln und das Lüneburger Oberverwaltungsgerichts. In Berlin habe man eigentlich dem DRK das „Handwerk" legen wollen. Von einer Zerstörung der Zentrale hätte man dann jedoch abgesehen, „weil wir auch dort Menschen getroffen hätten, die wir nicht treffen wollten". Als „humanitäres, naiv-rechtsstaatliches Selbstverständnis" qualifizieren die 'Revolutionären Zellen' in ihrem Blatt die Aktivitäten „vor allem kirchlicher, gewerkschaftlicher und etablierter Gruppen" ab, die „die Verteidigung des Asylrechts beschwören".

REVOLUTIONÄRER ZORN - EXTRA

Oktober '86



In den vergangenen Wochen haben wir eine Reihe von Aktionen gegen Institutionen der Abschreckung und Kontrolle von Flüchtlingen gemacht, die wir hier zusammenhängend dokumentieren.

Um es nochmals zu betonen: wir begreifen diese Aktionen nicht als Reaktion auf den rassistischen Propagandafeldzug, den das Regime gegen die Flüchtlinge inszeniert und in dessen beabsichtigter Folge das Arsenal der Abschreckungsmaßnahmen um das bedrohliche Moment des Pogroms erweitert wurde.
Wir teilen aber auch nicht jenes humanitäre, naiv-rechtsstaatliche Selbstverständnis, aus dem heraus vor allem kirchliche, gewerkschaftliche und politisch etablierte Gruppen die Verteidigung des Asylrechts beschwören. Der Staat, von dem die Gewalt gegen die Flüchtlinge ausgeht, taugt nicht als Adressat für Appelle und Resolutionen. Darüberhinaus beinhaltet die Beharrlichkeit, mit der der Status des politi schen Asyls hochgehalten wird, die Verlängerung jener Differenzierung und Selektion von Flüchtlingen, die der Sonderbehandlung zugrundeliegt und diese erst begründet. Aus welchen Gründen auch immer Menschen in die BRD kommen - sie können bleiben, weil sie hier sind.

Wir wollen zur Rückgewinnung eines konkreten Antiimperialismus in der BRD beitragen - in diesem Zusammenhang steht unsere Orie ntierung an der Flüchtlingsfrage. Denn Antiimperialismus bedeutet nicht allein Angriff auf militärisch-industrielle Apparate und ist mehr als Solidarität mit fernen Befreiungsbewegungen. Unsere Aufgabe ist es, eine antiimperialistische Politik auf die Klassenfront hier und auf die Rückwirkungen in diesem Land zu beziehen. Dabei ist die Flüchtlingsfrage in doppelter Hinsicht ein entscheidender Angelpunkt:

1. Die Migrationsbewegungen, von denen die hier ankommenden Flüchtlinge ja nur die Rauchschwaden eines Vulkans sind, sind Ausdruck und Folge der Zerstörungen, mit denen der Imperialismus die Herkunftsländer überzieht; ihre Anzahl wächst als Kehrseite des tatsächlich erreichten Grades an kapitalistischer Durchdringung. Aber die zwangsweise Vertreibung geht einher mit dem Willen und der Entschlossenheit der Flüchtlinge, aus den Verhältnissen auszubrechen und hier, in den Metropolen, ihren Anspruch auf Leben und Entschädigung zu stellen. Es geht darum, die Mobilität des Proletariats zurückzuerobern gegenüber einem Kapital, das sich über nationale Grenzen schon längst hinweggesetzt hat. Wenn die metropolitanen Regimes darauf zielen, ihre innere Stabilität durch Abschottung der Grenzen zu behaupten, so können wir dem nur den Kampf um offene Grenzen entgegensetzen.

2. Der BRD-Sozialstaat zeigt in der Behandlung der Flüchtlinge sein eigentliches Gesicht, und genau an diesem Punkt müssen wir ihn angreifen. Der Katalog von Sondermaßnahmen ist keine Entgleisung, die es zu korrigieren und auf sozialpolitisches Normalmaß zurückzubringen gilt. Da es gegenüber Flüchtlingen keinerlei Rücksichtnahme auf einen gesellschaftlichen Status quo gibt, reduziert sich Sozialpolitik vielmehr auf das, was sie ihrem Wesen nach ist: ein Herrschaftskalkül, dem es allein um Arbeitsmarktregulation und soziale Kontrolle zu tun ist. Die rassistische Verklausulierung sichert dem Regime Unterstützung sogar bei denen, die selbst potentiell Angriffsziel dieser Politik sind. Ob und wie Maßnahmen wie Lager, Lebensmittelgutscheine oder Sondergerichtsbarkeit als Modell für spätere Schritte gegen arbeitslose Jugendliche oder ausgesteuerte Proleten dienen oder ob sie nur als Drohung stehen bleiben, hängt von der weiteren Entwicklung der sozialen Konfrontation ab.

Aber wir müssen nicht erst auf bedrohlichere Zeiten verweisen, um Angriffe auf die repressivsten und extremsten Ausprägungen des Sozialstaats zu begründen - die sozialrassistische Praxis gegen die Flüchtlinge ist dafür Grund genug. Noch wissen wir nicht, ob sich an der Flüchtlingsfrage antiimperialistische Politik mit Konfrontationslinien im entgarantierten Sektor verbinden wird, aber der Kampf um das faktische Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge ist auch dann richtig, wenn er vorerst von den weißen Schichten des hiesigen Proletariats weitgehend isoliert bleibt.

Natürlich geht es um offene Grenzen und freie Flüchtlingsstädte. Allerdings sind diese nicht vom Staat zu fordern - sie sind nur vorstellbar und nur durchzusetzen, indem wir den Flüchtlingen einen Raum verschaffen, der nicht mehr staatlich kontrolliert und reglementiert wird. Der Beitrag, den wir - oder Gruppen wie wir - zu einem solchen Projekt leisten können, besteht im Angriff auf die polizeiliche und sozialbehördliche Kontrolle, der aus öffentlichen Kampagnen allein nicht getragen werden kann. Aber dieser Angriff wird erst sinnvoll, wenn daneben Netze für die konkrete Unterstützung der Flüchtlinge aufgebaut werden, wenn eine subversive Praxis die Verhältnisse faktisch verändert.

In Hamburg wollten wir die Ausländerabteilung der Bullen lahmlegen, die Razzien und Ermittlungen gegen Illegale durchführt und die Abschiebungen vorbereitet - deswegen sind wir dort eingebrochen und haben Feuer gelegt. Es ging uns darum, möglichst viele Akten zu vernichten, die Bullen eine Zeitlang mit Aufräumarbeiten statt mit Menschenjagd zu beschäftigen und so den Flüchtlingen wenigstens eine Weile Luft zu verschaffen. Die Beharrlichkeit, mit der betont wurde, alle Akten seien doppelt vorhanden, betrachten wir eher als Indiz fürs Gegenteil.

In Köln haben wir das Rechenzentrum des Ausländerzentralregisters angegriffen, in dem die Daten sämtlicher in der BRD erfaßter Ausländer bearbeitet werden. Weil an den Computern selbst rund um die Uhr gearbeitet wird und wir kein Menschenleben gefährden wollten, haben wir im Luftschacht der Klimaanlage einen Sprengsatz angebracht, der die Klimaanlage, die Stromversorgung des Rechenzentrums und auch das Notstromaggregat zerstört hat. Da Großrechner auf Spannungs- und Temperaturschwankungen sehr empfindlich reagieren und da Chips und Schreib/Leseköpfe gegen metallische Stäube allergisch sind, ist davon auszugehen, daß einiges an Hardware und jede Menge Informationen zu Bruch gegangen sind. Und auch Wochen nach dem Anschlag auf das AZR geht dort nichts mehr. Wo früher rund um die Uhr emsig Daten gesammelt, verknüpft und gespeichert wurden, ist es heute stockfinster: eine tote Festung. Die vom BKA lancierte und von den Medien verbreitete Behauptung, das Rechenzentrum sei ausschließlich in seiner baulichen Substanz betroffen, erweist sich als propagandistische Zwecklüge.

In Lüneburg galt unser Anschlag einer Institution der Justiz, die sich dabei hervorgetan hat, die administrativen Maßnahmen der Flüchtlingsschikanierung durch ihre Urteile ideologisch zu

untermauern. Die Zerstörung der Verhandlungssäle, die leider nicht geklappt hat, hätte der Brandmarkung eines Gerichts gedient, das sich nicht scheut, Menschen gnadenlos der Folter auszuliefern.

In Berlin gehört dem DRK endlich das Handwerk gelegt, das dem Senat das schmutzige Geschäft der Lagerhaltung von Flüchtlingen abnimmt und hinter dessen Renomee als internationaler Hilfsorganisation sich eindeutige Parteinahme für die imperialistische Flüchtlingspolitik verbirgt - nicht nur in Berlin. Dieser Rolle wäre es angemessen gewesen, die Berliner Zentrale zu zerstören. Wir haben darauf verzichtet, weil wir auch dort Menschen getroffen hätten, die wir nicht treffen wollten. Stattdessen haben wir uns die Autos zweier leitender DRK-Funktionäre vorgenommen.

In Hagen und Hamm richteten sich unsere Anschläge gegen die Ausländerbehörden dieser Städte. Sie sind Orte alltäglicher Schikanen, denen wir gezielte Aktionen und alltäglichen Widerstand entgegensetzen müssen.

REVOLUTIONÄRE ZELLEN

"Es ist doch für die meisten von denen eh zu kalt hier,die kriegen doch bloß Schnupfen." (Prinz Wittgenstein, Chef vom DRK)

In den letzten Wochen sind die Flüchtlinge wieder einmal Thema Nr.1 in Berliner und bundesdeutschen Medien. Kaum ein Tag, wo nicht mit reaktionärem Gewäsch über Asylantenschwemme, Überfremdung o.ä. Jagd auf die Flüchtlinge gemacht wird. Parallel dazu verschlimmert der Senat systematisch die Lebensbedingungen der ankommenden Flüchtlinge, die in Lager, Container oder Turnhallen gepfercht werden, bewacht von Bullen und Hunden.

Wir habenuns erlaubt, zwei Repräsentanten des wichtigsten Erfüllungsgehilfen dieser reaktionären Politik, die so häufig vergessen werden, ins Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Die Herren Schmidt und Meisner haben heute eine unruhige Nacht verbracht, leichten Sachschaden erlitten und sind jetzt vielleicht auch verschnupft. Schmidt ist seit 1976 Präsident des Berliner Roten Kreuzes (BRK), Meisner ist als Abteilungsleiter Soziales für die Unterbringung der Flüchtlinge verantwortlich.

Das Berliner RK ist als einzige Wohlfahrtsorganisation der Stadt bereit, die Machenschaften des Senats voll zu unterstützen. Dies geschieht mittels eines mit dem Senat abgeschlossenen Generalvertrages, durch den das BRK eine Art Monopolstellung in der Flüchtlingsversorgung bekommt. Fast alle Heime unterstehen dem BRK. Außerdem betreibt das BRK die Containerunterbringung und die Zeltlager. Es ist zuständig für die medizinische Versorgung - neuerdings mit Lagerärzten und DRK-Krankenscheinen - die Verpflegung, sowie für die Förderung der Rückkehrbereitschaft - sprich "freiwillig" in die Armut, den Krieg oder die Folterkeller zurück.

Ebenso obliegt ihm die technische Durchführung dieser Rückkehr. Daß sich dieser dubiose Menschlichkeitskonzern dabei eine goldene Nase verdient, versteht sich fast von selbst. Pro Flüchtling kassiert das BRK vom Senat 32,50 DM pro Tag, für jedes Kind weitere 15 DM. Davon werden für alle Versorgungsmaßnahmen nicht mehr als 10 DM pro Tag ausgegeben, der Rest einkassiert. Bei einem Umsatz von 30-40 Millionen im Jahr ein lukratives Geschäft, allerdings nicht das einzige.

Neben der Flüchtlingsversorgung betreibt das DRK ein weitaus größeres Geschäft mit den sog. Blutspenden. Mit dem daraus gewonnenen Plasma werden im hauseigenen Pharmakonzern Milliardenumsätze und Profite erzielt, steuerbegünstigt, da gemeinnützig.

Unter dem gleichen Deckmantel der humanitären Hilfe verbergen sich die Machenschaften des DRK im Dritten Reich, ganz im Sinne der Gesetze über die Rassen- und Erbbiologie. Willfähriger Helfer der Nazi-Ideologie, strategisch erfinderisch und innovativ für die gesamte Politik im Dritten Reich war das DRK im sog. Euthanasieprogramm, der Vernichtung "geistig und moralisch minderwertigen Lebens". Zigtausende von behinderten Kindern und Erwachsenen, aber auch Schwule und Lesben wurden mit DRK-eigenen Wagen in die Tötungslager gefahren. Damaliger Chef des DRK war der Reichsarzt SS Dr.Grawitz, neben Reichsärzteführer Dr. Conti der Planer des Euthanasieprogrammes. Ein Wohlfahrtskonzern mit zweifelhafter Vergangenheit.

Wir wollen mit unserer Aktion nicht die tausende ehrenamtlichen Helfer, die täglich Menschenleben retten und pflegen, angreifen, die allermeisten handeln aus ehrlichen Motiven und wissen nichts von der Politik ihrer Konzernbosse.

Die wir angreifen, sind die Ärzte, die in den Flüchtlingslagern Menschen mißhandeln, die Berater, die zur freiwilligen Rückkehr in den Tod zwingen, und die Strategen, die bewußt einerseits an der letzten und endgültigen Ausbeutung der Flüchtlinge teilnehmen und andererseits die reaktionäre Hetze von CDU und SPD sowie die Jagd auf die Flüchtlinge mitbetreiben und mitorganisieren.

REVOLUTIONÄRE ZELLEN

ERKLÄRUNG ZUM BOMBENANSCHLAG AUF DAS AUSLÄNDERZENTRALREGISTER IN KÖLN ZUM 3. TODESTAG VON CEMAL KEMAL ALTUN

Das Ausländerzentralregister (AZR) ist ein rassistisches und totalitäres Register. Es muß deshalb weg.

Die neuen Techniken der Sozialkontrolle, die im Kampf gegen Volkszählung, maschinenlesbare Personalausweise usw. blockiert und sabotiert werden müssen, diese Techniken sind nicht wirklich neu. Zumindest für Ausländerinnen und Ausländer haben sie sich in der BRD längst zur materiellen Gewalt formiert - in bruchloser Kontinuität zum Nationalsozialismus übrigens.

Im Ausländerzentralregister beim Bundesverwaltungsamt in Köln ist das gesamte Herrschaftswissen über alle Nichtdeutschen, die in der BRD "aufhältig" sind oder es jemals waren, in einem gigantischen Pool konzentriert. Die angeworbenen Arbeiterinnen- und Arbeiterkontingente, ihre Familien, die anerkannten und abgelehnten, die geduldeten, abge-

schobenen oder ausgelieferten Flüchtlinge - insgesamt 10 Millionen Männer und Frauen - sind dort totalerfaßt.

Aufgeschlüsselt nach den berüchtigten Personenkennziffern fließt jedwede behördliche Erfassung ihrer Person durch Meldeämter, Ausländerbehörden, Polizeidienststellen, Zirndorf, Arbeitsämter, Sozialverwaltung, Gesundheitsämter, Gerichte, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Interpol im AZR zu einem Datenberg von bis zu 60 Einzelfeldern pro Mensch zusammen - zur absolut größten Erfassungs-, Überwachungs und Aussonderungskartei in der öffentlichen Verwaltung der BRD. On-line mit dem gesamten Exekutiv- und Verwaltungsapparat, ohne Auskunftssperren, ohne Löschfristen, gewinnt das AZR als vollkommen unlimitiertes Zweitdepot all dieser institutionellen Datenbänke eine immens strategische Bedeutung.

Das Ausländerzentralregister ist das Kernstück im Kampf gegen die Flüchtlinge, der zunehmend an die Grenzen, Flughäfen und in die Herkunftsländer der Emigrantinnen und Emigranten vorverlagert wird. Es speist das Grenzinformationssystem und die Visaabteilungen von inzwischen 40 Botschaften.

Vor allem aber wirkt es nach innen: auf die quantitative Regulierung der Ausländerkontingente, auf die Manipulation ihrer Zusammensetzung, auf ihre arbeitsmarktorientierte Vernutzung oder Aussonderung. Das AZR sammelt und liefert das Material für die Strategien, die auf eine Liquidierung und Durchstaatlichung der Ausländerkolonien und -communities, ihres Solidaritätsnetzes, ihrer verdeckten Strukturen, ihrer Subkulturen und illegalen Lebensformen.

Wie gesagt: Das Ausländerzentralregister ist ein rassistisches und totalitäres Register. Es muß deshalb weg.

In die Beine

WaZ.29-10-86

In Italien gehört es zu den brutalen Bräuchen der Roten Brigaden, mißliebige Mitglieder des politischen Systems in die Beine zu schießen. Der Leiter der Berliner Ausländerbehörde ist das erste Opfer einer solchen barbarischen Strafaktion in unserem Land.

Noch ist ungeklärt, ob die Täter im terroristischen Umfeld zu suchen sind. Zur Verunsicherung der Öffentlichkeit trägt der erschreckende Vorfall jedenfalls bei. Die Eskalation ist nicht zu übersehen: Der Mord an dem Diplomaten von Braunmühl zielte auf den Bonner Apparat, dessen Mitglieder sich bisher sicher fühlen konnten, weil die Terroranschläge der Vergangenheit eher den Repräsentanten des Systems, nicht ihren Helfern im zweiten Glied galten. Auch Harald Hollenberg ist ein Mitglied der politischen Verwaltung; in die veränderte Strategie der Terrorszene paßt sich dieser Anschlag in der Verwendung der Mittel wie in der Person des Opfers durchaus ein.

Das muß nicht bedeuten, daß die Täter aus dieser Szene kommen, es muß auch nicht beweisen, daß ein zentraler Wille all dies lenkt. Die Motive des Anschlags auf den Leiter der Ausländerbehörde dürften andere sein als wenn Strommasten gekippt oder die Büros der Lufthansa in Trümmer gelegt werden. Gemeinsam ist diesen Tätern der Wille zur Gewalt in unterschiedlicher Form und der Haß auf unser ökonomisch-politisches System.

Schutz vor diesen wahllosen Anschlägen wird immer nur begrenzt möglich sein. Fahndung heißt das Gebot der Stunde. In die vielfältige Szene der gewaltbereiten Gruppen im weiten Umfeld des Terrorkerns einzudringen, kann nicht unmöglich sein. Dies scheint realistischer als das Spiel mit dem Kronzeugen, von dem niemand weiß, ob er sich jemals finden läßt. Alibihandlungen des Gesetzgebers oder aktive Fahndung unter Zusammenfassung aller Mittel und Kräfte, über die der Staat durchaus verfügt? Da sollte die Wahl nicht schwer fallen.

Für dezentralen Widerstand — kommunikee

wir haben in der nacht vom 23. zum 24.10. einen us-militärzug gestoppt, der zwischen berlin und dem bundesgebiet material und truppen transportiert.
mittels eines eisenhakens mit seil (genaue beschreibung umseitig) haben wir den zug bei riddagshausen/braunschweig in die peinliche lage gezwungen, sich selbst die oberleitung herunterzureißen und stehenbleiben zu müssen.
originalzitat bahnleitung:" militärzug? amerikanisch? eieiei!"
folge: die yankees kamen erstmal nicht weiter und der zugverkehr war in den nächsten stunden arg behindert, weil die loks mit eingezogenem schleifer langsam durchgeschleust werden mußten.
mal wieder die bahnleitung:"ach, dann ist die strecke tot, ja?"
um die ermittlungs-arbeit der bullen nicht zu erleichtern, haben wir auf dem zufahrtsweg noch den einen oder anderen krähenfuß liegen lassen.

welche motive hatten die autoren/innen?
KALTE WUT!!
GUTE GELEGENHEIT!!!
die us-züge passieren diese stelle täglich gegen 0.50 und 1.05, und die yankees mußten schon lange mal wieder was verpult kriegen (libyen, nicaragua, el salvador,...,hier,...)
zugleich muß der bundesbahn mal wieder gezeigt werden, daß sie auch hier nicht konsequenzenlos amerikanische soldaten, munition, atom- und giftmüll sowie andere gefahrenquellen in der gegend rumkutschieren kann.

LICHTBOGENBLAUE GRÜSSE AN DIE

SCHACHT-KONRAD-VERURTEILTEN

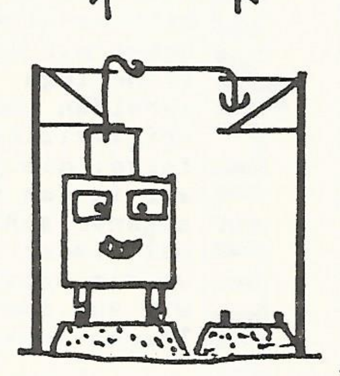
UND NATÜRLICH ALLE ANDEREN

KÄMPFER/INNEN !!!!!

HOW TO STOP A TRAIN?

damit sowas öfters passiert und da wir demnächst deswegen sowieso terroristen werden, das rezept: unser universalverfahren ist unabhängig von brücken. die haken werden mit einem 10 mm nylonseil über die oberleitungen gezogen! ACHTUNG 7-12 kV, 16 Hz, das seil muß absolut trocken sein, aber dann kribbelts nich mal! das seil einseitig mit 500 g, je nach kraft auch mehr, beschweren, und rüber damit, enterhaken einhängen und zurückziehen. das hat bei uns nicht gut geklappt, weil wir 2 große haken hatten und das war zu schwer, darum: 1 großen + 1 kleinen und vorher üben (seil zwischen 2 bäumen, 6 - 6,5 m hoch).

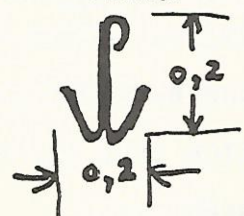
der erste wurf erfolgt von der mitte über die leitung hinweg, wo das opfer kommen soll, eingehängt wird der kleine(enter-)haken, dann gezogen, bis der große in der "arretierung" A hängt. das gewicht ans andere ende des wurfseils und wieder von der mitte aus über die 2. o-leitung, so, daß der enterhaken sich da oben verfängt. der große und der kleine haken sind durch ein doppeltes nylonseil 10 mm miteinander verbunden, länge=o-leitungsabstand. da der große haken mitgeschleppt wird, muß unbedingt eine metallische auflage A da sein, da das nylon durchwetzen könnte. dieser haken hat einen widerhaken B, damit der schleifer der e-lok beim aufprall garantiert verfängt (ca. 4 cm)



das ganze wird in der mitte M zwischen 2 masten aufgehängt, da dort der abstand zwischen trag- und schleifleitung nur etwa 0,7 m beträgt.

die haken werden aus 15 mm monierstahl gebaut. der lokführer ist bei dieser anordnung nicht gefährdet!

enterhaken:



Jetzt fahndet die Polizei verstärkt nach der Terrorgruppe „2. Juni“

Verübte „aufgelöste“ Organisation Anschlag auf Hollenberg? / „The Blues goes on“

Von WERNER KAHL

Tatort Berlin: „The Blues goes on“, erzählten sich Gäste linker Kneipen am Wochenende nach den Schüssen auf den Leiter der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg, durch bisher nicht gefaßte Terroristen. Im Verdacht, den Anschlag verübt zu haben, stehen plötzlich auch Anhänger der früheren Gruppierung „Bewegung 2. Juni“, die sich angeblich 1980 auflöste und mit der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) vereinigte.

Bei den Ermittlungen nach dem Täterkreis suchen die Sicherheitsbehörden in West-Berlin und im übrigen Bundesgebiet nach früheren Angehörigen dieser Gruppierung, die in den sechziger Jahren als „Blues“ antiautoritär auftrat, bis dieses Etikett zum Synonym für den Weg in den Linksextremismus wurde. In Erinnerung an den Tod des Demonstranten Benno Ohnsorg bei einer Anti-Schah-Kundgebung am 2. Juni 1967 in West-Berlin bemühten sich Anführer der Bewegung seit Anfang der siebziger Jahre unter diesem Todesdatum als Gruppennamen „Widerstand auf die Straße“ zu tragen. Reizthemen sollten unabhängig von der RAF durch spontane Anschläge „vermittelbar“ werden. „Durch entscheidende Aktionen müssen wir das Volk auf unsere Seite bringen“, sagte der wegen terroristischer Aktivitäten verurteilte Klaus Viehmann vor Gericht unter Anspielung auf die Entführung des Berliner CDU-Politikers Peter Lorenz. Der „Bewegung 2. Juni“ werden außerdem die Ermordung des Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann und die Inszenierung der Entführung des Wiener Textilkaufmannes Palmers zur Last gelegt, von dem Inge Viett, eine der Anführerinnen, im Jahre 1977 rund 4,3 Millionen Mark als Lösegeld erpreßte.

Inge Viett, frühere Berliner Kindergärtnerin aus Stenwarde in Norddeutschland, wird verstärkt als Nummer eins der alten „Bewegung 2. Juni“ gesucht. Die 42jährige, die 1976 aus dem Berliner Frauengefängnis ausbrach und seitdem gesucht wird, schloß sich nach der Flucht der RAF an. Im kommunistischen Südjemen wurde sie in einem Palästinenserlager militärisch ausgebildet. Ihr wird eine Reorganisation des militanten Untergrundes nach mehrjähriger verhältnismäßig ruhiger terroristischer Phase in der Stadt zugetraut.

In früheren Jahren hielten sich weitere Mitglieder des „2. Juni“ zur Ausbildung in Lagern palästinensischer Organisationen im Nahen Osten auf. Eine der ersten war Ingrid Siepmann, eine aus Marienberg (Sachsen) stammende Frau, die den Spitznamen „Banklady“ trug. In knapp eineinhalb Jahren verübte sie mit Komplizen sechs Überfälle auf Westberliner Geldinstitute. Nach ihrer Verurteilung 1974 zu zwölf Jahren Haft war sie bereits im März 1975 im Austausch gegen den entführten damaligen Berliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz freigepreßt worden. Seit einigen Jahren ist Ingrid Siepmann in Libanon verschollen. Es wird angenommen, daß sie bei den Kämpfen in Südlibanon auf seiten der PLO gegen die Israelis während eines Bombenangriffes verschüttet wurde.



Die Welt 3-11-1986

Einige Anhänger des „2. Juni“ versuchten in den siebziger Jahren in Nordrhein-Westfalen eine „Rote Ruhr-Armee“ zu bilden. Zu den mutmaßlichen Initiatoren wurde Gabriele Kröcher-Tiedemann gerechnet, die später mit dem Venezolaner Ilich Ramirez-Sanchos, genannt „Carlos“, die Konferenz der Opec-Ministerrunde in Wien überfiel. Der damalige Ehemann der Terroristin wurde 1977 in Stockholm unter dem Verdacht der geplanten Entführung eines schwedischen Regierungsmitgliedes verhaftet.

Festnahmen durch die in- und ausländische Polizei, der Tod des Professorensohnes Georg von Rauch bei einer Schießerei und der „Ausstieg“ des früheren „2. Juni“-Anhängers Michael „Bommi“ Baumann bedeuteten eine Zäsur für die Gruppierung. In einem Reorganisationspapier im Jahre 1975 hieß es über diese Phase der Bewegung und über die Bedingungen eines weiteren Agierens unter anderem: „Georg von Rauch wurde erschossen, viele Genossen wurden verhaftet, andere gaben auf, einige versuchten sich durch Verrat freizukaufen (es handelte sich um erfolgreiche Regelungen einer Art Kronzeugenpraxis, wie sie heute als gesetzliche Regelung diskutiert wird – die Red.).“

Die Verfasser betonten in ihrem Rundschreiben an Anhänger und Unterstützer der Terrororganisation, es sei „trotz dieser folgenschweren Rückschläge – die Infrastruktur der Gruppe wurde von den Bullen mehr als einmal durch Verrat zerschlagen –“, der Polizei nicht gelungen, „die Bewegung aufzureiben oder sie aus der Stadt zu vertreiben“.

Daraus erklären sich Zweifel, ob die „Bewegung 2. Juni“ tatsächlich aufgelöst wurde. Bei den Sicherheitsbehörden gibt es Hinweise, daß in der Bundesrepublik in den letzten Jahren einige militante frühere „2. Juni“-Anhänger Mini-Gruppen von der Art „Revolutionärer Zellen“ gebildet haben. Diese werden als selbständige „Untergruppen der Bewegung 2. Juni“ oder zumindest dieser nahestehend eingeschätzt. The Blues goes on?

In dem Anschlag auf den Berliner Behördenchef sehen Sicherheitsexperten durchaus eine Aktion, um sich bei anderen deutschen Extremisten, insbesondere aber auch bei arabischen Gruppierungen, ins Gespräch zu bringen. Für diese Anknüpfung können die Gewalttäter die „Revolutionären Zellen“ gewählt haben.

Anschlagserie nach Räumung in Hamburg

Ausschreitungen der Hausbesetzer-Sympathisanten in Kopenhagen und Hannover

SDZ 30.10 **Hamburg (Reuter)**

Nach der Räumung von sechs Wohnungen am Hamburger Hafen sind in der Nacht zum Mittwoch in Kopenhagen und mehreren Städten der Bundesrepublik Anschläge verübt und Scheiben bei zahlreichen Banken und öffentlichen Gebäuden eingeschlagen worden. In der dänischen Hauptstadt brannte ein Ausstellungsraum des deutschen Konzerns AEG durch einen Brandsatz völlig aus. Beim Kopenhagener Büro der Nachrichtenagentur dpa wurden Scheiben eingeworfen und Säure verspritzt. Bei einem Protestzug gegen die Räumung wurde am Dienstagabend in Hamburg ein 57jähriger Journalist erheblich verletzt. Nach den Anschlägen in Kopenhagen fand die Polizei auf einer Häuserwand die Parole: „Rache für die Hafenstraße." Ein anonymer Anrufer bei einer dänischen Nachrichtenagentur bezeichnete den Anschlag auf das Agentur-Büro gleichfalls als Vergeltung für die teilweise Räumung der ehemals besetzten Häuser im Hamburger Hafenviertel St. Pauli am Vortag.

Nach dem Demonstrationszug in Hamburg von rund 2000 Bewohnern der Häuser an der Hafenstraße und Sympathisanten wurde der 57jährige Reporter Ernst Lütcke von *Bild am Sonntag* nach Angaben der Polizei und seiner Redaktion aus einer Gruppe von rund 100 Jugendlichen heraus geschlagen, getreten und eine hohe Treppe hinuntergestoßen. Neben einem Schlüsselbeinbruch erlitt er Verletzungen am Kopf. Im Rathaus in Hamburg-Altona versuchten Unbekannte gegen Mitternacht, Feuer in der Kantine zu legen. In dem historischen Gebäude entstand ein Schaden von etwa 50 000 Mark. Außerdem wurden Scheiben der landeseigenen Wohnungsgesellschaft SAGA eingeworfen, der die teilweise geräumten Häuser gehören. In Hannover waren schon am Dienstagabend bei sieben Banken und Geschäften Scheiben eingeschlagen worden. Rund 50 Jugendliche griffen Polizisten mit Steinen an. Ein Beamter wurde verletzt, 20 Personen wurden vorübergehend festgenommen.

Auch in Lübeck wurden in der Nacht Scheiben bei vier Geldinstituten eingeschlagen. In Berlin-Kreuzberg kam es offenbar ebenfalls als Vergeltung für die Räumungsaktion in Hamburg zu Krawallen.

Rheinische Post 30.10.86

Millionenschäden bei nächtlichen Ausschreitungen

Von unseren Nachrichtendiensten

Köln — Vermummte Gewalttäter haben in der Nacht zum Mittwoch bei Krawallen in Köln, Hamburg, Hannover und Lübeck schwere Schäden angerichtet. Vorausgegangen waren Räumungen besetzter Häuser in Köln und Hamburg. Die Schäden erreichten allein in Köln Millionenhöhe. Auch in Bonn und Oberhausen wurden Schaufenster eingeworfen.

Nach der widerstandslosen Räumung eines besetzten Hauses in Köln-Ehrenfeld hatte die Polizei am späten Dienstagabend ihre Aufmerksamkeit auf eine Protestaktion von etwa 70 Hausbesetzern in der Innenstadt gerichtet. Während dort alles ruhig blieb, zerschlugen Vermummte zur gleichen Zeit im Stadtteil Nippes Schaufenster von Geschäften und Banken. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die zeitliche Parallelität eine „gezielte Taktik" darstelle, um die Aufmerksamkeit der Polizei abzulenken, sagte ein Sprecher des Kölner Präsidiums. Als die Polizei in Nippes auftauchte, hatten die Vermummten den Tatort bereits wieder verlassen. Insgesamt waren 28 Schaufenster mit Steinen zertrümmert worden. Zeugen berichteten, bei den Tätern habe es sich um etwa 25 Personen gehandelt. Bei der Fahndung fiel lediglich ein Pkw mit fünf Personen auf, in dem eine Plastiktüte mit Steinen, ein Farbsprühgerät und Motorrad-Sturmhauben gefunden wurden.

Ebenfalls am Dienstag waren in Hamburg an der Hafenstraße sechs besetzte Wohnungen geräumt worden, ohne daß es zunächst zu Ausschreitungen kam. Auch in Hamburg protestierten am Abend rund 2000 Sympathisanten der Hausbesetzer gegen die Räumungen. Erst im Anschluß an diese Demonstration kam es zu Ausschreitungen. Unbekannte versuchten nach Angaben der Polizei, in der Kantine des Rathauses im Stadtteil Altona Feuer zu legen — hier entstand ein Schaden von rund 50 000 Mark. Mit blauer Farbe sprühten die Täter an die Wand: „Das war erst der Anfang." Die Fenster eines Büros der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft SAGA, die die Häuser an der Hafenstraße verwaltet, wurden eingeworfen. Auf eine Wand wurde die Parole „Miete ist Raub" geschmiert.

Wegen der Hamburger Räumungen kam es in der Nacht zum Mittwoch auch in Berlin-Kreuzberg zu Krawallen. Unbekannte setzten nach Polizeiangaben einen geparkten Bus in Brand, stürzten mehrere Bauwagen um und zertrümmerten Fensterscheiben. Krawalle lösten die Hamburger Räumungen auch in Hannover aus. Nach Mitteilung der Polizei zerschlugen rund 40 Personen die Fensterscheiben von fünf Banken und mehreren Geschäften. Als Polizeibeamte einschritten, wurden sie angegriffen. 20 Randalierer konnten festgenommen werden. Zur gleichen Zeit warfen Unbekannte in Lübeck mit Steinen die Scheiben von vier Banken ein. Auf Hauswände malten sie die Parole: „Solidarität mit der Hafenstraße". In Kopenhagen wurden — mit eindeutigem Bezug zur Hamburger Räumung — das Büro der Deutschen Presse-Agentur und ein AEG-Ausstellungspavillon angegriffen.

Wohnungen Kiefernstraße erneut durchsucht
Polizei erhofft Hinweise auf Braunmühls Mörder

Helfer bei den RAF-Morden?

RP 30-10-86

Düsseldorf – Knapp drei Wochen nach dem Mord an dem Bonner Diplomaten von Braunmühl hat Generalbundesanwalt Rebmann gestern im Rahmen der Fahndung nach den Tätern in der Düsseldorfer Kiefernstraße mit großem Polizeiaufgebot mehrere Dutzend Wohnungen durchsuchen lassen. Entdeckt wurde unter anderem eine Kopie des RAF-Bekennerschreibens zum Mord an von Braunmühl. Die Fahnder nahmen zwei Personen vorläufig fest und stellten unter anderem Material sicher, das auch zum Bombenbasteln verwendet werden kann. Die Wohnungen werden zum Teil von Hausbesetzern bewohnt, deren harter Kern schon einmal im Zusammenhang mit der Terroristen-Szene aufgefallen ist: Im August waren zwei ehemalige Bewohner in Rüsselsheim gemeinsam mit der RAF-Terroristin Eva Haule-Frimpong verhaftet worden.

Die seit einigen Tagen geplante Aktion begann gestern morgen um 9 Uhr. 300 uniformierte Schutzpolizisten riegelten den Bereich der Kiefernstraße im Ortsteil Lierenfeld innerhalb weniger Minuten ab. Unterstützt von 200 Kripo-Beamten begannen 20 Staatsanwälte der Karlsruher Bundesanwaltschaft mit der Durchsuchung der Wohnungen. Insgesamt sollen über 800 Polizisten im Einsatz gewesen sein. Generalbundesanwalt Rebmann hatte beim Bundesgerichtshof (BGH) den Durchsuchungsbefehl beantragt, weil er in den Wohnungen handfeste Anhaltspunkte über die Drahtzieher des Mordes an dem Bonner Diplomaten von Braunmühl vermutete. Ob die Aktion ein Ergebnis gebracht hat, das die bisher erfolglose Fahndung nach den Mördern von Braunmühls weiterbringen kann, war gestern noch nicht klar. Nach dpa-Informationen wurde „weiterführendes Material" gefunden und „umfangreiches Beweismaterial" sichergestellt. Jedenfalls wurde nach Aussage des Sprechers der Bundesanwaltschaft, Prechtel, in einer der Wohnungen eine Kopie des RAF-Bekennerbriefs zum Mord an von Braunmühl gefunden. Außerdem entdeckten die Fahnder Chemikalien, aus denen Sprengstoff hergestellt werden kann, sowie elektronische Bauteile, die zur Konstruktion von Zündern dienen können.

Beschlagnahmt wurden mehrere Exemplare der RAF-Zeitung „Zusammen kämpfen", Stahlschleudern, Gesichtsmasken, kleine Mengen Rauschgift und nicht näher bezeichnete Bekenner-Briefe zu anderen Aktionen. Sichergestellt wurde ein sogenannter Funkfrequenz-Entschlüssler zum Abhören des Polizeifunks, Kleinkaliber-Munition und ein Auto. Das Material wird jetzt von Experten des Bundeskriminalamtes untersucht.

Alle Personen, die sich in den Räumen aufhielten, wurden überprüft, zwei von ihnen aus nicht näher genannten Gründen vorläufig festgenommen. Eine weiträumige Absperrung bei der Aktion war notwendig, weil die Hausbesetzer im Laufe der Zeit alle Häuser mit Hilfe von Wand-Durchbrüchen in den Wohnungen oder im Keller miteinander verbunden haben.

Daß der als militant geltende harte Kern der Hausbesetzer Kontakte zur Terroristen-Szene hat, ist seit Monaten bekannt: Christian Kluth und Luitgard Hornstein, zwei ehemalige Bewohner der Wohnungen, waren im August gemeinsam mit der zur RAF gehörenden Eva Haule-Frimpong in Rüsselsheim festgenommen worden. Nach ihr war im Zusammenhang mit dem Mord an dem Siemens-Manager Beckurts.

Kurz danach waren die Wohnungen an

KEINE RÄUMUNG DER HAFEN- UND BERNHARD-NOCHT-STRASSE

der Kiefernstraße zum ersten Mal durchsucht und kiloweise Material sichergestellt worden. Beim Mord an von Braunmühl habe ein Sympathisanten-Umfeld den Tätern geholfen, erklärte Prechtel. Und Teile dieses Umfeldes habe man in Düsseldorf vermutet.

Bei einem Brandanschlag auf die Filiale der Kreissparkasse in Isernhagen bei Hannover ist Sachschaden in Höhe von 50 000 Mark entstanden. Fünf Personen, die in ihrem Auto Flaschen, Benzinkanister und Öl mitgeführt hätten, wurden nach Polizeiangaben festgenommen. (AP)

SDZ 31.10.86

Razzia bei Hausbesetzern

Die Drähte, die es von der Kiefernstraße zur terroristischen RAF (Rote Armee Fraktion) gibt, scheinen noch dichter, als bisher angenommen: Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen sind Häuser an der Kiefernstraße von Beamten des Bundeskriminalamtes und der Polizei durchsucht worden. Hintergrund: An der Kiefernstraße vermutet der Generalbundesanwalt RAF-Sympathisanten, die möglicherweise beim Mord an dem Diplomaten Gerold von Braunmühl geholfen haben.

Anfang August waren Hausbesetzer der Kiefernstraße erstmals für die Öffentlichkeit erkennbar in die Nähe der RAF gerückt. Zwei ehemalige Bewohner — Christian Kluth und Luitgard Hornstein — wurden in Rüsselsheim gemeinsam mit der RAF-Top-Terroristin Eva Haule-Frimpong festgenommen und in Haft gebracht. Sie waren beide an der Kiefernstraße gemeldet und sitzen noch in Untersuchungshaft. Bei der damaligen ersten Durchsuchung war belastendes Material gefunden worden. Mit Plakaten, Flugblättern und auf Wände gesprühten Parolen hatte der harte Kern der Hausbesetzer seinerzeit seine Sympathie zum „Kommando Mara Cagol" bekundet, das den Mord an dem Siemens-Manager Beckurts und seinem Fahrer Groppler begangen hatte.

Obwohl mit der Verhaftung nach Einschätzung des Bundeskriminalamtes (BKA) ein schwerer Schlag gegen die RAF gelungen war, kam es zum Mord an von Braunmühl. Die Fahnder sind der festen Überzeugung, daß dabei ein „sympathisierendes Umfeld" beteiligt war — und dazu gehörende Personen vermuten sie an der Kiefernstraße.

Das Ergebnis der gestrigen Durchsuchung scheint diese Einschätzung zu erhärten: Immerhin entdeckten die Fahnder die Kopie des Bekennerschreibens zum Mord an von Braunmühl und andere Unterlagen. Schon vor Wochen war in einer anderen Wohnung Kluths, der in Düsseldorf offenbar drei Wohnsitze hatte, Beweismaterial gesichert worden. Unter anderem fand man eine Liste mit 60 Tarnkennzeichen der Polizei.

Die fuhr gestern an der Kiefernstraße einen Groß-Einsatz, ungefähr 800 Männer und Frauen waren auf den Beinen — teilweise freilich als Einsatzreserve in der Nähe. Da die gesamte Aktion vergleichsweise ruhig verlief, mußte die Reserve nicht eingreifen. Dafür waren allerdings Experten gefragt: Zwei Stunden, nachdem die Überprüfung der über 20 Wohnungen begonnen hatte, rückten Rauschgift-Experten vom Düsseldorfer Präsidium zur Kiefernstraße aus. Dort waren kleine Mengen „Stoff" gefunden worden, der nicht klar eingeordnet werden konnte. Zwei Rauschgiftspürhünde wurden angefordert, um nach weiteren Rauschgiften zu suchen. Die Tiere waren bis zum Nachmittag im Einsatz.

In Bereitschaft standen außerdem Männer des SEK, des Sondereinsatzkommandos, das speziell zur Bekämpfung terroristischer Gewalttaten gebildet worden ist und in Düsseldorf bei zwei Geiselnahmen in Sparkassen — Bismarckstraße und Lehnaustraße — Hervorragendes leistete. Mit Sturmmützen maskierte SEK-Männer nahmen an der Durchsuchung teil und filmten die Aktion mit ihren Video-Kameras.

Einen Feuerwerker, der ebenfalls zuerst angefordert worden war, brauchten die BKA-Experten dann doch nicht: Sie selbst konnten leicht erkennen, daß sie auf die typischen Chemikalien gestoßen waren, aus denen man mit Hilfe von Feuerlöschern hochbrisante Bomben basteln kann. Elektronik-Bauteile, aus denen Zünder zusammengesetzt werden können, waren ebenfalls vorhanden.

Selbst die Feuerwehr wurde um Hilfe gebeten. Als es galt, die alten Keller der Gebäude näher unter die Lupe zu nehmen, fehlte es am Licht. Also wurde ein Fahrzeug der Feuerwehr gesandt, das für die nötige Helligkeit sorgen konnte. Geleitet wurde der Einsatz aus einer mobilen Leitstelle — einem mit Technik vollgestopften Bus, der einen eigenen Stromgenerator mit sich führt.

Fahndung nach Christoph Seidler

SDZ 27.10.86

Wiesbaden (AP)

Das Bundeskriminalamt hat erneut einen Fahndungsaufruf nach einem mit Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen Terroristen herausgegeben. Gesucht werde jetzt auch der in Heidelberg geborene 28jährige Christoph Eduard Seidler. Er stehe im dringenden Verdacht, im Dezember 1984 in den Untergrund abgetaucht zu sein und sich der „Roten Armee Fraktion (RAF)" angeschlossen zu haben, erklärte das Bundeskriminalamt. Zuvor habe sich Seidler im August 1978 an mehreren Hausbesetzungen und Aktionen im Zusammenhang mit dem Hungerstreik inhaftierter terroristischer Gewalttäter beteiligt, mit denen er seit 1979 auch Besucherkontakte unterhalten habe.

TAZ 29.10.86

Offener Brief an die Bundesregierung

Die ca. 160 Anwesenden der *Solidaritätsveranstaltung mit den Revolutionären Gefangenen in westdeutschen Gefängnissen* am 23.10.86 in Kopenhagen, Dänemark *protestieren* gegen die systematische Vernichtungspraxis von seiten der staatlichen Instanzen gegen deren inhaftierte politische Gegner.

Die Veranstaltungsteilnehmer äußern hiermit Ihr volles Verständnis für den Kampf der revolutionären Gefangenen für die Bewahrung ihrer physischen und psychischen Identität.

Wir fordern sie als Regierungsmitglieder dazu auf, unverzüglich alles zu unternehmen, um den berechtigten und legitimen Forderungen der inhaftierten Revolutionäre nachzukommen.'

— Behandlung als Kriegsgefangene nach der Konvention von Genf für Kriegsgefangene

— Sofortige Aufhebung der Isolationsfolter und Zusammenlegung in mindestens 15-Personen große interaktionsfähige Gruppen

— freie, unzensierte Diskussion und Briefkorrespondenz

— Besuchs- und Arzterlaubnis nach freier Wahl

— sofortige Aufhebung der Kriminalisierungsdrohung gegen Personen, die in Kontakt mit den inhaftierten Revolutionären stehen. Die dänische Öffentlichkeit wird über die weitere Entwicklung gründlichst informiert werden.

Veranstaltung d. dän. Vesttyslandskomitéen, Kopenhagen

Bundeskriminalamt befürchtet jetzt einen Anschlag der „Action Directe“

Frankreich und Belgien „Rückzugsraum“ / Sicherheitspolitischer Kongreß der CDU

RALPH LORENZ, Bonn

Nach dem Anschlag der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) auf den Diplomaten Gerold von Braunmühl befürchten Sicherheitsexperten jetzt einen „Parallelanschlag“ der mit der RAF zusammenarbeitenden französischen Terrorgruppe „Action Directe“.

Wie der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Gerhard Boeden, gestern auf dem sicherheitspolitischen Kongreß der CDU „Gegen Terror und Gewalt“ sagte, lasse die in der Erklärung der Braunmühl-Attentäter mehrfach erwähnte gute Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik befürchten, daß sich „nunmehr wieder die Action Directe in Zugzwang sieht, einen Anschlag in gleicher Zielsetzung zu verüben“. Boeden: „Die jüngsten Anschläge der RAF haben auch zum Ziel, anderen internationalen Terrorgruppen Schlagkraft und Aktionsfähigkeit auf gemeinsamem Angriffsfeld nachzuweisen.“

Ereignisse in der Vergangenheit hätten mehrfach belegt, daß Frankreich, Belgien und andere westeuropäische Nachbarstaaten deutschen Terroristen als „Aufenthalts- und Rückzugsraum“ gedient hätten. Boeden forderte deshalb ein Mindestmaß an Harmonisierung strafrechtlicher, polizei- und verwaltungsrechtlicher Bestimmungen in Europa. So müsse das Auslieferungsverfahren beschleunigt, das „Recht auf Nacheile“ eingeräumt werden.

Obwohl die RAF in ihrer Organisationsstruktur mehrfach zerschlagen worden sei, verfügt sie nach Angaben des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Hans Neusel, wieder über einen harten Kern von 20 bis 25 Personen und über mehr als 200 „militante Anhänger“ in ihrem Umfeld und 2000 Sympathisanten. Allein in diesem Jahr seien 340 Anschläge verübt worden (60 Sprengstoff- und 280 Brandanschläge) – 50 Prozent mehr als 1985.

Als „Luftblasen“ bezeichnete der baden-württembergische Polizeipräsident Alfred Stümper Diskussionsbeiträge wie „Wir haben genug Gesetze, sie müssen nur angewandt werden“ oder die Aussage, dies sei „die Stunde der Fahndung“. Solche Äußerungen hätten den Vorwurf an die Polizei zum Inhalt, sie sei in den zurückliegenden Auseinandersetzungen unfähig gewesen, das geltende Recht richtig anzuwenden. Stümper forderte „klare und einfache Normen“ für die Polizei, mit denen sie unter dem Druck der Verhältnisse sachgerecht reagieren könne.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hatte in seinem Einführungsreferat für das Instrument des „Kronzeugen“ geworben. Sicherlich reiche die Einführung des Kronzeugen in die Strafprozeßordnung an die Grenze des moralisch Erträglichen heran. Deshalb sollte sie auf zwei Jahre begrenzt werden. Wer die Chance der Kronzeugen-Regelung nicht nutze, mache sich selber zum Komplizen des Terrorismus durch die Inkaufnahme weiterer Mordtaten. Von der SPD verlangte Geißler Distanz zu den Grünen, so lange diese nicht ihr Verhältnis zur Gewalt geklärt und „die faschistoiden Skelette aus den Schränken“ geräumt hätten. Die SPD solle entschlossen gegen die „rechtsstaatsfeindlichen Inhalte“ der Grünen vorgehen.

Die Welt 30-10-86

Beim Thema „Kronzeuge“ drängt Koalition zur Eile

GÜNTHER BADING/DW. Bonn

Mit einem Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismnus und mit der Verschärfung einer Reihe von Strafrechtsbestimmungen will die Bundesregierung Fahndungsarbeit und Präventivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden unterstützen. Das Bundeskabinett unter Leitung des Kanzlers billigte gestern die von einer Arbeitsgruppe unter Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble erarbeiteten Vorschläge, darunter auch die umstrittene Einführung einer Kronzeugen-Regelung bei terroristischen Straftaten.

Eingebracht werden die Gesetzesvorhaben allerdings von den Koalitionsfraktionen, um die parlamentarische Behandlung zu beschleunigen. Schon am Donnerstag kommender Woche, so der derzeitige Plan, sollen die Entwürfe im Bundestag in erster Lesung behandelt werden. Sie sollen noch vor Weihnachten endgültig verabschiedet und in Kraft gesetzt werden. Im Kabinett hätten die aus der FDP-Fraktion trotz der Zustimmung in der vergangenen Woche jetzt wieder geäußerten Bedenken keine Rolle gespielt, berichtete Regierungssprecher Friedhelm Ost.

Wichtigste Neuregelung ist die Einführung des „Kronzeugen“ in das deutsche Strafrecht. Künftig kann ein reuiger Terrorist selbst bei schwersten Verbrechen mit Straffreiheit oder -milderung rechnen, falls er gegen Gesinnungsgenossen vor Gericht aussagt. Die Regelung soll nur für Terroristen gelten und auf zwei Jahre befristet werden.

Die weiteren einvernehmlich gebilligten Vorschläge der Koalition sehen vor:

- Der Paragraph 129 a des Strafgesetzbuches (Bildung einer terroristischen Vereinigung) wird auf Anschläge gegen den See-, Bahn- und Luftverkehr sowie auf Energieversorgungsunternehmen und Kraftwerke ausgedehnt.
- Der neue Paragraph 130 a des Strafgesetzbuches stellt die Befürwortung von Gewalt und die Anleitung zu Straftaten wieder unter Strafe. Die Bestimmung hatte die SPD/FDP-Koalition abgeschafft.
- Durch eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes soll der Generalbundesanwalt auch ausländische Terrororganisationen, die auf deutschem Boden tätig werden, verfolgen können.

Die gesetzlichen Grundlagen für

Die Welt 30.10.86

den direkten polizeilichen Zugriff auf das Zentrale Verkehrsinformationssystem beim Kraftfahrtbundesamt sollen noch in dieser Legislaturperiode geschaffen werden.

Zwölf Jahre Haft für RAF-Mitglied beantragt

SDZ 29.10.86 Stuttgart (dpa)

Im Prozeß gegen den 30jährigen Karl-Friedrich Grosser hat die Bundesanwaltschaft in Stuttgart-Stammheim zwölf Jahre Haft wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, gemeinschaftlichen schweren Raubes mit Körperverletzung und Urkundenfälschung beantragt. Die Anklage sieht es als erwiesen an, daß Grosser am 27. September vergangenen Jahres als Mitglied der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF) in Ludwigsburg zusammen mit einem unbekannten Komplicen zwei Geldbotinnen überfallen und dabei 16 000 Mark erbeutet hat. Die Vertreter der Anklage sehen in dem ehemaligen Studenten aus Heidelberg einen „Überzeugungstäter", der seit Mitte 1983 engere Beziehungen zur RAF geknüpft habe. Als Beweis dafür wertete die Bundesanwaltschaft unter anderem ein Archiv mit handschriftlichen Notizen des Angeklagten, vor allem aber mit Zeitungsausschnitten aus dem Jahr 1985, in denen der Name des Siemens-Managers Kurt Beckurts unterstrichen war, der am 9. Juli zusammen mit seinen Chauffeur in München einem Bombenattentat der RAF zum Opfer fiel.

TREVI GROUP

PRESSURES on Irish neutrality are often exerted in the most subtle of ways – and none more so than those pressed through the so-called "Trevi Group" which meets regularly in The Hague.

The Trevi Group is the bureaucratic end of the Kilowatt system. (Kilowatt is a co-operation network of some western European nations, the U.S. and Israel, for the exchange of intelligence which cannot pass through Interpol, precluded by its charter from handling "political" cases. Its existence was first made public when Iranian students took over the U.S. embassy in Teheran and got their hands on CIA documents. Ireland has been a member since the Cosgrave coalition, as those CIA papers in Teheran showed.)

The last meeting of the Trevi Group was held in the Dutch capital on April 24 this year. Present were officials from the justice departments of NATO states in Europe, plus at least one Irish representative.

On the surface, the Trevi Group seems an innocuous arrangement for liaison between various police bureaucrats. However, since its specific function is to deal with "police and security" matters outside the Interpol ambit of criminal affairs, it operates in a shady area where the line between civilian and military matters is blurred.

Thus, when it last met, the Brits were most vociferous in their demands that Ireland, in the aftermath of Rambo Reagan's Tripoli raid and a prospective backlash, should take steps to turf out a lot of Libyans from Dublin. The demand was probably aimed at getting a gesture of solidarity rather than at genuine security. In the event, no Libyans were deported, but perhaps this had more to do with the possible loss of lucrative Aer Lingus, ESB and other contracts than it had with upholding Irish neutrality.

THE PHOENIX June 20, 1986

Welt 30-10-86

Länder stimmen neuem Fahndungskonzept zu

Zimmermann-Bericht vor Kabinett / Kronzeuge umstritten

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat in der Kabinettsitzung über die Bekämpfung des Terrorismus einen Bericht über Fahndungsmaßnahmen, Abstimmung zwischen Innenministern des Bundes und der Länder sowie auf internationaler Ebene innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gegeben und die aktuelle terroristische Bedrohungslage nach dem Mord an dem Bonner Diplomaten von Braunmühl geschildert. Nach Angaben von Regierungssprecher Friedhelm Ost hob der Bundesinnenminister dabei die „völlige Einigkeit" der Innenministerkonferenz über polizeiliche Maßnahmen in ihrer Sitzung am 21. Oktober hervor.

Einigung bei V-Leuten

Nicht einig allerdings waren sich die zuständigen Minister von Bund und Ländern über die Gesetzgebungsvorhaben der Koalitionsfraktionen, unter anderem der Einführung einer Kronzeugenregelung. Hier haben die SPD-regierten Länder erhebliche Bedenken angemeldet (WELT v. 29. 10.). Einvernehmen herrschte dagegen über alle polizeilichen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung, vor allem über die Umsetzung des im Sommer vereinbarten neuen „Fahndungskonzepts 106", das schon im Vorfeld der terroristischen Anschlagsvorbereitung im Umfeld potentieller Zielpersonen mit Fahndungsmaßnahmen einsetzt. Auch war man sich einig über Zulässigkeit und intensivere Durchführung von Rasterfahndung, polizeilicher Observation und Einsatz von verdeckten Ermittlern und V-Leuten. Bisher gab es darüber unter den Innenministern geteilte Auffassungen.

In der internationalen Zusammenarbeit haben nach dem Bericht des Bundesinnenministers die beiden EG-Innenminister-Konferenzen vom 25. September und 20. Oktober eine Reihe deutscher Vorschläge aufgegriffen:

- Einrichtung eines europäischen Lagedienstes über den Terrorismus,
- Austausch von Verbindungsbeamten,
- Einrichtung zentraler kriminaltechnischer Sammlungen,
- international koordinierte Prävention (Prüfauftrag),
- Einrichtung besonders geschützter Nachrichtenverbindungen zwischen zentralen Polizeibehörden,
- Intensivierung der Fahndung nach grenzüberschreitenden Terroristen,
- Kontrolle von Diplomatengepäck,
- Harmonisierung der Visapolitik,
- Intensivierung des Informationsaustausches zwischen Grenzpolizeibehörden.

Bei der aktuellen Bedrohungslage bleiben Sicherheitskreise bei der Einschätzung, daß mit dem Mordanschlag auf den Diplomaten von Braunmühl eine Ausweitung der Aktionsbereiche der RAF zugrunde gelegt werdnemuß. Mit Anschlägen gegen Personen, die nicht unmittelbar an der Spitze stehen, aber durch ihre Funktion eine herausragende Bedeutung haben, müsse auch in Zukunft gerechnet werden. Zielspektrum der RAF seien:

- der „Militärapparat", dabei vor allem Angehörige von NATO und US-Streitkräften,
- der Wirtschaftsbereich, besonders der sogenannte „militärisch-industrielle Komplex",
- der „Repressionsapparat" mit Justiz und Sicherheitsbehörden,
- politische Entscheidungsträger.

Raum Bonn gefährdet

Die besondere Gefährdungssituation im Raum Bonn rühre aus der hohen Konzentration potentieller Zielpersonen für terroristische Anschläge, dem „hohen Symbolwert" einer Aktion im Raum Bonn aus terroristischer Sicht und dem besonderen öffentlichen Interesse, das ein Anschlag in Bonn finde. Die Zahl der zu schützenden Personen ist nach dfer jüngsten Bedrohungsanalyse ausgeweitet worden. Für den Schutz von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes bleibt allein das Bundeskriminalamt zuständig, für alle anderen in Bonn gefährdeten Personen, etwa (beamtete) Staatssekretäre und andere Spitzenbeamte, die nordrhein-westfälische Polizei. Nach Informationen der WELT handelt es sich jeweils um weit über hundert zu schützende Personen.

Erklärung der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD

Wir sind heute vor das Bundeskanzleramt in Bonn gegangen und verlangen von der Bundesregierung, die Forderung: "Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen und Freilassung von Günter Sonnenberg!" zu erfüllen.

Wir sind hier hingegangen, weil in der Regierung letztendlich die politischen Entscheidungen fallen, in denen das grundsätzliche Vorgehen des Staates gegenüber den politischen Gefangenen bestimmt wird.

– so z.B. 1977, als von hier aus das Kontaktsperregesetz durchgepeitscht wurde.

– so auch 1981 im Hungerstreik der politischen Gefangenen, als Justizminister Schmude als Vertreter der Bundesregierung die Zusage machte, daß kein Gefangener mehr in Einzelisolation sein soll.

– und 1985 im kollektiven Hungerstreik der politischen Gefangenen, als Staatssekretär Kinkel als Vertreter der Bundesregierung den Anwälten der Gefangenen mitteilte, daß die Bundesregierung auf die Forderung der politischen Gefangenen – ihre Zusammenlegung in große Gruppen – nicht eingehen wird. Kinkel sagte: "Die Bundesregierung ist bereit, die Konsequenzen zu tragen."

Wir werden hier immer wieder stehen, bis die Forderungen der politischen Gefangenen erfüllt sind.

Wir könne nicht länger warten und zusehen, wie die Gesundheit unserer Angehörigen, der politischen Gefangenen, durch jahrelange Isolation zerstört wird, wie ihre revolutionäre Menschlichkeit und Moral durch langdauernde Isolation angegriffen wird und zerstört werden soll.

Seit Jahren kämpfen wir mit den Gefangenen für die Zusammenlegung in große Gruppen. Wir haben mit unseren Aktionen, wie Spiegelbesetzung, Besetzung des psychologischen Institutes in Hamburg, in dem Folterforschung betrieben wird, auf Veranstaltungen, in Presseerklärungen und Broschüren Öffentlichkeit über die Isolationsfolter hergestellt. Wir haben so dazu beigetragen, daß das Bewußtsein über die Isolationsfolter in der BRD und im Ausland wächst. Bis in die UNO wird die BRD als Staat, der politische Gefangene durch Isolation foltert, angegriffen. Das haben wir erlebt, als wir bei der Sitzung des Menschenrechtsausschuß in New York waren. Als die Delegation der Bundesregierung von den beharrlichen Fragen des Ausschuß in die Enge getrieben wurde, griff sie zur Lüge. Stöcker aus dem Bundesjustizministerium sagte z.B., kein politischer Gefangener in der BRD sei in Einzelisolation, "alle sind in Gruppen zu drei Gefangenen zusammen."

Die Forderung der politischen Gefangenen, ihre Zusammenlegung in großen Gruppen, ist in ihrem Hungerstreik 84/85 über den Widerstand hinaus verstanden worden und hat breite Unterstützung und Solidarität gefunden. Deshalb kann der BRD-Staat die Isolationsfolter politisch nicht mehr rechtfertigen.

Wir wollen, daß die Regierung die Forderung der politischen Gefangenen jetzt endlich erfüllt. Dafür stehen wir hier und werden so lange herkommen, bis die Gefangenen in große Gruppen zusammen sind; wie die politischen Gefangenen in Spanien, d.h. bis sie Bedingungen haben, unter denen sie geschützt sind vor dem Mord auf Raten durch die Isolation. Bedingungen, unter denen sie ihre revolutionäre Haltung, ihr politisches Bewußtsein, ihre revolutionäre Moral und Menschlichkeit, also ihre politische Identität behalten und entwickeln können.

Für Bedingungen, die das – Kollektivität und Selbstbestimmung – möglich machen, kämpfen alle politischen Gefangenen in den imperialistischen Gefängnissen. Ob in Peru, USA oder in Spanien. Die politischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) und die Solidaritätsbewegung in Spanien haben '81 die Kollektive der politischen Gefangenen erkämpft und gegen alle Angriffe des spanischen Staates verteidigt. Die belgischen Gefangenen aus den C.C.C. haben in ihrem ersten Hungerstreik in diesem Jahr wichtige Forderungen durchgesetzt, die ihre Isolation nach außen durchbrechen, und sie sind ihrem Ziel – Zusammenlegung – näher gekommen. *

Diese Bespiele zeigen uns, daß die Vereinheitlichung der westeuropäischen Regierungen zu einer harten Haltung gegenüber den Forderungen der politischen Gefangenen ihre Grenze findet, weil Gefangene, Angehörige und Solidaritätsbewegungen an ihrem Ziel feshalten: kollektive Bedingungen der politischen Gefangenen.

Für uns heißt das jetzt, der Regierung keine Ruhe zu lassen, hier immer wieder hinzukommen und die Erfüllung der Forderung zu verlangen:

– Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen.

– Freilassung von Günter Sonnenberg.

22. Oktober 1986

* stimmt überhaupt nicht, nichts ist zugelassen , nur ein radio. (Kn.Kr.)

Politische Berichte 22/86

"Kronzeuge"

Vorbilder in Nordirland

Ein direktes Vorbild für die Pläne der Regierung Kohl zur Einführung der "Kronzeugenregelung" sind die "Anti-Terroristenprozesse" in Nordirland.

Zwischen 1982, als die britischen Imperialisten begannen, dieses Instrument verstärkt einzusetzen, und 1985 verhafteten sie mit Hilfe solcher Kronzeugen etwa 430 angebliche Terroristen. Verurteilt aufgrund von solchen Zeugenaussagen konnten nur 52 werden, fast alles katholisch-nationalistische Angeklagte.

Im Polizei- und Zeitungsjargon werden die Kronzeugen "Supergrass" genannt, "Top-Spitzel" etwa. In den letzten Monaten hat diese Polizeitaktik schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Selbst das höchste Gericht Nordirlands verwarf jetzt die Aussagen eines solchen Mannes, Christopher Black, als vollständig unglaubwürdig und ließ 22 angebliche Terroristen, die 1983 aufgrund seiner Aussagen verurteilt worden waren, wieder freisetzen. Von den 27 "Supergrass"-Zeugen in Nordirland zogen 14 ihre Aussagen wieder zurück, fünf wurden von den Richtern nicht als Zeugen akzeptiert.

Zeugen, die ihre Aussagen wieder zurückzogen, berichteten später über die angewandte Taktik. Sie werden isoliert und unter ständigem Druck gehalten, die Polizei bietet eine "neue Identität" im Ausland an, gleichzeitig droht sie mit einer sehr langen Gefängnisstrafe, wenn der Zeuge nicht aussagt. Dann werden lange Namenslisten vorgelegt, darunter viele Namen von Personen, die den Zeugen nie begegnet sind, über die sie natürlich auch nichts wissen. Entsprechend werden sie dann von der Polizei auf die Verhandlung regelrecht trainiert.

Während vor einigen Jahren noch völlige Straffreiheit im Rahmen einer Immunität gewährt wurde, falls der Zeuge aussagte, hat die britische Staatsgewalt das Verfahren jetzt geändert. Jetzt werden nur noch verkürzte Gefängnisstrafen zugesagt, denn im Rahmen der Immunitätsregelung zogen viele Zeugen ihre Aussage zurück, nachdem die Immunität erlassen war. Über das Ausmaß des Straferlasses: Der Kronzeuge Harry Kirkpatrick, der 31 Leute belastete, wurde wegen fünffachem Mord zu 999 Jahren verurteilt, er wird wahrscheinlich weniger als vier Jahre absitzen müs-

sen, bleibt er bei seinen Aussagen.

Im Februar 1985 erklärte die britische Regierung in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage, die "Supergrass"-Taktik habe bis dahin etwa 1,3 Millionen Pfund (4 Mio. DM) an Zahlungen für die Kronzeugen gekostet.

Maria Conolly ist die Frau eines angeblichen INLA-Mitglieds, der aufgrund der Aussagen von Harry Kirkpatrick verurteilt wurde. Auf einer Veranstaltung in Birmingham sagte sie: "Mein Mann war einer der Glücklichen, die nach ihrer Verhaftung zwar angeklagt, aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Der Grund war, daß Harry Kirkpatrick seinen Namen nicht wußte, sondern ihn nur mit den Initialen P.C. kannte."

"Das Verfahren ging weiter, und Kirkpatrick sprach über meinen Mann, dem P.C., 'von dem ich jetzt glaube, daß es Peter Connolly ist'. Harry sagte, mein Mann sei bei einer Beerdigung gewesen, wo drei Schüsse abgefeuert wurden. Der einzige Zeuge, der Harrys Aussage gegen meinen Mann unterstützen konnte, war ein RUC-Mann (ein Polizist), der unter Eid erklärte: 'Ja, Euer Ehren, an dem Tag wurden zu der Zeit drei Schüsse abgegeben. Ich war sechs Straßen entfernt und hörte drei Schüsse.' Dafür hat mein Mann acht Jahre bekommen, dazu noch fünf wegen Mitgliedschaft in der INLA." – (hef)

Kölner Express 19.10

Europa vereint gegen Terror!

Generalbundesanwalt Rebmann im Interview

Von FRIEDEMANN WECKBACH-MARA

Sonntag-EXPRESS-Interview mit Generalbundesanwalt KURT REBMANN

EXPRESS: ***Wo verstecken sich die deutschen Terroristen?***

Rebmann: Bevorzugter „Ruheraum" der RAF war in der Vergangenheit sicherlich Westeuropa, insbesondere Frankreich. Das zeigen zahlreiche Festnahmen deutscher Terroristen in diesem Lande. Seit dort die Kontrollen stärker geworden sind, weichen die Terroristen wohl in andere westliche Länder aus, z. B. auf Belgien und Holland.

EXPRESS: ***Reichen Gesetze und technische Möglichkeiten zur Terrorbekämpfung aus?***

Rebmann: Zunehmende Internationalisierung des Terrorismus erfordert meines Erachtens mehr als bisher im Bereich der Polizei eine intensive Kooperation der westeuropäischen Staaten. Wünschenswert und erfolgversprechend wären:

1. Eine europäische polizeiliche Zentralbehörde zur Bekämpfung des Terrorismus mit europaweiter Kompetenz. Dadurch könnte auch der polizeiliche Fahndungsdruck in ganz Westeuropa auf gleichem Niveau gehalten werden. „Ruheräume" gäbe es dann wohl nicht mehr im bisherigen Maße.

2. Verbesserung der grenzüberschreitenden Fahndung und Observation.

3. Ein einheitliches Auslieferungsrecht, das bei bestimmten Delikten ohne Rücksicht auf die Motivation des Täters die Auslieferung von Mitgliedern terroristischer Vereinigungen ermöglicht. Im nationalen Bereich sollte der Generalbundesanwalt – wie von fast allen Parteien bereits vorgeschlagen – die Kompetenz zur Verfolgung von Straftaten ausländischer terroristischer Vereinigungen und von ausländischen Killer-Kommandos auf deutschem Boden erhalten.

Kurt Rebmann

EXPRESS: ***Wie eng arbeiten die Terroristen international zusammen?***

Rebmann: Weltweit lange nicht so eng, wie sie in ihren Propagandaschriften vorgeben. Es gibt auch bis jetzt keinen Euro-Terrorismus im Sinne einer länderübergreifenden Organisation, etwa mit Kommandozentrale. Allerdings besteht eine Zusammenarbeit zwischen RAF, Action Directe und belgischen Terroristen im propagandistischen, ideologischen und auch logistischen Bereich.

General Anzeiger 30-10-1986

Das gleiche Kaliber wie bei Karry

Berlin. (Reuter/dpa) Sogenannte „Revolutionären Zellen" (RZ) haben behauptet, sie hätten den Anschlag auf den Chef der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg, ausgeführt. Der 54jährige war am Dienstag durch Schüsse in die Beine verletzt worden.

Der Leiter des Polizeilichen Staatsschutzes, Manfred Ganschow, sagte gestern, er halte das bei mehreren Nachrichtenagenturen eingegangene Schreiben für authentisch. Inhalt und Diktion der beiden Bekennerschreiben sprechen nach Angaben des Pressesprechers des Generalbundesanwaltes Kurt Rebmann, Alexander Prechtel, ebenso für die Täterschaft der RZ wie die Wahl des Anschlagsopfers und die Motive.

Sicherheitskreise äußerten ihre Beunruhigung darüber, daß Hollenberg offenbar von Mitgliedern der „Revolutionären Zellen" niedergeschossen worden ist. Es sei nicht erwartet worden, daß diese Terroristen Gewalt gegen Menschen verüben würden, hieß es.

In den Sicherheitskreisen wurde jedoch auch auf das Fehlen von Strukturen der RZ verwiesen. „Da brauchen nur ein paar Leute zu einem bestimmten Thema eine Bombe zu legen und sich als Revolutionäre Zelle auszugeben, es wird bestimmt niemand kommen, der das dementiert", beschrieb ein Sicherheitsexperte die Vorgehensweise der Teroristen.

Sie seien im Gegensatz etwa zur „Rote Armee-Fraktion" (RAF) völlig unstrukturiert. Die Täter, die in Sicherheitskreisen auch als „Teilzeit"- oder „Feierabend-Terroristen" beschrieben werden, gingen nach dem Anschlag ihrer gewohnten Tätigkeit nach. Daß sie sich in der „Szene" nicht als RZ offenbarten, mache ihr „Erfolgsrezept" aus, hieß es.

In dem mit „Revolutionäre Zellen" unterzeichneten Schreiben wird Hollenberg als „Menschenjäger und Schreibtischtäter" bezeichnet und mit dem 1942 ermordeten NS-Sicherheitschef Reinhard Heydrich verglichen.

In Sicherheitskreisen wurde darauf hingewiesen, daß sowohl beim Anschlag auf Hollenberg als auch bei der Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Heinz-Herbert Karry eine Waffe vom Kaliber '22 benutzt worden sei. Die RZ hatten sich der Ermordung des FDP-Politikers Karry bezichtigt.

Die Polizei sucht unterdessen nach drei Tätern, darunter ein etwa 20jähriger Mann und eine als kräftig und schwarzhaarig beschriebene Frau. Beide flüchteten nach der Tat mit einem Klappfahrrad und stiegen in einen VW-Passat-Kombi um, der von einem Mann mit Oberlippenbart gefahren wurde.

Millionenschäden bei schweren Krawallen

Bonner Rundschau 30-10



Köln. Krawalle in Köln, Bonn, Hamburg, Hannover, Lübeck und sogar in Kopenhagen. Die bundesweite „Solidarität mit der Hafenstraße" hielt die Polizei in der Nacht zum Mittwoch fast bundesweit in Atem. Verwüstungen und Schäden in Millionenhöhe waren das Ergebnis der Krawall-Nacht, die auf die Räumung mehrerer Häuser in der Hafenstraße im Hamburger Stadtteil St. Pauli folgte. Dort waren mehrere Häuser, in denen sich alternative Wohnungen befanden, geräumt worden, weil sie zum „Brennpunkt der inneren Sicherheit" geworden waren, wie ein Senatssprecher erklärte.

Wie es nach der Räumung von Häusern immer wieder zu Ausschreitungen und Zerstörungen auch in anderen Städten kommt, ist für die Sicherheitsbehörden letztlich nicht geklärt. Fest steht jedoch, daß es etwa 2000 bis 3000 Chaoten in der Bundesrepublik gibt. Diese „Subkultur von Gewalttätern", so der Sprecher des Bundesinnenministeriums Hans-Günter Kowalski, nimmt sich wechselnder Themen an. Mal sind es Räumungen besetzter Häuser, dann Proteste gegen die Atomkraft, mit denen Verwüstungen und Krawalle begründet werden.

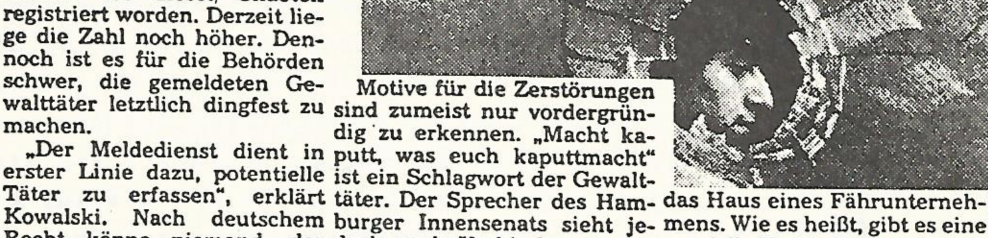
□ Solidarisierung der Szene

Anders als beim harten Kern der terroristischen Rote-Armee-Fraktion (RAF) oder auch den „Revolutionären Zellen", die straff organisiert sind, handelt es sich bei den Gewalttätern, die jetzt wieder für Krawalle sorgten, um Kleingruppen ohne bundesweite Organisationsstrukturen. Diese verständigen sich jedoch durchaus bei manchen Aktionen, heißt es. Denn während ein Sprecher des Hamburger Innensenats von einer „nicht ungewöhnlichen" Solidarisierung der Szene spricht, halten andere Experten eine telefonische Absprache der gewalttätigen Gruppen durchaus für möglich. Für dieses Argument spricht die Zeit-Gleichheit der Krawalle.

Die Polizei ist bei solchen spontanen nächtlichen Aktionen vielfach machtlos. Ein wichtiges Instrument bei der polizeilichen Fahndung nach den Chaoten ist der Meldedienst der Gewalttäter. Bis Juni sind nach Angaben Kowalskis 700 dieser Chaoten registriert worden. Derzeit liege die Zahl noch höher. Dennoch ist es für die Behörden schwer, die gemeldeten Gewalttäter letztlich dingfest zu machen.

„Der Meldedienst dient in erster Linie dazu, potentielle Täter zu erfassen", erklärt Kowalski. Nach deutschem Recht könne niemand, der unmaskiert und ohne Waffen zu einer Demonstration komme, in Schutzhaft genommen werden, nur weil er als Gewalttäter bekannt sei. Die Gerichte verlangten schließlich Beweise. Und häufig maskieren und bewaffnen sich die Gewalttäter erst später.

Nützlich sei der Meldedienst aber bei Demonstrationen. Die Polizei habe somit die Möglichkeit, die potentiellen Gewalttäter besser zu beobachten. Bei spontanen Aktionen wie in Köln sei dieses Hilfsmittel jedoch erfolglos, da die Polizei die Täter vor den Gewalttaten nicht zu Gesicht bekomme.



Motive für die Zerstörungen sind zumeist nur vordergründig zu erkennen. „Macht kaputt, was euch kaputtmacht" ist ein Schlagwort der Gewalttäter. Der Sprecher des Hamburger Innensenats sieht jedoch auch Verbindungen zur Grün-Alternativen Liste (GAL). „Die GAL ist immer dabei", sagt er. „Auch Abgeordnete der Bürgerschaftsfraktion mischen in der Szene mit und versuchen sie für ihre Zwecke zu gebrauchen."

Eine Besonderheit bei den jüngsten Krawallen war die Verbindung zwischen Hamburg und Kopenhagen. In der dänischen Hauptstadt wurden Anschläge auf den Elektrokonzern AEG, ein Büro der Deutschen Presseagentur sowie das Goethe-Institut verübt. Ein anonymer Anrufer erklärte, dies sei die „Rache für die Hafenstraße".

Eine ähnliche Verbindung hatte es schon im September dieses Jahres gegeben. Als in Kopenhagen Häuser geräumt wurden, beschädigten Chaoten in Hamburg Waggons der dänischen Staatsbahn, das dänische Generalkonsulat sowie das Haus eines Fährunternehmens. Wie es heißt, gibt es eine spezielle Verbindung zwischen der Hamburger und der Kopenhagener Szene: der Auftakt zur internationalen Zusammenarbeit der Chaoten?

Anschlag auf Nuklear-Ingenieurbüro Akten und Rechenanlage wurden zerstört

Heute nacht zwei Brandsätze in Gebäude in Hanauer Industriegebiet geschleudert – Mindestens 100 000 Mark Schaden

FR 8-10-86

Hanau (dg/rb/he). – War das bereits ein Vorgeschmack auf die Demonstration am 8. November dieses Jahres in Hanau? – Heute nacht nach 3.00 Uhr drangen bisher unbekannte Atomkraftgegner des militanten Flügels auf das Gelände der Nuklear-Ingenieur-Service GmbH an der Donaustraße 23 in Hanau und schleuderten zwei Brandsätze in den Computerraum und die Alarmzentrale des Gebäudes. Die Annahme, daß es sich um den militanten Flügel der Kernkraftgegner handelt, ist berechtigt: Die Visitenkarte war deutlich hinterlassen: In breiten Lettern war auf die Waschbetonwand eines Gebäudeteiles „Kampf der Atommafia" aufgesprüht. Zwei Stunden war die Hanauer Feuerwehr mit Lösch- und Aufräumungsarbeiten im Industriegebiet Nord beschäftigt, ehe die Polizei zu Ermittlungen das Haus betreten konnte. Erste Bestandsaufnahme: Büromaschinen und zahlreiche Akten wurden beschädigt. Nach Angaben aus dem Regierungspräsidium heute morgen beträgt der Sachschaden wahrscheinlich mehr als 100 000 Mark.

Die Täter hatten vermutlich mit einer Drahtschere die Umzäunung des an der Peripherie des Industriegebietes Nord gelegenen Unternehmens aufgeschnitten und mit zwei noch am Tatort vorgefundenen Hämmern zwei Fenster eingeschlagen, durch die sie die Brandsätze in das Gebäude schleuderten. Auch eine Fruchtsaftflasche, oft als Behälter für solche Feuer-Cocktails benutzt, lag unter einem der zerstörten Fenster.

Aus den Aufschriften angesengter oder halbverbrannter Aktenordner läßt sich schließen, daß es sich bei dem Hanauer Ingenieur-Service, dem der Anschlag galt, um eine Firma handelt, die im planerischen und ausführenden Bereich der Nuklearindustrie über die Hanauer Grenzen hinaus zuarbeitet. Von der Geschäftsleitung des Unternehmens war heute morgen, als der HA den Ort des Brandanschlages besuchte, kein Repräsentant zu sprechen. Bedienstete der Firma verweigerten mit Verweis an die Geschäftsführung jede Auskunft.

Recherchen kurz vor Redaktionsschluß ergaben heute morgen jedoch, daß es sich um ein unabhängiges Ingenieurbüro handelt, also keinen „Ableger" der Hanauer Nuklearbetriebe. Die Nuklear Ingenieur Service GmbH (NIS) wurde 1969 gegründet und beschäftigt nach neuesten Angaben unter anderem 75 hochqualifizierte Physiker und Ingenieure. NIS ist eine Tochtergesellschaft der Lahmeyer GmbH Frankfurt und der NUS Corporation mit Sitz in Gaithersburg (Maryland) in USA.

Das Aufgabengebiet der Firma NIS, das neben dem Hanauer Büro auch eine Niederlassung in Frankfurt-Niederrad unterhält, ist breit gefächert: es reicht von Reaktorphysik über EDV, Strahlenschutz, Umwelttechnik bis zur Stillegung von kerntechnischen Anlagen.

In einer ersten Stellungnahme hat heute morgen Oberbürgermeister Hans Martin dem HA gegenüber den Brandanschlag als „üble Schweinerei" und zu verurteilendes kriminelles Handeln gewertet. Aus dem Anschlag lasse sich nicht ohne weiteres ein „Kausalzusammenhang" mit der geplanten Großdemonstration am 8. November herstellen, die bis heute beim Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde nicht angemeldet sei, erläuterte Martin. Die Stadt werde jetzt die „Initiative Hanauer Umweltschutz" am Nähefahrtsweg in Steinheim anschreiben, um überhaupt einmal festzustellen, wer für die geplante Demonstration als Organisator verantwortlich zeichnen will.

KOMMUNIKEE

Wir haben in der Nacht vom 6. auf den 7.10.86 im Gebäude der Firma Nuklear-Ingenieur-Service" (NIS) in Hanau Feuer gelegt. Die NIS arbeitet als "Ingenieurberatungsunternehmen" auf dem Gebiet der Atomtechnik und macht "im In- und Ausland mit Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft, Atomforschungszentren sowie staatlichen Einrichtungen" ihre Geschäfte. Der Angebotskatalog für die Atommafia reicht von der Erstellung von Genehmigungsunterlagen über die Projektierung und Konzepterarbeitung in allen Fragen des sogenannten Brennstoffkreislaufs bis hin zu Stillegung und Abriß von Atomkraftwerken.
Mit diesen Aufgabenbereichen bildet NIS die auf Atomfragen spezialisierte Filiale eines "Engineering-Unternehmens", das weltweit Vernichtungsplanung betreibt:

Die Lahmeyer International GmbH.

Denn diese ist mit 52% - den Rest hält ein US-Konzern - Mehrheitsgesellschaft von NIS. In der Zentrale von Lahmeyer International - deren Anteile wiederum sich die Großbanken "Deutsche" und "Dresdner" sowie die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke (über die Lahmeyer AG) teilen - plant und berechnet vor allem "großtechnische Entwicklungsprojekte". Diese dienen allein einem Zweck: der Zurichtung der drei Kontinente für die Ausplünderungs- und Ausbeutungsinteressen der transnationalen Konzerne.
Lahmeyer International hat in den letzten 10 Jahren an zahlreichen Staudammprojekten in Guatemala, Peru, auf den Philippinen und anderswo mitgewirkt. Am Beispiel Guatemala, dem engsten lateinamerikanischen "Handelspartner" der BRD, wird deutlich, welche Ziele hinter solchen Projekten stecken und welche Auswirkungen sie haben.
In der Region Franja Transversal Del Norte gibt es allein fünf Staudämme, z.T. schon fertiggestellt, z.T. noch im Bau. An allen fünf ist Lahmeyer Int. als Planungsfirma beteiligt, vermittelt vom "Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit", im Auftrag der "Gesellschaft für technische Zusammenarbeit" (Eschborn), abgesichert durch "Hermes Kreditbürgschaften" (Bundesbürgschaften). Diese Dämme sind Teil eines sogenannten "Generalplans Elektrizitätsversorgung" für diese Region, die erst mit der Entdeckung zahlreicher Bodenschätze (Öl, Nickel, u.a.) für die multinationalen Konzerne interessant wurde. Mit der Umsetzung des "Generalplans" soll die Energie bereitgestellt werden, die für den Ausbau der Infrastruktur und schließlich für den zum Teil sehr energieintensiven Abbau bestimmter Erze benötigt wird: Energie allein für die Ausplünderungsabsichten der Konzerne!
Für die Lebensbedingungen und Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung entpuppen sich solche Vorhaben als reine Vernichtungsprojekte. Die in der Region lebenden Campesinos wurden und werden von ihrem Land vertrieben, ihre Dörfer zerstört, Ernten vernichtet und das Vieh geraubt. Wo sich Widerstand organisiert, hat das Militär mit Entführungen, Folter und Massakern die Durchsetzung garantiert. Tausende Menschen sind in dieser Region schon ermordet worden, mit insgesamt über 30.000 Toten in den letzten Jahren hat sich die guatemaltekische Regierung als eines der brutalsten Schlächterregime in Mittelamerika bewiesen.
Vor wenigen Wochen wurde bekannt, daß Guatemala demnächst von der BRD-Regierung fünf Millionen DM Entwicklungshilfe(!) für den Ausbau des Polizeiapparates bekommt. Dies ist weder ein Ausrutscher, noch ein Skandal. Es entspricht vielmehr der Vernichtungslogik eines sich immer globaler formierenden Kapitalsystems, das seine Blutspur mittlerweile durch alle Regionen der drei Kontinente zieht. Die BRD hat darin eine aktive Rolle.
NIS/Lahmeyer International als weltweit tätige Planungsfiliale ist beteiligt an den Ausplünderungs- und Vernichtungsprojekten in der sogenannten dritten Welt.
Sie ist beteiligt an der Durchsetzung des Atomprogramms hier.
Aus diesem Grund:
Feuer und Flamme in die Planungsfilialen imperialistischer Zerstörung!

wir werden jetzt was zum kampf der gefangenen sagen,wie wir ihn begreifen,was er für uns bedeutet.

wir wollen mit den gefangenen zusammen kämpfen.
das bedeutet,daß wir an den punkten,wo wir handeln,in unseren initiativen und auseinandersetzungen,uns auf den kampf der gefangenen beziehen,ihn einbringen und so weit wie möglich versuchen,die einheit mit ihrem kampf herzustellen.
diese veranstaltung ist ein ausdruck davon.

grundsätzlich verbindet uns mit den gefangenen,daß sie für die gleichen ziele eingefahren sind,die wir auch verfolgen, daß sie die befreiung durch die revolution wollen.
und so erfahren wir auch die nähe zu ihren forderungen,mit denen sie sich bessere lebens- und kampfbedingungen schaffen wollen.genau wie für uns draußen das erste und entscheidende ist,eine organisierung zu schaffen,uns in gruppen zusammenzuschließen,politisch-praktische zusammenhänge zu bilden,ist das auch der kern der forderungen der gefangenen.
deshalb kämpfen sie auch in ganz westeuropa für ihre kollektivität und kommunikation untereinander und mit draußen..in der brd,frankreich ,belgien für ihre zusammenlegung,in anderen westeuropäischen ländern für freie diskussion und anerkennung als politische gefangene.

die gefangenen leben in einer situation,in der sie tagtäglich mit dem vernichtungsinteresse,das der staat an revolutionärer politik hat,konfrontiert sind.für sie bedeutet es permanenter physischer und psychischer terror,wie isolation,die ständige drohung mit gewalt bis hin zum mord.
möglich ist das,weil die schweine das terrain knast wie kein anderes beherrschen und wie sonst nirgends revolutionäre - - die gefangenen - unter ihrer kontrolle haben.

über die vernichtung der gefangenen durch isolation wollen sie den gesamten widerstand treffen.,wollen widerstand als perspektivlos vermitteln - am ende kandeste doch nur im loch, kannst nix mehr machen,da machen die schweine dich kaputt.

an der situation der gefangenen wollen sie uns weismachen, daß ihre macht stärker ist als jeglicher wille,hier zu kämpfen.

bis heute haben die schweine dieses ziel nicht erreicht.was sie geschafft haben,ist,daß einzelne gefangene aufgegeben haben, aber der widerstand in den knästen lebt.
auch 15 jahre isolationsfolter haben es nicht geschafft,ihn zu brechen.im gegenteil,viele gefangene sind beispiele für kraft und entschlossenheit,dafür,daß unsere positiven vorstellungen und bedürfnisse stärker sind als ihre ganzen machtmittel,die sie gegen uns aufbauen.
darüberhinaus ist der kampf der politischen gefangenen teil darin, den revolutionären prozeß weiterzuentwickeln und greift ins gesamte kräfteverhältnis ein.da gibt es ganz viele beispiele.
wie in der türkei,als nach dem militärputsch 198+ tausende von revolutionären verhaftet wurden.die gefangenen führten ihren kampf auch im knast weiter,somit setzten sie die revolutionäre politik fort und entwickelten sie weiter,in einer zeit,wo die revolutionären kräfte draußen kaum dazu in der lage waren,weil sie durch die massenhaften verhaftungen stark geschwächt waren.
ihre großen hungerstreiks blockierten die versuche der imperialisten, dem blutigen militärputsch ein demokratisches deckmäntelchen umzuhängen.jeder streik entlarvte das faschistische gesicht der "demokratie".
andere beispiele sind die hungerstreiks der gefangenen hier in der brd.sie waren immmer starke mobilisierungspunkte für den gesamten widerstand.

ob wir die zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand durchsetzen,wird sich daraus entscheiden,ob wir aus der ganzen stärke des widerstands heraus die macht entwickeln,die diesen sieg möglich macht.
wir müssen dafür das projekt brechen,was der brd-staat mit der isolationshaft verfolgt.

in ihrer globalen kriegsstrategie verschärft die imperialistische staatenkette jetzt ihre politik gegen die politischen gefangenen und den revolutionären kampf.dafür wollen sie sich auf west-

europäischer ebene weiter vereinheitlichen.
darin hat die isolationshaft gegen die gefangenen strategische bedeutung für die aufstandbekämpfung.
konkret bedeutet das für die einzelnen länder,ihre aufstandsbekämpfung auf nato- und eg-norm zu bringen,denn dort ist in richlinien schon länger festgelegt,wie sie mit ihrem problem - sie nennen das "terrorismus" - dem widerstand in westeuropa, umgehen wollen.

für die gefangenen bedeuten diese verschärfungen die aberkennung des politischen status,die behandlung als kriminelle und daß politische forderungen von ihnen grundsätzlich abzulehnen sind.

das versuchen sie in sämtlichen ländern zur realität zu machen.
ein beispiel dafür,wie us-nato-positionen zu staaten-innenpolitik werden ist der letzte hungerstreik der gefangenen in der brd im winter 84/85:
nach wochen starker mobilisierung im widerstand war es so,daß das us-aussenministerium hier einen tag nach dem angriff von action directe auf audran interveniert hat.shultz hat zur harten haltung,d.h. für die ermordung der gefangenen und gegen die zusammenlegung aufgerufen.2 tage später gab's dann ne nato-tagung,auf der das endgültig beschlossen wurde.die konsequenz war,daß die bundesregierung die schon vorher angelaufenen verhandlungen mit den anwälten abbrach.gleichzeitg wurde knut folkerts in ein krankenhaus verlegt.ausser den schweinen konnte dort niemand mehr zu ihm,es gab die totale kontaksperre.und in der presse wurde gehtzt,z.bsp. über christian klar,daß er schon im sterben läge,das zu einer zeit,als das noch nicht stimmte.
das waren konkrete vorbereitungen für die ermordung.
in dieser situation haben die gefangenen den hungerstreik abgebrochen.

die brd hat sich mit ihrer entscheidung zu ner vorreiterrolle in westeuropa aufgeschwungen.
d.h.,die entscheidung der brd gegen die zusammenlegung sollte signalwirkung auf alle europäischen nato- und eg-staaten haben, die in ihrer politik anders mit den politischen gefangenen umgehen,wie z.bsp. spanien,wo die gefangenen seit 1981 zusammengelegt sind.

das ist nur e i n beispiel für die besondere rolle,die die brd in westeuropa hat.
sie kann die aufstandbekämpfung in westeuropa nach vorne treiben, weil sie aus ihrer kontinuität zum faschismus - konkret ist das z.bsp. der zu 80% übernommene justizapparat - ,aus ihrer position als ökonomisch stärkste macht in westeuropa und aus ihrer engen einbindung in die strategie des us-imperialismus politische macht wie kein anderes land besitzt.
so bestimmen sie die vorstöße in der aufstandbekämpfung.

aktuell im prozeß von ingrid und mareile in frankfurt.da versucht die bundesanwaltschaft (baw) ,von hier aus die gefangenen in spanien als "terroristische vereinigung" zu kriminalisieren.
damit liefert sie der spanischen regierung die begründung für die zerschlagung der gefangenenkollektive,was sie in spanien aus eigener stärke nicht schaffen und spanien kriegt so den hebel, daß es die nato-doktrin gegen die gefangenen bei sich anwenden kann.

ein weiterer vorstoß ist die kriminalisierung des knipselkrant,eine holländische zeitung,die revolutionäre inhalte veröffentlicht.
da ist es widerum die baw,die ihre richtlinien in andere westeuropäische länder trägt.in dem 1.halbjahresbericht 85 von rebmann taucht der knipselkrant als "terroristische" zeitung auf.

sie brauchen ihre koordinierte und verinheitlichte vorgehensweise.
es ist ihre reaktin auf die kämpfe,die es praktisch in jedem land gibt,die sich entwickeln und aufeinanderzu bewegen,wo es bisher kein staat allein gesvhafft hat,das "in den griff" zu kriegen.
wichtig ist,diesen prozeß in westeuropa zu blic ken und die besondere rolle der brd darin.es macht die konfrontaion aus,die schärfe und bedeutung,die hier am kampf um zusammenlegung hängt.

daraus ist es dann auch einfach die frage,wer sich da insgesamt durchsetzen wird,der revolutionäre prozeß - also wir - oder die schweine mit ihrer eskalation der aufstandbekämpfung.

für die gefangenen ist das besonders deutlich,weil bei ihnen die konfrontaion in der alltäglichkeit da ist.an ihrer situation zeigt sich,wie weit die schweine mit ihrem maßnahmen durchkommen oder nicht.

das macht die bedeutng des kampfs um zusammenlegung für uns aus: wir sehen darin für uns die möglichkeit,weiter zu kommen,zusammen mit den gefangenen gegenmacht aufzubauen,die die macht des staates erschüttert,an einem seiner zentralen pfeiler rüttelt.

das wirkt auf alle anderen bereiche,in denen der staat versucht, uns neue und schärfere bedingungen zu setzen.es hat einfluß darauf, wie sie es schaffen,die staaten und gesellschaften nach ihren vorstellungen durchzustrukturieren.

es ist da einfach so,daß da,wo sie die lebens- und arbeitsbedingungen der menschen angreifen,indem wie sie jetzt hier die high-tech-gesellschaft,die totale vereinzeleung und konsumhaltung durchbringen wollen,die perspektive des widerstands,ein leben,daß wir selbst bestimmen,ihre projekte in frage stellt.
die zusammenlegung durchzusetzen,indem wir sie als bestandteil in unsere politik aufnehmen,heißt dann auch,zu zeigen,wofür wir kämpfen,was unsere ziele in dieser situation sind:
uns über die kraft,die wir entwickeln,raum zu schaffen für ein leben abseits der profitinteressen der bonzen,um im kern das zu leben,was wir uns unter befreiung vorstellen.

und die bedingungen für uns,die momentane situation,ist gut.
wir haben es geschafft,revolutionäre politik und identität zum festen bestndteil imperialistischer [illegible] situation weltweit zu machen.
es gi bt heute in der brd breite militante kämpfe,wackersdorf, gorleben,hafenstraße oder die mobiliseerung nach dem mord an günter sare,mit denen der staat große probleme hat umzugehen.
sie kriegen das bewußtsein der menschen und die mobilisierende wirkung davon nicht mehr kaputt.
daß die schweine darauf mit verschärfter repression reagieren stellt viele nur noch vor die frage , wie sie sich dagegen durchsetzen können.
dazu können wir heute vom aufbruch in die westeuropäische ausgehen, von gemeinsamen diskussionen und gemeinsam bestimmter praxis.
raf und action directe haben den kern einer westeuropäischen guerilla geschaffen und der diskussionsprozeß im widerstand,wie z.bsp. auf dem antiimperialistischen und antikapitalistischen kongreß in frankfurt sind ausdruck des willens,die kämpfe zu vereinheitlichen,und die nationalen rahmen zu sprengen.

aktuell gibt es die offensive der front,es laufen viele aktionen,in denen der kampf für die zusammenlegung teil ist.
da läuft von draußen die initiative und die vorstellung,um das kräfteverhältnis für uns zu stärken,damit wir auch der situation näher kommen, in der die durchsetzung der zusammenlegung möglich ist.
in der erklärung zum angriff auf die bgs-kaserne bei bonn (am 12.8.) steht dazu:
" die situation der gefangenen muß sich radikal ändern.aus dem für uns entwickelten kräfteverhältnis durch die offensive der front werden wir die grundlage schaffen für einen entscheidenden durchbruch ihrer und unserer situation.
der kampf für die durchsetzung der forderung nach zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand,sowie die freilassung von günther,,sind integraler bestandteil des gesamten kampfes,der die macht des staates erschüttert und in die politische defensive drückt, in der politisch-militärische ziele für uns durchsetzbar werden. "
für die gefangenen - und so für den gesamten prozeß des kampfs und jeden,der den zusammenhang dazu will - ist es eine absolut existenzielle frage,daß sich die situation der vernichtung durch totale isolation verändert und wir mit den gefangenen zusammen den politischen und sozialen raum erobern,in dem wir als kämpfende menschen überleben : zusammenkommen,gemeinsam reden,sich austauschen und voneinander lernen können. "

die kämpfe und aktinen der letzten zeit wirken aufeinander und zusammen gegen den staat.

wenn wir das aufgreifen und weiterführen,sehen wir die möglichkeit, den schweinen ihren handlungsraum weiter zu nehmen,sie zu rückzügen zu zwingen - wie es einer ist,wenn die zusammenlegung der politischen gefangenen und die freilassung von günther erkämpft ist,

die arroganz imperialistischer macht kennt nur eine grenze - die,die entschlossener widerstand aus der legalität und bewaffneter kampf aus der illegalität ihr setzt.
die forderungen der politischen gefangenen in der brd sind konkret:

HAFTBEDINGUNGEN, WIE SIE IN DER GENFER KONVENTION ALS MINDESTGARANTIEN FÜR KRIEGSGEFANGENE FESTGELEGT SIND
d.h.
- ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS DER RAF UND DEM WIDERSTAND UND ALLER KÄMPFENDEN GEFANGENEN IN GROSSE GRUPPEN
- AUFHEBUNG DER EINZEL- UND GRUPPENISOLATION, ABSCHAFFUNG DER AKUSTISCHEN UND OPTISCHEN ÜBERWACHUNG UND KONTROLLE
- AUFHEBUNG DER KOMMUNIKATIONSSPERRE : BESUCHE,BÜCHER, POST,FREIE DISKUSSION UND INFORMATION



FREILASSUNG VON GÜNTHER SONNENBERG

WIR FORDERN EINE OPERATION FÜR ANGELIKA GODER UNTER MENSCHENWÜRDIGEN BEDINGUNGEN

Angelika Goder, Gefangene aus der Guerilla, hat ein seit langem bestehendes Hüftleiden. Seit 1982 wurde sie krankengymnastisch behandelt. Jetzt ist eine Operation notwendig und unaufschiebbar, weil Angelika beim Bewegen der Beine schon länger und mit fortlaufender Zeit immer stärkere Schmerzen hat und sie von einem bestimmten Zeitpunkt an auf den Rollstuhl angewiesen sein wird.

Nach mehrmonatiger Verzögerung durch die Justizbehörden wurde der Operationstermin auf den 25. 6. 1986 im Behringkrankenhaus in Zehlendorf festgesetzt. Wenige Tage vorher teilte der stellvertretende Anstaltsleiter Astrath Angelika mit, daß sich ständig eine Justizbedienstete im Krankenzimmer aufhalten wird. Angelika lehnte diese Bedingung ab. Ein Mitarbeiter beim Justizsenator, Freisewinkel, lehnte die Rücknahme der Bewachungsanordnung auf Anfrage der Anwälte u. a. mit dem Hinweis ab, die Operation sei schließlich nicht lebensnotwendig. Dennoch wurde Angelika am 25. 6. ins Behringkrankenhaus gebracht. Dort sagte Astrath ihr, wenn sie sich gegen die Anwesenheit des Überwachungspersonals im Krankenzimmer zur Wehr setze, werde sie nach der Operation gefesselt und gewaltsam bei Nacht und Nebel wieder in die JVA Moabit gebracht. Ein derartiges brutales Vorgehen hätte den Erfolg der Operation zunichte gemacht. Trotz dieser Androhung lehnte Angelika weiterhin eine Überwachung im Krankenzimmer ab.
Aber für Angelika ist diese Operation wichtig, um wieder richtig gehen zu können und auch um für sich eine Situation zu verändern, in der sie durch die ständig andauernden Schmerzen beeinträchtigt wird.

Bei einer medizinischen Behandlung, bei einer schweren Operation, haben Staatsschutz und Knastbedienstete nichts zu suchen.

Die Anwesenheit einer Justizangestellten/Knastkrankenpflegerin im Krankenzimmer bedeutet für Angelika konkret eine Verschärfung der Konfrontation, wie sie in den Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt tagtäglich ist.
Verschärfung heißt zuerst überhaupt krank zu sein, operiert zu werden, dann isoliert zu sein, der Situation im Krankenhaus allein ausgesetzt zu sein, ohne die Möglichkeit der Kommunikation mit den beiden anderen Gefangenen, Gabi und Moni. Schließlich heißt Verschärfung Dauerstress mit der gegenübersitzenden Wachfrau: Angelikas Verhalten nach so einer Operation, jede Regung soll ausgeforscht und ausgewertet werden. Dieser Dauerstress steht der Heilung entgegen.

Diese Bedingungen nicht zu akzeptieren ist für Angelika eine Frage der Durchsetzung ihres Rechts auf Menschsein, politische Identität, und gerade dagegen richtet sich die Maßnahme des Justizsenators. Angelika soll sich entscheiden: entweder Gesundheit und damit verbunden die Zustimmung zu einer menschenunwürdigen Dauerüberwachung oder eine Lebensperspektive im Rollstuhl; es geht um Unterwerfung, darum, die Krankheitssituation auszunutzen zum Angriff auf Angelikas Persönlichkeit, ihre Identität. Diese Schikane ist Teil des gesamten Kalküls der Haftbedingungen gegen politische Gefangene, des Vernichtungskonzeptes des Staates.
Angelika schreibt selbst dazu in einem Brief:
„der umgang der justiz/des staates mit verletzungen und krankheiten von kriegsgefangenen war von jeher der versuch, sie gegen die gefangenen zu nutzen und einzusetzen. es gibt ja ne lange reihe von beispielen, angefangen bei kat hammerschmidt, die an einer nicht rechtzeitig erkannten und behandelten krankheit starb, über ulrike, die durch einen stereotaktischen eingriff zum kretin gemacht werden sollte, um sie so im prozeß vorzuführen, siegfried, der trotz transportunfähigkeit nach stammheim verlegt wurde, wo er an den brandverletzungen starb, die er bei der explosion der deutschen botschaft in stockholm erlitten hatte, bis zu günter als aktuelles beispiel. und daran zeigt sich auch, daß die frage nach der behandlung von verletzungen und die diagnose und sachgerechte behandlung von krankheiten nicht erst jetzt in der veränderten situation zu ner politischen frage geworden ist, sondern den kampf der gefangenen von anfang an begleitet hat, bzw. immer auch teil des kampfes war, die jetzt immer deutlicher zu ner offenen machtfrage wird, wie die haftbedingungen auch."

Am 3.5.1977 wurde Günter Sonnenberg, Gefangener aus der Guerilla, bei seiner Verhaftung durch einen Schuß in den Hinterkopf lebensgefährlich verletzt. Schon 15 Tage später wurde er schwerverletzt verhört und alleine bis Juli 1977 viermal von einem Knast zum andern verschubt. Für eine Wiederherstellung von Günters Gesundheit sind Abwechslung in der sinnlichen Wahrnehmung und Kommunikation mit anderen Menschen unbedingt notwendig. Statt dessen ist Günter seit nun mehr als 9 Jahren in Einzelisolation. Seine Haftbedingungen werden zusätzlich durch Brief- und Besuchsverbote verschärft. Notwendige Untersuchungen durch Ärzte seines Vertrauens wurden jahrelang verweigert. Dazu kommen Schikanen, die direkt auf die Verschlechterung seines gesundheitlichen Zustands gerichtet sind.

Zum Beispiel wurden ihm am Anfang seiner Haftzeit die Notizen, die er sich machte, aus der Zelle genommen. Er schrieb jede Einzelheit seines Tagesablaufes auf, um sein Gedächtnis zu trainieren und die Sprache wieder neu zu lernen.
„Die konsequente Verhinderung seiner gesundheitlichen Rehabilitation durch den Staatsschutz hat Methode. Sie ist Ausfluß der kriegsmäßig geführten Aufstandsbekämpfung, die dem politischen Gegner das Recht auf Leben verweigert. Die rechtlichen Konsequenzen aus seiner Haftunfähigkeit, nämlich Freilassung und Rekonvaleszenz, stehen seiner Vernichtung im Sonderhaftvollzug im Wege. Deshalb der Versuch, die Feststellung der Haftunfähigkeit durch unabhängige Vertrauensärzte zu verhindern." (Aus einer Dokumentation der Anwälte zur Situation Günter Sonnenbergs, 1985)

Im Sinne der Schweine heißt haftunfähig: gebrochen/abgeschworen oder tot. Günter als lebendigen, kämpfenden Menschen, der an seiner Geschichte und seinen Zielen trotz jahrelanger Folter festhält, rauszulassen, ist für die Herrschenden eine Machtfrage, weil damit der Sieg revolutionärer Identität über ihr unmenschliches Vernichtungskonzept greifbar würde. Das wäre Orientierung für viele kämpfende Menschen hier.

Die politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin fordern ihre Zusammenlegung in große Gruppen. Sie schreiben dazu selbst in der letzten Hungerstreikerklärung vom Dezember 1984:
„wir wollen das kollektiv der gefangenen und die zusammenlegung als seine praktische bedingung — weil es da, wo stillstand und unterwerfung unter ihre macht laufen sollen, lebendiger und materieller prozeß ist, neue erfahrungen und gedanken aufeinander treffen und wir uns neue möglichkeiten, begriffe, politik erkämpfen. es ist so der praktische schutz gegen folter, gegen den permanenten terror dieser

bedingungen, weil er da, wo wir zusammen sind, nicht mehr greifen kann, die totalität der belagerung am kollektiven prozeß bricht. kollektivität ist struktur und ziel des befreiungskriegs. sie ist der raum, in dem allein sich verbindlichkeit, lernprozesse, selbstbestimmte, bewußte beziehungen zueinander entwickeln können. sie ist die konkretion einer neuen wirklichkeit unter uns und für uns, die vom feind nicht mehr erreichbar und faßbar ist."

Wie das aussehen kann, haben wir an den peruanischen Gefängnissen mitbekommen, wo die Gefangenen von Sendero Luminoso innerhalb der Knäste versucht haben, in ihrem Zusammenleben ein „Zeugnis der neuen Welt, die sie dabei sind, aufzubauen", zu geben. Das zurückzuschlagen, war auch Ziel des Massakers an über 300 Gefangenen in Peru im Juni dieses Jahres.
In Spanien haben sich Gefangene aus Grapo und Pce/r nach mehreren Hungerstreiks die Zusammenlegung erkämpft und können jetzt unter den besseren Bedingungen gemeinsam leben, und auch in Portugal gibt es seit Frühjahr 1986 ein Kollektiv von politischen Gefangenen.

Die Freilassung von Günter und die Zusammenlegung der Gefangenen aus Raf und Widerstand, genauso wie eine Operation für Angelika unter menschenwürdigen Bedingungen sind Ziele des revolutionären Widerstands. Ziele, die den Kern revolutionärer Politik berühren, weil es bei allen drei Forderungen unter den Bedingungen von Knast und Isolation um die Durchsetzung von Identität und Menschlichkeit im Kampf gegen ein System von Entmenschlichung, Isolation und Vernichtung geht.

WIR FORDERN:
EINE OPERATION FÜR ANGELIKA UNTER MENSCHENWÜRDIGEN BEDINGUNGEN!
FREILASSUNG VON GÜNTER UND ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND!

Brief Monika Berberich (Berlin) 31.8.86

ich schreib dir hier mal, was wir in einer zeitung gefunden haben:

ans krankenbett gefesselt

DIE KRIEGSGEFANGENE ALICIA RODRIGUEZ ERHOLT SICH VON EINER GEBÄRMUTTEROPERATION (libertad update local bulletin 25.jan. 86)

am dienstg, den 14.1.86 unterzog sich die kriegsgefangene (kg) al alicia rodriguez im st. james hospital in pontiac, illinois, einer operation zur entfernung eines fibrocystischen tumors.
schon im januar 1985 wurden bei alicia fibrocystische tumore diagnoziert. während des jahres überwachten ärzte ihren zustand, aber binnen kurzem war der tumor auf eine größe von 10x14 cm gewachsen und es wurde eine operation notwendig.
genossin alicia wurde versichert, 1., daß sie ihre familie anrufen könne, sobald sie im krankenhaus sei, und 2., daß ihre familie sie während ihres krankenhausaufenthalts besuchen könne. am montag, den 13.1.1986 wurde alicia ohne erklärung gefesselt und in's st. james-krankenhaus gebracht. dort wurde sie vom verkehr mit der außenwelt total abgeschnitten (kept incommanicado).
jan susler, eine der rechtsberater/innen der kriegsgef., rief den chef der med. dienste an, der ihr mitteilte, daß alicia ab diesem morgen operiert worden sei und sich gut erhole. sie würde um das wochenende herum nach dwight zurückverlegt werden. unter totaler mißachtung ihrer menschenwürde hält die regierung alicia an's bett gefesselt ohne intimsphäre, weil wachen in- und außerhalb

ihres zimmers postiert sind.
es ist wichtig zu betonen, daß eine bevorstehende operation allein schon eine traumatische erfahrung ist für jeden, der sich ihr unterziehen muß;aber dabei pol. oder kriegsgef. zu sein und keine kontrolle über die situation zu haben ist sehr viel schwerwiegender. im bewußtsein seiner verantwortung dafür, jene zu verteidigen, die für den kampf um die unabhängigkeit puerto ricos eingekerkert wurden, denunziert das NATIONALE KOMITEE die örtlichen und von bundesbehörden ausgehenden (federal) versuche, kg rodriguez zu isolieren. wir fordern auch, daß ihre familie sofort besuchsrechte erhält und machen die us-regierung für alicias wohlergehen verantwortlich.
letzte nachricht: am freitag, 17.1. erfuhr das nat. komitee, daß kg rodriguez ins dwight-staatsgefängnis zurückverlegt worden ist. sie hat erklärt, daß es ihr gut gehe und sie in guter stimmung sei.

libertad, offizielles organ des nat. komitees zur befreiung der puertoricanischen kriegsgefangenen, februar 1986
KG RODRIGUEZ ERHOLT SICH NACH EINER OPERATION
kg rodriguez erholt sich gegenwärtig im krankenhaus der dwight--strafanstalt nach der durchführung einer operation am 14.1. ... alicias zustand wurde seit nov. 1984 überwacht, als bei einer routinemäßigen krankenhaus-visite bei ihr ein fibrocystischer tumor festgestellt wurde. nach weiteren med. untersuchungen im sept. 85 stimmte genossin alicia einer operation zu. untersuchungen ergaben, daß ihr uterus eine größe hatte, die vergleichbar einer schwangerschaft im 5. monat war. die operation wurde für ende jan. 86 im st. james krankenhaus in ... festgesetzt. vor der operation wurde alicia von der knastleitung versichert, daß ihre mutter und ihre schwester sie im krankenhaus würden besuchen können.
am montag wurde genossin alicia durch die sheriff-polizei vom dwight--knast ins krankenhaus gebracht, wo sie fünf tage ohne kontakt zu ihrer familie und ihren freunden blieb. nur durch gespräche mit rechtsberatern und dem chef der med. dienste wurde alicias erholung bekannt.

unter dem vorwand 'strenger sicherheitsmaßnahmen' und unter mißachtung der menschenwürde unserer genossin wurde alicia die ganze zeit ans bett gefesselt, bewaffnete wachen waren in- und außerhalb des zimmers 24 stunden amtag postiert. sie war gezwungen, mit fußeisen zu baden, und ihr recht auf intimsphäre wurde ihr verweigert. in dem gelände um das krankenhaus patroullierten wachen des nahen gefängnisses, die schußsichere westen trugen. diese art von hysterie schuf eine atmosphäre von unsicherheit im krankenhaus, die auch den med. stab sichtbarbeleinflußte, der alicia zugeteilt war. aufgrund des drucks durch die abteilung für strafsachen (dept. of corrections) war das krankenhaus gezwungen, alicia zu entlassen, bevor es med. zulässig war.
sich einer operation zu unterziehen ist für sich schon eine erschreckende erfahrung, aber für einen gef., der keine kontrolle über die sitaution hat, ist sie besonders traumatisch. der umgang der egierung mit den med. bedingungen für die kg alicia rodriguez zeigt deutlich den mangel an sorge für die gesundheit und das wohlergehen unserer kriegs- und pol. gefangenen. die us-regierung hat die med. vernachlässigung lange als ein mittel benutzt, um gef. freiheitskämpfer zu brechen und in einigen fällen sogar, um sie zu ermorden. wir haben eine moralische verantwortung für die vielen puertoricanischen kriegs- und pol. gefangenen, die überall in den usa und in mexiko eingeknastet sind. wir müssen helfen, die unterstützung für unsere gef. patrioten aufzubauen, um sicherzustellen, daß dieseart von gewalt nicht noch einmal geschieht. setzt dich mit deiner ortsgruppe des nationalen komitees in verbindung, um rauszufinden, wie du helfen kannst.
schickt bitte grußkarten mit genesungswünschen für alicia an:
alicia rodriguez - NO 7157, Box C, Dwight, IL 60420

soweit die artikel. die parallelen zu angelikas sache sind wirklich erstaunlich. ich denk, daß sich diejenigen, die die presseerklärung schon kennen, auch dafür interessieren werden. der stand ist inzwischen so: a. hatte an den justizsenator geschrieben und noch mal gefordert, daß die operation unter akzeptablen bedingungen stattfindet. der hat es an die knastleitung weitergereicht, und von dort kam, daß "unter berücksichtigung ihrer strafsituation und der ihrer verurteilung zugrunde liegenden straftatbestände" ne änderung bzw. aufhebung der anordnung abgelehnt würde und sie die op erst dann zulassen, wenn a. schriftlich ihr "einverständnis, daß der krankenhausaufenthalt unter den vorgesehenen sicherheitsmaßnahmen stattfinden kann", gibt. na ja, das war zu erwarten.

Terroristen finden immer wieder Zulauf

Tagung der CDU „Gegen Terror und Gewalt" — Heiner Geißler fordert Widerstand aller Deutschen

VON STEPHAN A. CASDORFF
BR 31.10

Bonn. 60 Mitglieder der „Rote-Armee-Fraktion" (RAF) konnten bisher ausgeschaltet werden. Dennoch gelingt es den Terroristen immer wieder, Nachwuchs zu finden, den Kreis der Unterstützer im zweiten Glied bis auf 2000 Personen und mehr auszudehnen. Auf diese erschreckende Tatsache wies gestern der Staatssekretär im Innenministerium Hans Neusel während des CDU-Kongresses „Gegen Terror und Gewalt" hin.

Die Tagung, die schon lange konzipiert war, hat durch die jüngsten Bluttaten ungeahnte Aktualität erfahren — und eine Art von Aufmerksamkeit, wie sie auch die eindrucksvollsten Zahlen allein nicht hätten erreichen können. Der Saal im Konrad-Adenauer-Haus war übervoll, die Stühle reichten nicht aus. Doch hätte die CDU sicher gerne auf solche Begleitumstände verzichtet, die der Bevölkerung nur auf grausame Weise deutlich gemacht haben, daß die Gefahr des Terrorismus für die freiheitlich-demokratische Grundordnung noch längst nicht gebannt ist.

Wie lange die Bürger der Bundesrepublik, allen voran diejenigen, die in ihr Verantwortung tragen, schon damit leben müssen, wurde gestern gleichfalls wieder ins Bewußtsein zurückgeholt. Vor neun Jahren veranstaltete die Union an gleicher Stelle einen ganz ähnlichen Kongreß, und schon damals war Terrorismus kein neues Phänomen mehr. Bereits unter dem FDP-Innenminister Gerhart Baum sind Aktenbände mit den Beweggründen für Gewalttätigkeit gegen den Staat gefüllt worden.

Es hat sich gezeigt, daß Terroristen, von denen in erster Linie die Gefahr ausgeht, als reine Schwerstkriminelle eingestuft werden müssen. Eine andere Gattung sind die Linksextremisten. Sie setzen auf „revolutionäre Gewalt". Die Mehrzahl der organisierten Linksextremisten ist marxistisch-leninistisch ausgerichtet und sucht ihren Widerstand durch politische Parolen zu legitimieren; Zerschlagung der „bürgerlichen" Gesellschaftsordnung ist eine davon. Andere Gruppen suchen eine „basisdemokratische" Räteherrschaft zu erzwingen, wieder andere kämpfen für eine anarchistische Gesellschaft.

Die Gewalttäter wollten, daß der Rechtsstaat seine „liberale Maske fallen läßt und repressive Strukturen bloßlegt", wie CDU-Generalsekretär Heiner Geißler gestern formulierte. „Polizeistaat" ist ein in diesem Zusammenhang oft genanntes Schlagwort. Daß davon in der Bundesrepublik aber nicht die Rede sein kann, verzeichnete Geißler mit Genugtuung: „Demokratie und Freiheit" hätten ihre „Bewährungsprobe bestanden". Wer anderes sage oder behaupte, dem empfehle er „Bildungsurlaub in Chile oder der Sowjetunion".

Nun kann Rechtsstaat gleichwohl nicht bedeuten, daß jedem jedes erlaubt ist. Der Rechtsstaat hat nach Geißler die Aufgabe, „das Menschenrecht der Freiheit zu sichern", die „größtmögliche Freiheit für jeden". Die Betonung liegt dabei auf „für jeden". Wer mit Gewalt gegen den Rechtsstaat vorgehe, ihn ruinieren wolle, der untergrabe eben diese Freiheit für jeden, sagte der Generalsekretär. Zu leiden hätten die sozial Schwachen; denn nur in einem funktionierenden Rechtsstaat sei der Sozialstaat aufrechtzuerhalten.

Solches zu verhindern, dazu rief Geißler gestern auf, indem er den „Widerstand aller Deutschen gegen eine elitäre Moral, die letztlich den Ruin der Freiheit herbeiführt" forderte. Dieses Fanal zur Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg war vielleicht der wichtigste Punkt der gestrigen Tagung.

Profiliert sich die RAF in Richtung Abu Nidal?

Kongreß der CDU über den Terrorismus

General Anzeiger 31-10

Die Internationale des Terrors erörterte der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Gerhard Boeden, in einem von den Teilnehmern vielbeachteten Beitrag. Frankreich, Belgien und andere westeuropäische Länder dienten deutschen Terroristen nach Anschlägen als Aufenthalts- und Rückzugsraum. Es gäbe auch erste Anzeichen für ein Näherrükken verschiedener europäischer Terrorbanden auf ideologischer und logistischer Ebene. Dies gilt insbesondere für die französische „Action directe" und die Rote Armee Fraktion (RAF), aber auch für die in Belgien ansässigen „Kämpfenden Kommunistischen Zellen". In den Selbstbezichtigungsschreiben finden sich teilweise wörtliche Übereinstimmungen.

1984 in Belgien entwendeter Sprengstoff wurde sowohl von der RAF als auch von den französischen und belgischen Terroristen für Anschläge verwendet.

Zwischen französischen und deutschen Gewalttätern habe sich zudem erkennbar der Hang zu „Parallel-Attentaten" entwickelt. Beispiel: Die Anschläge gegen den deutschen Industriellen Ernst Zimmermann und den Franzosen Audran, der versuchte Anschlag auf den Vizepräsidenten des französischen Arbeitgeberverbandes, Brana, und den Mord an Prof. Beckurts. Nach dem Mord an von Braunmühl, so Boeden, sei ein neuer Anschlag der „Action directe" in Frankreich nicht auszuschließen.

Aufschlußreiches Detail am Rand: Offensichtlich, so Boeden außerhalb seines Redemanuskriptes, gebe es auch neue Verbindungen deutscher und palästinensischer Terroristen, vor allem mit der Abu-Nidal-Gruppe. Die Aktivitäten der RAF könnten auch zur Profilierung für den palästinensischen Raum dienen.

Die Finger in manche Wunden praktischer Polizeiarbeit legte der Polizeipräsident des Landes Baden-Württemberg, Alfred Stümper. Vorschriften für die Polizei, die am „grünen Tisch" entwickelt würden, nutzten auf der Straße nichts. Gesetze, die man fünfmal lesen müsse, um 20 Prozent zu verstehen, seien sinnlos. Im Foyer des Adenauer-Hauses klagten später Polizisten über eben diesen Umstand.

Um die Lage der Sicherheitsorgane zu charakterisieren, wählte Stümper das Beispiel einer Reparaturwerkstatt, in dem laufend defekte Vehikel hineingeschoben werden und in der fünf Arbeiter „im Schweiße ihres Angesichts" Ersatzteile montieren, während 40 Bewacher im weißen Kittel die Arbeit kontrollieren, kritisieren und diskutieren. Stümper bekennt sich zu dieser Kontrolle, aber: „Wir brauchen mehr Leute, die arbeiten."

Terrorkongreß 1977 und 1986: Viele Fragen sind geblieben, viele Forderungen. Gerd Boeden weiß dies genau. Am Ende seiner Rede appelliert er an die Zuhörer, die Ursachen des Terrors zu erforschen und an deren Beseitigung zu arbeiten. Denselben Appell hatte er wortgleich 1977 auf dem ersten CDU-Kongreß zum Terror auch schon vorgebracht.

Mobilität der Terroristen im Visier

Wiesbaden. (AP) In einem neuen Fahndungsaufruf an die Bevölkerung hat das Bundeskriminalamt auf die Praktiken von Terroristen bei der Beschaffung von Fahrzeugen verwiesen und dabei besonders auch die Namen der Gesuchten Birgit Hogefeld und Sigrid Sternebeck erwähnt. Amtspräsident Heinrich Boge hob gestern in einer in Wiesbaden veröffentlichten Erklärung hervor, daß terroristische Gewalttäter in besonderem Maße „mobil" sein müßten.

Boge erklärte: „Sowohl bei ihrem verdeckten Leben im Untergrund als auch bei der Vorbereitung von Straftaten, bei der Tatbegehung und bei der anschließenden Flucht sind Terroristen um äußerste Beweglichkeit bemüht. Sie bedienen sich nach vorliegenden polizeilichen Erkenntnissen häufig öffentlicher Verkehrsmittel, benutzen aber zur Ausspähung ihrer Opfer und zur Durchführung von Anschlägen vielfach Kraftfahrzeuge."

Weiter erklärte Boge: „Zumeist handelt es sich dabei um Autos, zuweilen aber auch um Motorräder. Diese Kraftfahrzeuge beschaffen sie sich durch Diebstahl, Kauf oder Anmietung." Gestohlene Kraftfahrzeuge würden mit sogenannten Dubletten-Kennzeichen ausgestattet: Die Täter versehen danach die von ihnen verwendeten Fahrzeuge mit denselben Kfz-Kennzeichen, die sie „an typ- und aussehensgleichen Fahrzeugen unverdächtiger Bürger festgestellt haben", um die Polizei in die Irre zu führen.

Nach einer Straftat, so betonte Boge weiter, ließen terroristische Gewalttäter die von ihnen benutzten Personenwagen oder auch Motorräder zumeist auf stark frequentierten Parkplätzen, beispielsweise vor großen Wohnanlagen, am Straßenrand oder auch in Garagen stehen und flüchten mit anderen Fahrzeugen.

„Wer also ein Auto oder Motorrad bemerkt, das offensichtlich schon längere Zeit nicht bewegt wurde und dessen Halter nicht bekannt ist, sollte unverzüglich die Polizei verständigen. Der Verdacht, daß es sich um ein von Terroristen benutztes Fahrzeug handelt, liegt nahe."

Im übrigen würden von Terroristen gekaufte Kraftfahrzeuge entgegen der Absprache mit dem Verkäufer nicht umgemeldet, erläuterte das Bundeskriminalamt. Daraus könnten sich für den Verkäufer Probleme ergeben, weil er als der immer noch verantwortlich erscheinende Halter von der Polizei angesprochen werde, wenn mit diesem Fahrzeug etwa ein Unfall verursacht werde.

Es sei deshalb jedem privaten Verkäufer gebrauchter Kraftfahrzeuge dringend zu empfehlen, sich stets Name, Adresse, Ausweisnummer und Erreichbarkeit (beispielsweise Telefonnummer) des Käufers gesondert zu notieren.

Wenn sich dann ergebe, daß der Käufer unter der angegebenen Adresse oder Telefonnummer nicht erreichbar sei oder in anderer Weise der Eindruck entstehe, daß „etwas nicht stimmt", sollte der Verkäufer gleich die Polizei benachrichtigen.

General Anzeiger 29.10

Terroristen-Jäger: „Wo wohnten die Mörder?"

Zwei Wochen nach dem Attentat von Bonn: „Soko" hofft auf aufmerksame Bürger

VON WILFRIED STOLZE

Bonner Rundschau 24.10

Bonn. Donnerstag, 23. Oktober. 13 Tage nach dem Attentat auf Gerold von Braunmühl: Die Beamten, die rund um die Uhr im vierten Obergeschoß des Bundeskriminalamtes (Nebenstelle Meckenheim) tätig sind, gehören der „Soko Ippendorf" an. Die 50 Männer und Frauen der Sonderkommission sind von Telefonen, Aktenbergen, Monitoren und Kartenwänden umgeben. Fleißig schreiben sie Notizen, durchforsten Computerlisten, vergleichen Aufzeichnungen, Vernehmungsprotokolle, hören interessiert den Anrufern zu, die etwas gesehen haben wollen oder auch nur schimpfen.

Wer in diesen Räumen die Hektik eines Lagezentrums – so wie Action-Filme sie gewöhnlich zeigen – vermutet, wird enttäuscht. Routinearbeit – so der erste Eindruck. Soko-Leiter Karl-Heinz Pähler: „Die meisten unserer Leute sind draußen im Einsatz. Bis heute sind 500 Hinweise eingegangen – wir haben uns um alle gekümmert. Doch eine heiße Spur von den Tätern haben wir noch nicht."

An der Kartenwand deutliche Markierungen, die der Soko-Leiter und sein Stellvertreter Wolfgang Sommer erläutern: Tatort, Fundort des Fluchtfahrzeugs, die letzte Fahrt des Genscher-Vertrauten Gerold von Braunmühl am Abend des 10. Oktober mit dem Taxi nach Hause, der rekonstruierte Fluchtweg der Terroristen über Tempelstraße, Ferdinandstraße, Ippendorfer Allee, Stationsweg, Kapellenstraße, Hirschgasse bis zur Endenicher Magdalenen-Schule ...

Inzwischen wurden 5000 neue Handzettel in Bonner Studentenunterkünften verteilt. Wichtigste Frage: „Wer hat vom 1. August bis 15. Oktober 1986 (Semesterferien) sein Appartement/Zimmer anderen überlassen?" Karl-Heinz Pähler: „Die Täter sind ja nicht aus dem Nichts gekommen – sie müssen zur Vorbereitung des Mordes irgendwo in Bonn oder in der näheren Umgebung eine Bleibe gehabt haben."

Bespielsweise beschaffen sich Terroristen nach wie vor Wohnungen über Aushänge an den „Schwarzen Brettern" von Universitäten. Bei der Vorbereitung früherer Mordanschläge (u.a. bei Schleyer, Ponto, Buback) benutzten die Täter und ihre Helfer immer „konspirative" Wohnungen, die später von der Polizei aufgespürt wurden. „Häufig werden die Wohnungen zunächst von Sympathisanten oder Unterstützern angemietet und später unter einem Vorwand oder heimlich an gesuchte Terroristen weitergegeben."

In diesem Zusammenhang wird auch ein Unterstellplatz, wo die Täter vom 22. Spetember bis 10. Oktober ihr Fluchtfahrzeug (neuer roter Opel-Kadett mit gefälschtem Kennzeichen SU-CW 452, an der Heckpartie der Aufkleber „Ein Herz für Kinder" und die EU-Plakette) abgestellt hatten, gesucht. Telefonnummer der Soko: 0 22 25/890.

Alle bisherigen Erkenntnisse weisen darauf hin, daß die Täter sich in Bonn gut auskannten und über den Tagesablauf ihres Opfers gründlich informiert waren. Pähler: „Es kann sein, daß sie schon an anderen Abenden vor der Haustür auf von Braunmühl warteten."

In der benachbarten Gaststätte „Buchholz-Stübchen" waren den Stammgästen tagelang fremde Personen aufgefallen. – Gerold von Braunmühls Mörder?

Bestrijding van terrorisme in Nederland schiet tekort

Eindhovens Dagblad
14 oktober 1986

EINDHOVEN – De bestrijding van het terrorisme in Nederland is „volstrekt onvoldoende". De inlichtingendiensten zijn vaak niet of nauwelijks op de hoogte en aan de opleiding en uitrusting van de politie schort het nodige.

De Amsterdamse rechtssocioloog drs. G. Horn verklaarde dat gisteren tijdens een lezing op de Technische Universiteit Eindhoven over terrorisme-bestrijding. Volgens Horn zijn de autoriteiten slecht voorbereid op terroristische activiteiten, „waarvan ons land tot heden toe op een enkele uitzondering gelukkig gevrijwaard is gebleven". De dreiging is er echter wel degelijk.

Hij onderschrijft uitspraken van de voorzitter van de Nederlandse Politiebond Leen van der Linden, dat de politie totaal niet uitgerust is voor de strijd tegen terrorisme. Dat de bestrijding van het terroristisch gevaar moet worden overgelaten aan het leger, een andere opvatting van Van der Linden, stuit bij Horn echter op bezwaren. Alleen in het uiterste geval, in noodsituaties, vindt hij dat nodig.
Horn: „Als we de dreiging serieus nemen, dan zijn doeltreffende maatregelen onontkoombaar". De politie moet de beschikking krijgen over automatische en semi-automatische wapens, kogelvrije vesten en gepantserde voertuigen. Om effectief op te treden, is verder een adequate opleiding bittere noodzaak.

Controle

De controle op de luchthaven Schiphol is verre van perfect, weet Horn. Weliswaar wordt de bewaking na alweer een terroristische aanslag ergens in de wereld verscherpt, maar na enige tijd verslapt de aandacht.

„Laat men te rade gaan bij de Israelische luchtvaartmaatschappij, die ervaring heeft in de aanpak van terrorisme", zo zegt de rechtssocioloog.

De bestrijding van terrorisme is, meent Horn, geen doel in zichzelf. „Ongewenst zijn situaties zoals in West-Duitsland en Frankrijk, waar omvangrijke netten zijn opgezet met persoonsinformatie. In die landen is het aftappen van telefoons geen uitzondering. De middelen staan dan in geen enkele verhouding meer tot de doelen, die worden nagestreefd".
Volgens hem moeten „geheime diensten meer armslag krijgen, zonder dat hun activiteiten zich onttrekken aan democratische controle".

Het opportunisme van Westeuropese landen speelt de terroristen in de kaart, is de overtuiging van Horn. Hij refereert aan geheim overleg tussen de Westduitse minister van Buitenlandse Zaken en zijn Syrische ambtgenoot, volgend op de aanslag in een Westberlijnse discotheek. Dat overleg met Syrië handelde over terrorisme.

„Syrië, dat in het internationale terrorisme een grotere rol speelt dan men vaker veronderstelt, heeft toen Duitsland beloofd dat dit land ontzien zou worden bij toekomstige acties. Dit soort afspraken heeft zijn prijs. Voor de hand ligt dat het beraad van invloed is op het standpunt van West-Duitsland ten aanzien van het Midden-Oosten", aldus Horn.

V-Mann Berger im Knast

Bei Verkehrskontrolle wegen illegalen Waffenbesitzes geschnappt / Celler Anschlag sollte ihn in Untergrund schleusen

TAZ 30-10-86

Hannover (taz) — Der V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes Manfred Berger, der im Jahre 1978 durch den staatlichen Anschlag auf das Celler Gefängnis in den Untergrund eingeschleust werden sollte, ist am frühen Dienstag morgen in Lingen von der Polizei wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommen worden.

Berger trug bei einer Verkehrskontrolle einen geladenen Trommelrevolver und eine ebenfalls geladene 7.65er Pistole bei sich. Der unter anderem wegen versuchten Polizistenmordes vorbestrafte V-Mann trug falsche Papiere bei sich und konnte nach Angaben der Staatsanwaltschaft Osnabrück erst an Hand seiner Fingerabdrücke als Manfred Berger identifiziert werden.

Diese Papiere stammen offenbar vom niedersächsischen Verfassungsschutz: Wie der Sprecher des Innenministeriums in Hannover mitteilte, erhalte Berger zwar seit langem keine Aufträge mehr, werde aber noch vom Verfassungsschutz betreut, weil er „als gefährdet" gelte. Zu dieser Betreuung gehöre auch „die Ausstattung mit einer anderen Identität". „Woher Berger die beiden Waffen hat", so sagte der Sprecher des Ministeriums weiter, „das wissen wir auch nicht." Der Verfassungsschutz schwöre Stein und Bein, Berger keine Waffen gegeben zu haben. Es sei aber auch gar nicht nötig, Berger mit Waffen auszustatten, denn — so fügte der Sprecher mit Blick auf das Vorstrafenregister des V-Mannes hinzu: „Der hat bessere Quellen als wir." Manfred Berger war zuletzt 1981 wegen Autohehlerei im großen Stil zu insgesamt 6 Jahren Haft verurteilt worden. Nach dem Celler Anschlag hatten Berger und sein V-Mann Kollege Loudil mehrmals in der Szene Waffen präsentiert und auch die Beschaffung von Waffen angeboten. Der Verfassungsschutz hatte sich in der öffentlichen Auseinandersetzung über die Herkunft dieser Waffen zuletzt auf die Version zurückgezogen, man habe den V-Leuten zur Abdeckung Schreckschußpistolen übergeben. Manfred Berger saß am Mittwoch noch in der Haftanstalt Lingen ein.

Aber sowohl die Staatsanwaltschaft Osnabrück als auch das Innenministerium gingen davon aus, daß er am Nachmittag beim Haftprüfungstermin entlassen würde, da er einen festen Wohnsitz habe.

ü.o

5. November 1986 - Nr. 258 - DIE WELT

Neue Vorschläge zur Terrorabwehr

Ministertreffen des Europarats / Konzertierte Aktion für „europäischen Justiz-Raum"?

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Auf europäischer Ebene geht man nun mit etwas mehr Entschlossenheit gegen den Terrorismus vor. Gestern kamen in Straßburg die für Terrorbekämpfung juristisch oder operationell zuständigen Minister der 21 Mitgliedstaaten des Europarats zusammen, um Möglichkeiten eines gemeinsamen, engeren Vorgehens zu erörtern. Die zweitägige Konferenz ist die erste, die die zuständigen Minister (Justiz- oder Innenressort) des gesamten demokratischen Europa zu diesem Thema an einen Tisch bringt. Aus Bonn kam Justizminister Engelhard.

Auf der Tagesordnung stehen „politische Aspekte" und „internationale Maßnahmen" der Terrorbekämpfung sowie ein Treffen der Minister mit Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, die in jüngster Zeit ihre Regierungen besonders zu konzertierten Aktionen auf Europa-Ebene aufgerufen hatten.

Konkrete Maßnahmen

Zu dieser Aktion sollten nach Vorstellung der Parlamentarier gehören: Die Verurteilung des Terrorismus als Verbrechen gegen die Menschheit, die Einsetzung einer politischen Anti-Terror-Gruppe auf Ministerebene, die Ausarbeitung eines „Verhaltenskodex" für den Umgang mit den Medien in Sachen Terror.

Die Sitzung der 21 Minister findet hinter geschlossenen Türen statt. Für heute ist eine Pressekonferenz vorgesehen. Aus dem Bemühen des Generalsekretärs des Europarats und früheren spanischen Außenministers, Marcelino Oreja, der an der Sitzung federführend teilnimmt, sind auch konkretere Schlüsse in bezüg auf die allgemein gehaltene Tagesordnung zu ziehen.

Es wird unter anderem erwartet, daß Frankreich, Griechenland und Irland eingeladen werden, die Konvention des Europarats aus dem Jahre 1977 über die Auslieferung, Verfolgung und Bestrafung von Terroristen zu ratifizieren. Diese drei Staaten haben nur unterzeichnet, siebzehn dagegen schon ratifiziert (Österreich, Belgien, Spanien, Portugal, die Bundesrepublik Deutschland, die Türkei, die Niederlande, Großbritannien, Liechtenstein, Luxemburg, Norwegen, Zypern, Dänemark, Schweden, Island, Schweiz, Italien). Die Konvention ist der einzige europäische Vertrag dieser Art, der juristisch auch in Kraft gesetzt ist. Politische Beobachter in Straßburg meinen, daß Frankreich die Ratifizierung nicht länger auf die lange Bank schieben wird, daß Griechenland jedoch sich zu diesem Schritt nicht entschließen will.

Athens Argument sei, daß die Bekämpfung des Terrorismus – zumindest in Nahost – mit der Beseitigung seiner politischen Ursachen zusammenhänge. Dem stehe jedoch die historische Tatsache entgegen, daß der Terrorismus gerade aus dieser Region sehr viel älter sei als das Palästinenserproblem, man denke nur an die Assassinen, die schon im Mittelalter auch in Europa ihr Unwesen trieben. Außerdem würden gemäßigte Palästinenser von radikalen Elementen gerade wegen ihrer Kompromißbereitschaft ermordet, so daß sich den Griechen die Frage stelle, ob sie mit der Beseitigung der Ursachen so wie diese terroristischen Elemente auch die Beseitigung Israels meinten.

Informationsaustausch

Die über diese eher festgefahrene Diskussion hinausgehende Absicht des Generalsekretärs zielt indessen auf eine Verbesserung des Automatismus bei der Auslieferung von Terroristen und auf Maßnahmen gegen den Mißbrauch diplomatischer Immunität ab. Auf diese Weise solle ein effektiver Beitrag zur Schaffung des „europäischen Justiz-Raums" geleistet werden. Terroristen sollen, ganz gleich welcher Herkunft, nicht mehr in dem einen oder anderen „Hinterland" Unterschlupf finden können.

Desgleichen schweben den Straßburgern eine Harmonisierung des Strafmaßes für Terrorakte und ein direkter, unkomplizierter Austausch von Informationen zwischen den 21 Staaten über die Bewegungen, Pläne, Ausbildungsplätze und Verbindungen unter den Terroristen vor. Zu diesem Zweck soll Oreja eine „ pragmatische Konzertation auf hohem Niveau" vorgeschlagen haben.

V-Mann vorerst in Haft

„Sicherungshaftbefehl" erlassen / Zweimal „in Urlaub" geschickt / Konspirative Wohnung des V-Schutz in Hannover

Hannover (taz) — Der am Dienstag in Lingen wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommene V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes bleibt vorerst in Haft. Die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Osnabrück hat am Mittwoch abend auf Antrag der Staatsanwaltschaft Hannover gegen Manfred Berger, der 1978 nach dem Celler Anschlag für den V-Schutz durch die Szene reiste, einen „Sicherungshaftbefehl" erlassen.

Da die Lingener Polizei im Auto zwei geladene Waffen und zahlreiches Einbruchswerkzeug gefunden hatte, hielt es die Strafvollstreckungskammer für wahrscheinlich, daß die Bewährung für die zweijährige offenstehende Reststrafe widerrufen wird.

Berger, der bereits wegen versuchten Mordes vorbestraft war, als er in die Dienste des Landes Niedersachsen trat, war 1981 wegen 30 Delikten in Zusammenhang mit Autodiebstählen, die zum Teil in seine aktive V-Mann-Zeit fallen zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Wie der Sprecher des Innenministeriums in Hannover bestätigte, wurde 1985 eine Übereinkunft zwischen dem Verfassungsschutz, den Strafvollstreckungsbehörden und Berger ausgehandelt. Berger sicherte weiterhin Verschwiegenheit zu. Dafür wurde er nach zwei Dritteln seiner Strafe entlassen und ausgestattet mit Papieren und Geld vom Verfassungsschutz nach Uruguay ausgeflogen. Ein zweites Mal wurde Berger, so der Sprecher des Innenministeriums, „vom Verfassungschutz auf Urlaub geschickt", als im April dieses Jahres bekannt wurde, daß er den Celler Anschlag verübt hatte. In dieser Zeit soll er sich zusammen mit seinem V-Mann Kollegen Loudil in der BRD erholt haben.

Die echten falschen Papiere, die Berger bei seiner Verhaftung am Dienstag der Polizei präsentierte, lauteten auf den Namen Werner Lepolt, wohnhaft in Hannover Ihmepassage 2. Diese Papiere, so bestätigte gestern der Sprecher des Innenministeriums einen Bericht der 'Hannoverschen Allgemeinen Zeitung' (HAZ), habe Berger bereits 1978 vom V-Schutz erhalten. In dem Hochhaus in der Ihmepassage, wo „Werner Lepolt" gemeldet gewesen sei, habe der V-Schutz eine Wohnung angemietet, in die V-Leute einquartiert worden seien, darunter auch Werner Mauss.

ü.o

TAZ 31.10.86

'Stofzuiger' luisterde ambassade af

Door onze medewerker
DICK VAN DER AART NRC

ROTTERDAM, 29 okt. — COMINT: het is maar een woord van zes letters, maar achter de betekenis ervan gaat een wereld van geheimzinnigheid en macht schuil. COMmunications INTelligence — afluisteren van het radioverkeer — beheerst het schemergebied tussen oorlog en vrede. Het is de pijler waarop de kennis van de inlichtingendiensten in Oost en West rust. Comint is belangrijker dan Photint, Telint en Humint, belangrijker dus dan foto's van satellieten, de baangegevens van atoomraketten en menselijke spionnen.

Deskundigen schatten dat meer dan zeventig procent van de gegevens die militaire en politieke tegenstanders van elkaar verzamelen, wordt vergaard door het afluisteren en decoderen van radioverbindingen. In deze tijd waarin de media en zelfs particulieren van commerciële bedrijven satellietfoto's kunnen kopen om nieuwe militaire installaties in de Sovjet-Unie of Libië aan te duiden, is eigenlijk alleen radiospionage nog echt geheim. Op het onderscheppen en met succes ontcijferen van de radioberichten tussen de Syrische ambassade in Londen en de Syrische luchtmacht-inlichtingendienst in Damascus berust voor een niet onbelangrijk deel, zo bleek uit berichten in Britse kranten, het „overtuigende bewijsmateriaal" van Engeland voor de betrokkenheid van Syrië bij de verijdelde aanslag op een groot El Al-verkeersvliegtuig. De Syrische berichten waren uit de ether geplukt door over de gehele wereld verspreide antennevelden van de Britse en Amerikaanse afluisterdiensten, respectievelijk het Government Communications Headquarters, (GCHQ,) en het National Security Agency (NSA).

Deze duistere organisaties hebben sinds 1947 een samenwerkingsverdrag, bekend als UKUSA, dat voorziet in het uitwisselen van afgeluisterde berichten en het verdelen van de werklast bij het rond de klok aftappen van het radiotelex- en telefoonverkeer. Het gaat daarbij niet alleen om militaire verbindingen, maar evenzeer om diplomatieke en commerciële contacten. De antennes van het GCHQ en NSA werken als het ware als een grote stofzuiger: alles wat de ether ingaat, inclusief satelliet- en microgolfverbindingen, wordt opgezogen en vervolgens gezeefd door gigantische computers, die aan de hand van geprogrammeerde sleutelwoorden interessante berichten eruit vissen.

De computerbanken worden door de naar schatting 75.000 specialisten van de combinatie NSA-GCHQ ook ingezet voor het kraken van codes.

Hoeveel succes men daarbij heeft behoort uiteraard tot de best bewaarde geheimen van de afluisterdiensten, maar in het geval van de Syrische ambassade in Londen is het kennelijk gelukt de inhoud van de radioboodschappen te decoderen.

Ambassades vormen een belangrijk doelwit vanwege het vele diplomatieke radioverkeer, dat veel informatie kan opleveren over de politieke intenties van andere landen. In steden met veel diplomatieke vertegenwoordigingen (ook in Den Haag) ziet men dan ook op hoge gebouwen grote sprieten die voor een normale tv-antenne opvallend verkeerd gericht staan. De Syrische ambassade in Londen kreeg niet alleen extra aandacht van de lokale GCHQ-afluisterpost in de hoofdstad, maar gesprekken binnenskamers en over de telefoon werden op korte afstand ook afgetapt door de Britse contraspionagedienst MI5. Ondanks allerlei veiligheidsmaatregelen is het nauwelijks te voorkomen dat luistervinken bij ambassades hun slag slaan. De vindingrijkheid van de contraspionage kent op elektronisch gebied geen grenzen. Nog deze maand beschreef de Amerikaanse senaatscommissie voor de inlichtingendiensten in een rapport een „verbijsterend incident" in Moskou. De KGB had afluisterapparatuur verstopt in elektrische typemachines en was er zo in geslaagd jarenlang allerlei Amerikaanse documenten te lezen. Volgens een hoge Amerikaanse Sovjet-deskundige, die onlangs Nederland bezocht, had men op de ambassade niet in de gaten gehad dat een zending schrijfmachines tijdens het transport een dag lang zoek was geweest. De Russen hadden een onderdeel van de schrijfmachine vervangen door een afluistereenheid die zelfs door monteurs niet van het originele onderdeel was te onderscheiden. De elektronische pulsen van elke aparte letter van de typemachines werden naar telefoonkabels in het gebouw geseind en die werden de Russen afgetapt. Zo kon de KGB letter voor letter meelezen wat er in de Amerikaanse ambassade getypt werd. De Amerikaanse senaat heeft voorgesteld jaarlijks ruim een miljard gulden uit te trekken voor anti-spionnagemaatregelen in buitenlandse diplomatieke vertegenwoordigingen. Of dat in Moskou veel zal helpen is de vraag. In de in aanbouw zijnde nieuwe Amerikaanse ambassade zou dan bijna elke baksteen moeten worden vervangen. Het gebouw is een groot KGB-oor. De Russen hebben het van kelder tot dak volgepropt met duizenden microfoons, in de hoop dat de Amerikaanse controleurs er een paar over het hoofd zullen zien.

Marechaussee controleert treinreizigers intensiever NRC

DEN HAAG, 25 okt. — Sinds begin oktober houdt de Koninklijke Marechaussee intensievere identiteitscontroles onder treinreizigers vanuit België om vreemdelingen zonder verblijfspapieren op te sporen. Dat is vanmorgen meegedeeld door het ministerie van justitie. Toen Frankrijk onlangs een visumplicht invoerde voor vreemdelingen van buiten de EG en enkele andere landen, en zich een uittocht van illegalen uit Frankrijk leek af te tekenen, kwam bij de marechaussee het plan op de gebruikelijke steekproeven in de trein op te voeren. Tussen België en Nederland bestaat geen grenscontrole, reizigers kunnen alleen te maken krijgen met incidentele controles in de trein van de marechaussee.

Vorig jaar werden ruim 800 „illegalen" uit de trein gevist. Deze maand echter zijn in een week 149 vreemdelingen aangehouden. Het is volgens het ministerie van justitie best mogelijk dat de marechaussee ook gaat controleren op auto- en busverkeer uit België. De leiding van de marechaussee, die onder het ministerie van defensie valt, kan zelf de invulling van haar controletaak bepalen. Eind jaren zeventig en begin jaren tachtig placht de marechaussee het busverkeer vanuit Duitsland via Arnhem scherp in de gaten te houden.

Community gets its anti-terror act together.

The Guardian 20.10

By Derek Brown

THE EEC will take another tentative step towards an effective anti-Terrorist policy today when European interior ministers meet in the closely guarded Queen Elizabeth II conference centre in Westminster.

The meeting, to be chaired by the Home Secretary, Mr Douglas Hurd, marks the latest stage in a 10-year drive to obtain closer cooperation between governments, police forces, and intelligence agencies.

Progress during the decade since ministers first met in Trevi, Italy, has been desultory. It was nine years before the ministers held their second meeting — again in Italy. Now, under heavy pressure from the common enemy, terrorism, and from mutual friends in Washington, the lumbering EEC policy machine is getting up steam.

The third ministerial meeting in the Trevi process, as it has come to be known, was held in April this year, in The Hague. Then, with the US Attorney General, Mr Ed Meese, in close attendance, the ministers were mainly concerned with Libyan sponsored terrorism.

Their fourth meeting was only last month, in London, after the spate of presumed Arab terror bombings in Paris. There will be yet another gathering of interior and justice ministers here in December.

At the same time, ministry officials, with senior police and intelligence officers, have been meeting with increasing frequency, always in secret, to set up an information-swapping network.

According to sources in London and Brussels, the most useful contribution of the Trevi process has been in building trust through bilateral contacts. The set-piece ministerial meetings aim rather to reassure the European public — and the US Administration — that the EEC is getting its anti-terrorist act together.

In the theological exactness of EEC terminology, today's meeting is not strictly part of the Trevi process, which is confined to matters of practical cooperation. It is rather an "informal" discussion of the political implications of terrorism, drug trafficking, and organised crime.

As such, it will be dominated by one of the most acute dilemmas facing EEC policymakers: how to square the great ambition of providing free movement within the Community for peaceful citizens, while denying it to a tiny violent minority.

A common European visa for non-community visitors is one idea likely to surface today. Mr David Mellor, the Home Office minister of state responsible for drugs policy, will urge the meeting to recognise that Europe cannot cut controls at national boundaries, until its external frontiers are secure.

The ministers will also review progress by their intelligence services towards the aim, declared by Mr Hurd after last month's meeting, of "targeting" the main terrorists operating in Europe. It will be months, maybe years, before the project can be evaluated.

Trevi has no central organisation, no Treaty of Rome mandate, and no published account of its work other than self-congratulatory ministerial statements.

"The Trevi group is run by and for people who do not necessarily believe the media should play a central role in their work," was one sardonic comment from a Brussels-based diplomat.

Nevertheless, Trevi has left some public traces, notably in the wake of the last upsurge of home-grown terrorism in continental Europe two years ago. In February, 1985, Paris and Bonn set up a much publicised "hotline" to counter the threat from the revived Red Army Faction in West Germany, and the similarly small but deadly Action Directe group in France.

It was information from France which led the Belgian security forces to the hiding place of a cellules Communistes Combattantes leader, Pierre Carotte last December, since when little has been heard of the group.

Strahlen-Experimente an Bürgern der USA

SDZ 27-10-86

Alten und Kranken Uran injiziert

Ausschuß des Repräsentantenhauses: Behörden machten 30 Jahre lang Versuche

Washington (AP)

Obdachlose, Häftlinge, Geisteskranke und alte Menschen sind von Bundesbehörden in den USA mehr als dreißig Jahre lang zum Teil ohne ihr Wissen als Versuchsobjekte für Strahlenexperimente mißbraucht worden. „Amerikanische Bürger wurden auf diese Weise zu Meßinstrumenten für Radioaktivität", heißt es in einem in Washington veröffentlichten parlamentarischen Untersuchungsbericht.

Drei Jahre lang hatte der für Energiefragen zuständige Unterausschuß des Repräsentantenhauses bisher weitgehend unbekannte Dokumente des Energieministeriums geprüft, in denen die um 1945 begonnenen und bis in die siebziger Jahre fortgesetzten Experimente aufgeführt werden. Der Titel des Berichts sagt bereits alles über das Ergebnis aus: „Amerikanische atomare Versuchskaninchen: Drei Jahrzehnte Strahlenexperimente an US-Bürgern". Das Ministerium, das unter anderem auch für Atomwaffenversuche verantwortlich ist, wurde aufgefordert, die noch lebenden Opfer ausfindig zu machen und zu entschädigen.

Bei den von der Atomenergiekommission, der Behörde für Energieforschung und im Rahmen eines staatlichen Forschungsprojekts finanzierten Versuchen wurden Hunderte von Menschen radioaktiven Substanzen ausgesetzt. Zweck der Experimente war die Untersuchung der biologischen Auswirkungen von Radioaktivität. Einige der Testpersonen hätten in die Versuche eingewilligt, bei anderen lägen darüber keine Aufzeichnungen vor. Der Ausschußvorsitzende Edward Markey verglich die Versuche mit „jenen wahnwitzigen Experimenten an Menschen, die von den Nazis ausgeführt worden sind".

Unter anderem führt der Bericht die folgenden Experimente auf:

- Von 1945 bis 1947 wurde achtzehn für unheilbar krank erklärten Menschen in mehreren Kliniken Plutonium injiziert, das hochgiftig und krebsauslösend ist.
- Von 1946 bis 1947 wurden an der Universität von Rochester sechs Patienten mit gesunder Niere Uransalze eingespritzt. Einer von ihnen wurde wegen Halluzinationen behandelt, ein anderer galt als depressiv, ein dritter geriet als Obdachloser in die Hände der Experimentierer.
- Von 1953 bis 1957 wurde im General Hospital von Massachusetts zwölf Patienten mit einem Gehirntumor, die zum Teil bereits im Koma lagen, Uran injiziert.
- In den sechziger Jahren wurden im Atomwaffenversuchszentrum von Los Alamos im Bundesstaat Neu-Mexiko 57 menschliche Versuchskaninchen mit Uran und radioaktivem Mangan gefüttert. Im renommierten Technologischen Institut von Massachusetts (MIT) wurde im gleichen Zeitraum zwanzig alten Menschen Radium und Thorium verabreicht.
- Von 1963 bis 1965 wurden in der Umgebung eines Versuchsreaktors in Idaho die Auswirkungen der Atomkatastrophe von Tschernobyl vorweggenommen: Mehrere Menschen mußten sich auf radioaktiv verseuchten Wiesen aufhalten und Milch von Kühen trinken, die auf der verstrahlten Weide gegrast hatten.
- Von 1963 bis 1971 wurden bei 131 Häftlingen der Staatsgefängnisse von Washington und Oregon die Hoden verschiedenen Dosen von Röntgenstrahlen ausgesetzt.

„Diese Experimente sind schockierend", schrieb Markey an Energieminister John Herrington. Zwar sei von den jetzigen Beamten und Wissenschaftlern niemand verantwortlich dafür, doch die fehlende Aufarbeitung der grauenhaften Versuche wird von dem Ausschußvorsitzenden als ein schwerwiegendes Versäumnis der Behörden und der wissenschaftlichen Institute gewertet.

„Waffenstillstand" mit Pariser Attentätern

Pariser Abendzeitung 'Le Monde' berichtet über Einigung zwischen französischer Regierung und den Attentätern von Paris / Auch die Regierungen Syriens und Algeriens sind beteiligt / Geld und Waffen nach Syrien und Libanon als Gegenleistung für Ende der Anschlagserie

Paris (afp) — Die französische Regierung hat nach Angaben der Pariser Abendzeitung 'Le Monde' eine Einigung mit der libanesischen Terrororganisation FARL sowie mit den Regierungen Syriens und Algeriens erzielt, die die Beendigung der blutigen Attentatsserie mit zehn Toten und über 200 Verletzten im September in Paris bewirkt hat.

Wie 'Le Monde' in ihrer am Mittwoch nachmittag erschienenen Ausgabe berichtete, haben die „bewaffneten revolutionären libanesischen Kräfte" einem „Waffenstillstand" bis zum kommenden Februar zugestimmt. Zu diesem Zeitpunkt soll in Paris der Prozeß gegen den FARL-Chef Georges Ibrahim Abdallah wegen Komplizenschaft bei der Ermordung eines israelischen und eines amerikanischen Diplomaten beginnen.

Nach Angaben von 'Le Monde' hat Syrien entgegen den offiziellen Dementis für seine Mittlerrolle Geld und Waffenlieferungen für sich selbst und seine Verbündeten im Libanon zugesagt bekommen. Algerien sollte der Zeitung zufolge mit der Abschiebung von 13 algerischen Anhängern des früheren Staatschefs Ahmed Ben Bella „belohnt" werden, die nur an den massiven öffentlichen Protesten in Frankreich scheiterte.

Mit der Überwachung des „Waffenstillstands" sind die Anhänger des prosyrischen christlichen Milizenchefs Elie Hobeika beauftragt. Sie sollen den Befehl erhalten haben, Mitglieder der FARL zu ermorden, falls es wieder zu Attentaten in Paris kommt.

Der FARL soll zugesichert worden sein, daß Georges Abdallah mit einem günstigen Ausgang des Strafverfahrens gegen ihn rechnen könne, wenn die Bombenanschläge eingestellt würden. Abdallah ist derzeit wegen illegalen Waffenbesitzes in Haft. Seine Beihilfe zu den beiden Diplomatenmorden dürfte ohnehin nur schwer nachzuweisen sein.

Als Beleg für ihre These wertet „Le Monde" unter anderem die am Dienstag veröffentlichten Äußerungen von Innenminister Charles Pasqua in einer saudiarabischen Zeitschrift, der Syrien entgegen vor allem den britischen Stellungnahmen ein positives Zeugnis ausstellte. Pasqua sprach von einer „wahrhaften Zusammenarbeit" zwischen den Geheimdiensten beider Länder. Der Minister erklärte zudem, Damaskus habe sich zudem im Zusammenhang mit den Anschlägen in Paris „zu jeglicher Hilfe" bereit erklärt. Die Zeitung verwies auf diplomatische Kontakte zwischen Paris, Damaskus und Algier. Demgegenüber erklärte der französische Außenminister, die Waffenlieferungen nach Syrien seien „blockiert". Bereits vor zwei Wochen hatte 'Liberation' von Gerüchten über eine Einigung zwischen der Pariser Regierung und den nahöstlichen Attentätern berichtet.

30.10.86 **taz**

Griekse politie weet van komst van groep terroristen

NRC

ATHENE, 29 okt. — Een uit negen leden bestaande groep Arabische terroristen, allen specialisten op hun gebied, is de afgelopen dagen illegaal naar Griekenland gekomen voor aanslagen op Britse, Amerikaanse en Koeweitse doelen. Dat is gisteren door de Griekse politie gezegd.

De negen, vier Libanezen en vijf Irakezen, zijn volgens de Griekse politie „elite-terroristen" die „duidelijk de bedoeling hebben een terroristische campagne te ontketenen". De politie heeft de diplomatieke vertegenwoordigingen van de drie betrokken landen gewaarschuwd. De ambassades van Koeweit en Engeland hebben bevestigd dat het ambassadepersoneel in verhoogde vorm van paraatheid is gebracht. De Amerikaanse ambassade heeft commentaar geweigerd, maar diplomaten hebben in privégesprekken gezegd dat niet alleen de ambassadestaf maar ook het personeel op de vier Amerikaanse bases in Griekenland is gewaarschuwd.

De vier Libanezen zouden lid zijn van de pro-Iraanse Hezbollah, de Partij van God, en van de terroristische groep van Abu Nidal. De Irakezen zouden behoren tot de tegen het bewind van president Saddam Hussein gekante groep Al-Dawa, die eveneens pro-Iraans is. Al-Dawa heeft het vooral op Koeweit begrepen, sinds daar enkele leden van de groep zijn veroordeeld wegens terreuracties. Aanvankelijk zouden de negen Griekenland zijn binnengekomen met de bedoeling aanslagen te plegen op de ambassade van Koeweit. Het Britse besluit, de betrekkingen met Syrië te verbreken in verband met Syrische betrokkenheid bij een aanslag op een El Al vliegtuig, en de terugtrekking van de Amerikaanse ambassadeur uit Damascus zou hun aandacht nu echter ook op de Britten en Amerikanen hebben gevestigd, zo meent de Griekse politie.

In Athene werd dinsdag een hoge PLO-functionaris gedood door een in zijn auto verstopte bom. Hoewel de PLO-vertegenwoordiging in Athene de Israelische geheime dienst de schuld van de aanslag heeft gegeven, gaat de Griekse politie ervan uit dat de moord het werk is geweest van een Arabische terrorist. (UPI)

SDI: Europas Industrie in den Startlöch

TAZ 15.10

Berlin (taz) — Das amerikanische Verteidigungsministerium hat eine neue Wettbewerbsrunde für SDI-Aufträge eröffnet. Diesmal geht es um Architekturstudien für Abwehrsysteme gegen taktische Raketen und Marschflugkörper auf regionalen Kriegsschauplätzen wie Westeuropa. Mit dabei sind auch neun Rüstungsunternehmen aus der BRD.

Insgesamt 50 Rüstungsfirmen aus den USA und aus Frankreich, Italien, Großbritannien, Israel, Belgien, den Niederlanden und der BRD haben nach einem Bericht der 'Aviation Week & Space Technology' zwölf Industriegruppen gebildet, die in einer ersten Runde um sechs Aufträge der US-Army konkurrieren.

Dabei geht es zunächst um die Entwicklung der allgemeinen Erfordernisse solcher Abwehrsysteme. Die SDI-Organisation des US-Verteidigungsministeriums hat dabei ganz gezielt westeuropäische Unternehmen zur Beteiligung aufgefordert, um deren Fähigkeiten beim Bau taktischer Raketenabwehrsysteme zu nutzen. Allerdings ist in jedem Team mindestens ein Unternehmen aus den USA vertreten. Jeder Auftrag der ersten Runde hat eine Laufzeit von sechs Monaten und einen Wert von 1,5 bis 2,2 Millionen US-Dollar.

In fünf dieser Teams sind westdeutsche Rüstungsunternehmen vertreten.

Im einzelnen: Batelle beteiligt sich am Team von Ford Aerospace (USA), Krupp-Atlas Elektronik von Hughes Ground Systems (USA), Dornier von Lockheed Missiles and Space Corp. (USA), AEG Telefunken von Raytheon (USA) und GFS Metra von RCA Missile & Surface Radar Div. (USA). Zwei weitere Teams werden von westdeutschen Unternehmen geführt: zum einen von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (dazu Siemens, Diehl, Ferranti aus Großbritannien, Selenia aus Italien und Science Applications International Corp. aus den USA); zum anderen von SEL (dazu Boeing und General Dynamics aus den USA sowie Plessey aus Großbritannien.

Ähnlich den anderen Konkurrenzen um SDI-Aufträge wird auch hier das „Pferderennen"-Konzept zur Auswahl der einzelnen Unternehmen eingesetzt. Von den sechs Unternehmensgruppen der ersten Runde sollen bis zu drei einen Auftrag für die zweite Phase erhalten, um die Konzepte weiter zu entwicklen. Dann geht es um Aufträge im Wert von jeweils sechs bis acht Millionen US-Dollar bei einer Laufzeit von einem Jahr. Die Entscheidung über die Teilnehmer der ersten Runde soll Anfang 1987 fallen.

Die Asala teilt mit:Paris verhandelt.

Paris 17.Oktober.

"Verhandlungen mit der französischen Regierung aind am laufen...Deshalb hat die Attentatswelle aufgehört...Wir fordern Chirac heraus und versprechen Mitterrand Katastrophen wenn ihre Versprechen nicht gehalten werden... Wenn sie es wagen die Verhandlungen zu leugnen,werden wir den ganzen Ablauf, in allen Details der Verhandlungen herausgeben."
Dies sind die wichtigsten teile eines Interviews,das drei Sprecher der extremistischen armenischen Bewegung,Asala,am Mittwochmorgen in Beirut,der Agentur France-Press und der Zeitung Le Monde,gegeben haben.
Es ist bekannt dass ein wichtiger Militant dieser "geheimen armenischen Armee",Varoudjian Garbidjian,in Frankreich eine lebenslange Haft verbüsst, da er massgebend an dem Attentat von Orly(1983) beteiligt war.(8 Tote,50 Ver)
Die armenischen Extremisten verlangen seine Befreiung,sowie die von zwei weiteren Terroristen,in dessen Namen die Attentate vom letzten September in Paris ausgeführt wurden:Georges Ibrahim Abdallah und Anis Naccache.
Die Reporter des "Monde" und der Presseagentur befanden sich vor Leute dessen Gesicht vermummt war und die sich mit bisher unbekannten Namen benannt haben: Vahran Vahranian,Mihran Mihranian und Murad.Sie haben behauptet,die Verhandlungen würden mit verschiedenen Gesprächspartner geführt die unterschiedlich sind,von denen die Frankreich mit dem Iran(...) und auch anderen Teilnehmern führt.Diese vermutete Mitglieder der Asala haben abgestritten irgendeine Verbindung mit Syrien oder dem Iran zu haben.
Ausserdem haben sie Mitterrand stark verurteilt,dessen Politik "an die der Vereinigten Staaten und Israel gebunden ist."
In Paris wurden diese Aeusserungen mit Erstaunen aufgenommen.Eines ist klar: die Umgebung des Premier-Minister hat geleugnet dass ein Gesprächspartner zur Asala geschickt wurde,da,so behaupten sie,nur mit Staaten verhandelt wird.
Le Soir 18-19/10/1986

"Gemeinsame Aktionen"-Usa/Frankreich?

Robert Pandraud,für die Sicherheit verantwortlicher Minister,hat eine Reise in die Vereinigten Staaten gemacht,wo er Verantwortliche und führende Köpfe der CIA und FBI getroffen hat.
Er hat die Hypothese von "gemeinsamen Aktionen" um die amerikanischen und französischen Geiseln in Beirut,ohne der Erpressung nachzugeben zu befreien, nicht abgestritten.Ohne die Natur dieser Initiativen zu erklären,hat er behauptet,militärische Aktionen seien nicht verworfen aber auch nicht die einzigen die in Frage kommen.
Le Soir 18-19/10/1986

SDZ 31-10-1986

Zur Verhinderung weiterer Anschläge

Syrien: Zusammenarbeit mit Frankreich vereinbart

Damaskus spricht von Kooperation der Sicherheitsdienste / Paris: Kein Stillhalteabkommen mit Terroristen

Paris (AP)
Der syrische Vizepräsident Khaddam hat mitgeteilt, daß Damaskus mit den französischen Sicherheitsbehörden zusammenarbeitet, um weitere Terroranschläge in Frankreich zu verhindern. Khaddam sagte im französischen Fernsehen: „Eine Zusammenarbeit zwischen dem französischen und dem syrischen Sicherheitsdienst ist eingeleitet worden. Die syrische Regierung hat ihren Sicherheitsbehörden sehr klare Anweisung gegeben, mit den französischen Polizeibehörden zusammenzuarbeiten, um die für die Anschläge in Paris Verantwortlichen zu stoppen."

Khaddam ließ jedoch einen Bericht von *Le Monde* unbestätigt, daß Syrien Frankreich dabei geholfen habe, zu einem Stillhalteabkommen mit den Terroristen zu gelangen, die für die fünf Bombenanschläge im Raum Paris in der Zeit vom 8. bis 17. September verantwortlich gemacht werden. Das Blatt schrieb ohne Angabe von Quellen, das Abkommen solle bis Februar 1987 gelten. Dann soll der in Frankreich wegen illegalen Waffenbesitzes und Führens falscher Papiere in Haft sitzende Georges Ibrahim Abdallah unter der Anklage der Mittäterschaft bei der Ermordung eines amerikanischen und eines israelischen Diplomaten erneut vor Gericht gestellt werden. Früheren, von amtlicher Seite bestrittenen Berichten zufolge soll die Regierung versucht haben, das Verfahren abzuwenden, um sich das Wohlwollen der Terroristen zu sichern.

Zu der Serie von Anschlägen im September, bei der zehn Menschen getötet und 162 verletzt wurden, hat sich ein „Komitee für Solidarität mit den arabischen und nahöstlichen politischen Gefangenen" bekannt. Die französischen Behörden vermuten, daß dies eine Tarnbezeichnung für die Verwandtschaft Abdallahs ist, der als Chef der „Libanesischen bewaffneten Revolutionären Gruppen" gilt.

In der französischen Presse hieß es verschiedentlich, das Beweismaterial gegen Abdallah wegen der Ermordung der Diplomaten in Paris reiche nicht für eine Verurteilung aus. Laut *Le Monde* hat die französische Regierung über Syrien und Algerien die zahlreichen Geschwister Abdallahs im Libanon wissen lassen, die vorzeitige Freilassung ihres Bruders sei angesichts der Bombenanschläge vom September nicht möglich, jedoch könne der im Februar beginnende Prozeß sich zu seinem Vorteil entwickeln.

Dem Bericht von *Le Monde* zufolge hat der syrische Geheimdienst dem Abdallah-Klan mit Repressalien gedroht, falls neue Anschläge in Frankreich verübt würden. Dem Blatt zufolge soll Algerien den Chef seines Militärgeheimdienstes mit einer ähnlichen Botschaft in den Libanon geschickt haben.

Der ehemalige Chef der libanesischen Christenmiliz, Elie Hobeika, ließ am Donnerstag von einem Sprecher die Darstellung der Zeitung dementieren, daß er bei einem Besuch in Frankreich ebenfalls Vergeltungsmaßnahmen gegen die Abdallahs für den Fall zugesichert habe, daß die Stillhaltevereinbarung gebrochen werde. Laut der Nachrichtenagentur AFP sagte Hobeikas Pariser Sprecher, Pierre Tazbecka, Hobeikas Anhängerschaft habe mit Terrorismus in Frankreich nicht das geringste zu tun.

Syrien, so berichtete *Le Monde*, sei für seine Vermittlung aller Wahrscheinlichkeit mit Finanzhilfe oder Waffenlieferungen belohnt worden. Dagegen meldete *France Soir*, die Syrer seien zur Kooperation bereit, weil Paris erdrückendes Beweismaterial für ihre Verwicklung in die Terroraktionen besitze: Es sei von Georges Ibrahim Abdallah enthüllt worden, der in der Haft ausgesagt habe und seitdem durch häufige Wechsel der Gefängnisse vor möglichen Racheanschlägen geschützt werde. Innenminister Pasqua versicherte jedoch erneut, es gebe keine hinreichenden Beweise für eine Verwicklung Syriens in die Terrorwelle.

Der französische Außenminister Raimond hat bestritten, daß die Terrorwelle in Paris durch eine mit syrischer Vermittlung erzielte „Übereinkunft" mit den Nahostterroristen beendet worden sei. Vor der Nationalversammlung teilte Raimond mit, die noch anstehenden Waffenlieferungen im Rahmen der noch gültigen Verträge mit Syrien seien „augenblicklich blockiert". Alle Anträge auf Ausfuhrgenehmigungen für Waffen nach Syrien seien in den letzten Monaten von der Regierung verweigert worden.

Auch der Sprecher von Premierminister Chirac, Denis Baudouin, widersprach den Informationen über einen „Burgfrieden" mit den Terroristen. Es gebe auch keine Absprache mit den christlichen Milizen im Libanon über mögliche Aktionen gegen die Terroristen. Er dementierte zugleich, daß Verhandlungen mit Syrien über einen Kredit geführt würden.

Paris hält libysche Raketen zurück

Die französische Regierung blockiert nach Angaben eines Firmensprechers die Rückgabe von libyschem Kriegsgerät. Ein Sprecher des französischen Rüstungskonzerns Thomson-CSF teilte in Paris mit, Anfang des Jahres habe Libyen eine Batterie Flugabwehrraketen des Typs *Crotale* nach Frankreich gebracht, um dort die regelmäßige Wartung beim Hersteller vornehmen zu lassen. Die Regierung sperre sich jetzt gegen die Rücklieferung der Raketen.

Der Thomson-Sprecher dementierte gleichzeitig einen Bericht der französischen Wochenzeitung *L'Evenement*, wonach das Unternehmen alle fünfzehn Raketenbatterien und das Tiefflugradar der Libyer modernisiert hat und darüber hinaus für mehr als 60 Millionen Mark die schwer beschädigten Radarsysteme der Flughäfen in Tripolis und Bengasi ersetzen wolle. Beide Flughäfen waren im April von den USA bombardiert worden.

SDZ 30-10-86

Anschläge auf US-Armee in Puerto Rico

Eine Autonomie-Bewegung auf Puerto Rico hat nach eigener Darstellung Anschläge auf amerikanische Militäreinrichtungen verübt. Die Gruppe „Macheteros", die für die Loslösung der Karibik-Insel von den Vereinigten Staaten eintritt, bekannte sich zu den Bombenattentaten auf einen Stützpunkt der US-Armee und eine Musterungsstelle. Dabei waren lediglich Fahrzeuge beschädigt worden. Sechs weitere Sprengsätze hatte die Polizei entschärfen können. Die *New York Times* hatte unter Berufung auf einen amerikanischen Offiziellen berichtet, die USA wollten auf der Insel, die seit 1898 ihrer Hoheit untersteht, Rebellen für den Kampf gegen die linke Regierung in Managua ausbilden.

Rolle Syriens erstmals Thema vor Gericht

Prozeß um Anschlag gegen Deutsch-Arabische Gesellschaft / Damaskus und Paris kooperieren

Die Welt 31-10-1986

WERNER KAHL, Berlin

Vor dem Berliner Landgericht wird zum ersten Mal von einer deutschen Staatsanwaltschaft die Rolle Syriens im internationalen Terrorismus behandelt. Im Mittelpunkt steht der Mißbrauch der syrischen diplomatischen Vertretung in der „DDR" und der Transitstrecken zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet. Das geht aus der Anklageschrift gegen die Jordanier Salameh und Hasi, einem Bruder des am vergangenen Freitag in London zu 45 Jahren Haft verurteilten Terroristen Hindawi, hervor.

Unter der Anklage gemeinschaftlich versuchten Mordes durch einen Bombenanschlag gegen die Deutsch-Arabische Gesellschaft in West-Berlin beginnt am 17. November der Prozeß vor einer Schwurgerichtskammer. Vom Ausgang des Verfahrens will das Bonner Auswärtige Amt die weiteren diplomatischen Beziehungen zu Syrien abhängig machen.

Nach übereinstimmenden Angaben der Beschuldigten stammte der Sprengstoff aus der syrischen Botschaft in Ost-Berlin. Der Koffer mit dem explosiven Inhalt sei zur Täuschung der West-Berliner Sicherheitsbehörden nicht über einen innerstädtischen Grenzübergang, sondern die Transit-Autobahn nach West-Berlin transportiert worden.

Als zwei Anschläge mißlangen, gab nach den Geständnissen ein zwischen Damaskus und Ost-Berlin pendelnder syrischer Geheimdienstoffizier namens Said den Jordaniern Anweisungen. Der Anschlag wurde unter maßgeblicher Beteiligung des kurz darauf in London wegen eines versuchten Bombenanschlages auf ein israelisches Flugzeug verhafteten Nezar Hindawi geplant. Gegen ihn hat die Berliner Staatsanwaltschaft ebenfalls ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zuvor hatte sich der Jordanier vergeblich darum bemüht, den Vorstand der Deutsch-Arabischen Gesellschaft für „revolutionäre Aktionen" gegen Israel und die USA zu gewinnen.

Als Verteidiger tritt in dem Prozeß der frühere Anwalt der Bundesregierung für den Freikauf politischer Gefangener aus „DDR"-Gefängnissen, Ülo Salm, auf. Falls die Geständnisse aufrechterhalten werden, gehe er von einer raschen Klärung der Beschuldigungen aus, sagte Salm der WELT.

Das Schwurgericht wird sich jedoch nicht mit dem Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle" befassen. Der Verdacht, daß der Angeklagte Hasi von syrisch-libyschen Hintermännern in dieses Verbrechen verstrickt wurde, konnte nicht erhärtet werden.

Der syrische Vizepräsident Chaddam hat bestätigt, daß sein Land mit den französischen Sicherheitsbehörden zusammenarbeitet, um weitere Terroranschläge in Frankreich zu verhindern. Chaddam im französischen Fernsehen: „Die syrische Regierung hat ihren Sicherheitsbehörden sehr klare Anweisung gegeben, mit den französischen Polizeibehörden zusammenzuarbeiten, um die für die Anschläge in Paris Verantwortlichen zu stoppen."

Syrië nu bolwerk terreurorganisaties

Telegraaf 5-11-86

Van onze correspondent
JERUZALEM, woensdag

Vrijwel alle Westeuropese en Oosterse terreurorganisaties die tot de Israëlisch-Palestijns-Syrische oorlog hun bases hadden in Libanon, zijn naar Syrië verhuisd. Syrië is daardoor een van de belangrijkste terreurcentra in de wereld geworden.

De Syrische president Assad heeft hiertoe het initiatief genomen, nadat Israël de PLO uit Libanon had verdreven. Tot 1982 werden de diverse organisaties vooral door de PLO in Libanon „opgeleid".

Diverse diplomatieke bronnen in het Midden-Oosten, die anoniem wensen te blijven, hebben met name de Franse terreurgroep Action Directe, de Duitse Rote Armee Fraction, de Italiaanse Rode Brigades, de Baskische ETA, het Japanse Rode Leger, alsmede neo-nazi's geidentificeerd als de organisaties, die in Syrië getraind worden en er verder op tal van manieren actieve steun krijgen.

Zo is bekend dat bijvoorbeeld Pousaki Shiganouvi, een der topmannen van het Japanse Rode Leger regelmatig zijn „recruten" in Syrië bezoekt.

De meeste trainingskampen zijn gelegerd in de buurt van de Syrische hoofdstad Damascus, terwijl sommigen gestationeerd zijn in de Oostlibanese Beka'a vallei, die geheel door Syrië wordt gecontroleerd.

Behalve de bekende Westeuropese terreurgroepen hebben ook kleinere organisaties zoals de Armeense Hassala, alsmede Koerdische en Turkse terreurgroepen, in Syrië onderdak gevonden.

Wohnung eines mutmaßlichen Terroristen in Berlin entdeckt

SDZ 5-11-86 Berlin (AP)

Die Berliner Polizei hat im Fall der Explosion von fünf sowjetischen Werfergranaten im Kofferraum eines Autos in unmittelbarer Nähe des US-Militärflughafens Tempelhof die Wohnung eines mutmaßlichen Terroristen aufgespürt. Ein Sprecher teilte mit, der angeblich französische Staatsbürger, der unter dem Namen Bertrand Delafosse das Tatfahrzeug gekauft hatte, habe am 1. Oktober im Bezirk Wedding im Haus Transvaalstraße 18 eine Wohnung gemietet. Der Mann habe sich nach Zeugenaussagen zu unterschiedlichen Zeiten in der Wohnung aufgehalten. Der Name Delafosse stamme von Personalpapieren, die ein Franzose im August 1985 bei einem Urlaub auf Kreta verloren hatte.

DO YOU TRUST THESE MEN?





Does democracy, freedom and legal protection mean much to you?

If your answer to our first question is a definite NO, and an unconditional YES to our last, then INTERNATIONAL VOLUNTARY AID FOR FREEDOM (IVAF) is something for *JUST YOU!*

IVAF - WHAT WE ARE AND WHO WE ARE

IVAF is an international resistance movement with *practical solidarity* with the suppressed and occupied peoples as one of the main elements in our policy.

Politically, IVAF is neutral, but based on an antitotalitarian approach in which we distance ourselves from fascism and nazism as well as communism.

IVAF was founded by voluntary freedom fighters from many countries, who in the summer of 1982 participated in Lebanon on major Haddad's side during the campaign against international terrorism and communism.

WHAT WE WANT

IVAF supports a strong NATO alliance and also further defence cooperation between the free nations of the world.

We want our governments to take a stronger and more credible line against the Soviet Union and its colonies, both politically and militarily.

IVAF wants our governments to show a larger degree of solidarity with the peoples of communist-occupied countries, in the form of economic and material aid to democratically oriented resistance organizations.

IVAF want those of our governments that gives aid in various forms to communist dictatorships, to discontinue this aid.

IVAF will through extensive information activities work to promote an increasing understanding for these views among free people.

IVAF will to the greatest possible extent and on its own initiative give military and civilian/humanitarian aid to liberation movements, resistance organizations and governments that satisfy our requirements with regard to democratic orientation and which want this support.

SOVIET EXPANSION

Since World War II, the Soviet Union has systematically carried through a policy of breached promises, dirty plots and brutal abuse of power and in this way conquered a land area the size of Holland annually, on average.

First, they took Petsamo and Estern Karelia from Finland. Then they took the eastern part of Eastern Prussia from Germany. Then they took eastern Poland, before the turn had come to eastern Slovakia, which they took from Czechoslovakia, and Bessarabia from Rumania. Everything was annexed by the Soviet Union.

Then they took power in East Germany, Poland, Czechoslovakia, Hungary, Rumania and Bulgaria by instating puppet regimes.

At the same time three whole nations — Estonia, Lithunia and Latvia — were made part of the Soviet Union.

Like a gift of grace the Soviet Union also gained control over Cuba, which immediately was armed to the teeth, and which later has made Angola and Nicaragua into Soviet colonies.

On their own, through Cuban elite troops or by using Soviet-backed «liberation movements», the Soviet Union has also taken control in North Korea, Vietnam, Laos, Cambodia, Ethiopia, Tanzania, Mocambique and — not to forget — Afghanistan and Mongolia.

In all these parts of the world it has become evident that *communism does not mean DEMOCRACY, FREEDOM and LEGAL PROTECTION.*

What does DEMOCRACY, FREEDOM and LEGAL PROTECTION mean to YOU?

If you understand that *democracy, freedom* and *legal protection* are basic rights and that they constitute a prerequisite for the individual's opportunity to lead a meaningful life, then you will also understand that we must show a will to defend these values — *because* the Soviet Union is an aggressive and expansionist state with the introduction of WORLD COMMUNISM as its final goal.

In Communist ideology and to its servants, this goal is sacred, and all acts that can promote the Communist cause are therefore morally justifiable to a communist.

For exemple, history has shown that an agreement with Soviet leaders as a rule is not worth its paper.

Therefore, the leaders of the free Western world are on the wrong track when they, under strong pressure from various «peace organizations» and other Communistinfiltrated mass movements, to a larger and larger degree choose a *policy of weakness.*

While communism expands — indeed, because of this — it is the wets, the supporters of the «better unfree and red than dead» mentality and the «useful idiots», who under the leadership of communist lackeys and Soviet agents are about to undermine the free world's will to defend itself to such an extent that this paves the way for the assumption of power by communists.

This catastrophal trend must be stopped!

WHAT WE HAVE DONE

- We have established a headquater for our activities.
- We have established contact with resistance movements in communist-occupied countries.
- We have established a file on voluntary military and civilian personnel.
- We have initiated information campaigns.
- Through the Afghan Freedom Fighters' Fund Norway, we have started collection campaigns for arms to the Afghan freedom fighters.

Sympathizers in the US and Canada can send their contribution to:

Afghan Freedom Fighters Fund
P.O.Box 693, BOULDER
CO 80306
USA

WHAT YOU CAN DO FOR IVAF AND OUR COMMON CAUSE

- You may become a member of IVAF and participate actively in our organizational work. For exemple, by forming a local association where you live.
- You may become a *supporting member* and support IVAF's work economically. Either through a non-recurring amount, or through a fixed contribution every month or year.

— You may apply for entry into our register over voluntary military personnel.

Make use of the attached coupon underneath — fill in name and address, tick off the kind of membership you want and send to:

International Voluntary Aid for Freedom
P.O.Box 5811
0308 Oslo 3
Norway
Bank acc.: DnC 7035.20.11.205
Postal acc.: 2 13 06 72



-IVAF-

МИНИСТЕРСТВО ОБОРОНЫ СССР

СВИДЕТЕЛЬСТВО

АН № 18203

Настоящее свидетельство выдано
Рашаду Ахмаду Абд-Эль-Азизу
Ан-Набрису
в том, что он в сентябре 1980 г. поступил
и в январе 1981 г. окончил
офицерские курсы

по специальности КОМ...
ТАНКОВОГО БА...

Настоящее свидетельст...
самостоятельное выполнен...
ных с полученной специал...

THE MINISTRY OF DEFENCE, USSR

CERTIFICATE

АН № 18203

This is to certify that [illegible]

entered in ...... 19 ... and graduated from [illegible]

in 19

majoring in [illegible]

The bearer of the Present Certificate enjoys the privilege for independent activity associated with the Major Subject.

Commanding Officer

Registration No.

IVAF

Information form for evaluation of applicants: CONFIDENTIAL PERSONNEL MATTER

Treated by: ____________________

1. PERSONAL INFORMATIONS

FAMILY NAME/CHRISTIAN NAME:

ANY PREVIOUS NAME:

RELIGION:

BORN: ID NO.:

ADDRESS:

2. NEXT OF KIN

COMPULSORY MILITARY SERVICE COMPLETED AT:

IF COMPULSORY MILITARY SERVICE IS NOT COMPLETED, PLEASE STATE REASON:

3

MA

NUMI

NAME (

PRESENT OCCUPATION:

EMPLOYER:

PREVIOUS EMPLOYERS (last 10 years in chronological order with dates):

4. EDUCAT

EDUCATION (

MILITARY TRAINI

DISTRICT:

ISSUI

DRIVING LICENCE:

OTHER LICENCES:

OTHER SKILLS:

SPEAKS THE FOLLOWING LANGUAGI

...ALTH

GRADUATION CERTIFICATE OF PALESTINIAN TERRORIST ISSUED IN THE U.S.S.R.

This certificate was granted to Moqdam (Lt.Col.), Rashad Ahmed Abd Elaziz-El-Nabriz, upon completion of officers training course in the Soviet Union, in the subject of *Tank Battalion Commander.*

The above began the course in September 1980 and graduated in January 1981.

The certificate gives its bearer the privilege for independent activity associated with the subject.

Before «Operation Peace in Galilea», military personnel educated in USSR trained members of right and left orientated extremist terror organisations in Western Europe. Of the organisations educated by the PLO in previously occupied arias of South Libanon can be named the Red Brigades (communist, Italy) and Wehrsportgruppe Karl-Heinz Hoffman (Nazi, Germany)

- ☐ I wish to participate actively in IVAF's work.
- ☐ I want a supporting membership in IVAF, and will contribute an amount of .... monthly/annually.
- ☐ I want an application form for entry into IVAF's register over voluntary military personnel.
- ☐ I want further information about IVAF

Urteilsverkündung im RAF-Prozeß

Der Zweite Strafsenat am Oberlandesgericht Stuttgart hat Karl-Friedrich Grosser zu neuneinhalb Jahren Haft verurteilt / Bundesanwaltschaft bezeichnete ihn als „Überzeugungstäter" mit engen Beziehungen zur RAF

TAZ 4.11.86

Aus Stammheim D. Willier

So unspektakulär wie der Stammheimer Prozeß gegen Karl Friedrich Grosser vor zwei Monaten begonnen hatte, war er gestern mit dem Urteil des Zweiten Senats am Oberlandesgericht Stuttgart auch schon wieder zu Ende. Wegen Unterstützung der RAF, gemeinschaftlichen schweren Raubes, gefährlicher Körperverletzung und Urkundenfälschung verurteilte der Zweite Strafsenat am Oberlandesgericht Stuttgart gestern nachmittag den 31jährigen Heidelberger Philosophiestudenten Karl-Friedrich Grosser.

Auf Mitgliedschaft, von der Bundesanwaltschaft angeklagt, wollte der Vorsitzende Richter, Friedrich Nagel nicht erkennen.

Die bei dem Überfall auf die zwei Geldbotinnen der Coop im vergangenen Jahr in Ludwigsburg verwendeten Waffen, nämlich ein Flachmeißel und eine Gaspistole, aber auch ein als Fluchtfahrzeug verwendetes Fahrrad und die Art und Weise des Überfalls auf die Geldbotinnen sind nach Ansicht von Richter Nagel nicht RAF-typisch. In ihrem Plädoyer hatte die Bundesanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von 12 Jahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, gemeinschaftlichen schweren Raubes mit Körperverletzung und Urkundenfälschung gefordert. Sie warf Grosser, der von einem Stammheimer Strafsenat schon einmal wegen Unterstützung der RAF zu drei Jahren Haft verurteilt worden war, vor, zusammen mit einer weiteren Person in der Ludwigsburger Filiale der Landesgirokasse zwei Geldbotinnen niedergeschlagen und die mitgeführten Geldbomben geraubt zu haben.

Den Vorwurf der Mitgliedschaft in der RAF hatte die Bundesanwaltschaft mit einem Briefwechsel aus der Haft zwischen Grosser und dem RAF-Mitglied Christian Klar begründet. In ihrem Plädoyer hatte die Bundesanwaltschaft Grosser einen „Überzeugungstäter" genannt, der schon Mitte 1983 engere Beziehungen zur RAF geknüpft habe. Bereits im vergangenen Jahr will die Bundesanwaltschaft in Grossers Zelle Zeitungsausschnitte gefunden haben, in denen der Name des Siemensmanagers Kurt Beckurts unterstrichen worden war.

In seiner gestrigen Erklärung meinte Grosser, ihn ginge ohnehin wenig an, „was hier gelaufen ist". Er habe unter Kontakt- und Kommunikationssperre gestanden, wichtige Prozeßunterlagen seien aus seiner Zelle genommen worden. Die BRD, so Grosser, sei dabei, den Boden für Staatsterrorismus zu bereiten, und in Anlehnung an Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers Bangemann sagte er: „Die BRD befindet sich seit dem Attentat auf den Bonner Diplomaten von Braunmühl im Kriegszustand mit der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand". Die politisch-militärische Front des Imperialismus, so glaubt Grosser, werde ohnehin zusammenbrechen, es gebe viele neue Berührungspunkte (der RAF) mit der „militanten Linken" in Westeuropa. Schon in seinem ersten Prozeß und dann später nach seiner Entlassung sei ihm klar geworden, daß er kämpfen wolle.

Die Terroristen-Fahnder bauen jetzt auf die Bevölkerung

Die Welt 7.11.86

WERNER KAHL, Bonn

Bei der anlaufenden neuen verstärkten Fahndung nach Terroristen setzen die Behörden nach vertraulichen Beratungen ein breitgefächertes überarbeitetes Instrumentarium polizeilicher und nachrichtendienstlicher Mittel ein. Bereits in den letzten Tagen wurde die in den vergangenen Jahren etwas verblaßte Fahndungsmethode des Steckbriefes für die Öffentlichkeit einprägsamer angewendet. Das Bilderbuch der Fahndung ist entzerrt worden. Der Steckbrief, der über 20 mit Haftbefehl wegen Verdachts des Mordes und schwerer Gewalttaten gesuchte Personen aus der terroristischen Szene enthält, wurde paarweise beziehungsweise auf einzelne Terroristen aufgegliedert. Statt dem Bürger bis zu einem Dutzend Fotos samt körperlichen Merkmalen Verdächtiger in Sekunden auf dem Fernsehschirm zu zeigen, wie es früher geschah, werden jetzt in kürzeren Abständen optische Hinweise auf jeweils nur zwei bis drei gesuchte mutmaßliche oder bereits überführte Terroristen gegeben. Auge und Gedächtnis sollen nicht überstrapaziert, die Aufmerksamkeit der Umwelt vielmehr geschärft werden.

Das Bundeskriminalamt hielt es deshalb in dieser Woche für zweckmäßig, auf gewisse Erfahrungen aus der Terrorismusbekämpfung seit den siebziger Jahren aufmerksam zu machen. Auch wenn die Gesuchten scheinbar spurlos untergetaucht sind und eine Rasterfahndung erfolglos scheint, bieten für die Terroristen der „Rote Armee Fraktion" (RAF), „Revolutionäre Zellen" und andere mehr oder weniger autonom agierende Gruppierungen notwendige logistische Maßnahmen dennoch Ansätze zu Ermittlungen. Die Terroristen-Logistik stellt keineswegs hermetisch abgeschottete Bereiche dar, so daß sich durchaus für die Polizei erfolgversprechende Hinweise aus der Bevölkerung ergeben können.

„Zur Vorbereitung ihrer Anschläge benötigen Terroristen bestimmte Materialien und Räumlichkeiten, in denen sie ihre Tatmittel herrichten", erklärte BKA-Präsident Heinrich Boge. Aus Werkstätten von Attentätern und Bombenlegern könnten sich mancherlei Auffälligkeiten ergeben, die vor Nachbarn nicht zu verbergen seien. Bombenleger beschafften sich für den Bau der Sprengsätze pulvrige Sprengstoffbestandteile wie beispielsweise Unkraut-Ex, dazu Metallbehälter verschiedener Größen. Dabei kann es sich um Feuerlöscher, Gasflaschen und selbsthergestellte Eisenquader handeln.

Werden in Wohnungen, Garagen oder Werkstatträumen Schweißarbeiten an Gasflaschen oder Eisenquadern vorgenommen, so das Bundeskriminalamt, könnte dies Anzeichen für die Vorbereitung von Straftaten sein. Auch Hinweise darauf, wo in letzter Zeit solche Arbeiten festgestellt wurden, können für die Fahndung wichtige Ansatzpunkte liefern.

Der Appell an die Bevölkerung, Polizei und „Kommissar Zufall" zu unterstützen, erscheint den Sicherheitsbehörden schon deshalb wichtig, weil es dem Verfassungsschutz nicht gelungen war, V-Leute so in die Szene einzuschleusen, daß die Polizei durch den geheimen Nachrichtendienst auf die Spur terroristischer Täter gesetzt werden konnte. Im Fall der im August in einem Rüdesheimer Eiscafé verhafteten und zum RAF-Untergrundkommando gerechneten Eva Haule-Frimpong, die dort mit zwei Begleitern aus der Düsseldorfer RAF-Unterstützerkommune sprach, konnte die Polizei einen Tip aus der Bevölkerung auswerten.

Das Bundeskriminalamt heize „den Volkssport Schnüffeln an", kommentierte gestern die linke alternative „tageszeitung" („taz") den Aufruf zur Mitfahndung. Das Blatt, das auch als Mitteilungsblatt für die militante Szene gilt, kündigte ferner Polizeikontrollen im gesamten Bundesgebiet an. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hatte vor dem Bundestags-Innenausschuß bekanntgegeben, daß der Ermittlungsrichter beim BGH als Konsequenz aus dem Mord an dem Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl den Beschluß für eine Großfahndung nach Paragraph 111 der Strafprozeßordnung erlassen habe. Die Polizei kann daraufhin auf den Straßen Kontrollstellen einrichten: Jeder ist verpflichtet, sich auszuweisen und sein Auto durchsuchen zu lassen.

RAF-Sympathisanten wollen in den Untergrund

Keine Nachwuchsprobleme

Viele Unterstützer sind von den Terror-Morden begeistert

Von unserem Korrespondenten Horst Zimmermann

BONN – Nach Erkenntnissen der Behörden hat die jüngste Blutspur der „Rote-Armee-Fraktion" (RAF) die Unterstützer der Bande keineswegs abgestoßen. Die Verbrechen haben im Gegenteil sogar fanatische Begeisterung ausgelöst. Ein Ermittler: „Wir kennen eine Reihe von Leuten, die nur auf den Finger warten, der ihnen winkt, um zum Untergrund-Kommando zu stoßen."

Mit der Rekrutierung von Nachwuchs habe die RAF derzeit überhaupt keine Probleme. Übereinstimmend gehen die Terror-Experten von Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz davon aus, daß der „harte Kern" der RAF, der sich selbst „Kommando-Ebene" nennt, aus zur Zeit 20 bis 25 Personen besteht. Davon sind allerdings nur zwölf namentlich bekannt. Daß die aktive Kommando-Ebene ungefähr weitere zehn Personen umfassen muß, schließen die Behörden aus Spuren, die nicht den bisher bekannten RAF-Mitgliedern zuzuordnen waren, und aus der Berechnung des Personalaufwands, der für die RAF-Anschläge der letzten Zeit erforderlich war.

Zur Zeit wird nach 27 Terroristen öffentlich gefahndet. Darunter befinden sich Personen, die nichts mit der RAF zu tun haben, so der internationale Terrorist „Carlos" und Mitglieder „Revolutionärer Zellen". Von mindestens zwei Gesuchten, Ingeborg Barz und Ingrid Siepmann, ist so gut wie sicher, daß sie tot sind. Hans-Joachim Klein und Angela Luther sind schon vor Jahren aus der Bande ausgestiegen. Als RAF-Mitglieder werden 17 Personen gesucht. Fünf davon gehören nicht der derzeit aktiven „Kommando-Ebene" an. Die mutmaßliche Mörderin des Dresdner-Bank-Chefs Ponto, Susanne Albrecht (35), sowie Monika Helbing (31) und Friederike Krabbe (36) halten sich in Bagdad auf. Von Werner Lotze (34) und Silke Maier-Witt (36) gibt es seit Jahren keine Spur mehr.

Von den verbleibenden zwölf aktiven Mitgliedern der RAF-Kommando-Ebene sind sechs Frauen. „Dienstältestes" Bandenmitglied ist die Reprofotografin und Kindergärtnerin Inge Viett (42), seit 1972 dabei. Sie soll an der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann (1974), an der Entführung des CDU-Politikers Lorenz (1975) und an der Entführung des Wiener Textil-Millionärs Palmers (1977) beteiligt gewesen sein. Von Palmers wurden 4,5 Millionen Mark Lösegeld erpreßt. Nach Ansicht der Ermittler führt Inge Viett noch immer diese Kasse. Siegrid Sternebeck (37) ist seit 1972 dabei und ist ebenfalls RAF-Veteranin.

Henning Beer (28) ging nach der Realschule in die „Szene", seit 1982 lebt er im Untergrund. Ekkehard Freiherr von Seckendorff-Gudent ist mit 46 Jahren ältestes

Das Ehepaar Meyer wird zu den führenden Köpfen gezählt

RAF-Mitglied. Der Hamburger Arzt ist seit 1977 untergetaucht. Die Bande verfügt zur Zeit über keinen Theoretiker, der ihre Aktionen ideologisch aufbereitet. Alexander Prechtel, Sprecher des Generalbundesanwalts: „Die denken heute nicht mehr, die töten nur noch." Führungspersönlichkeiten, wie sie Baader, Meinhof, Ensslin und Mohnhaupt einmal darstellten, sind heute nicht erkennbar. Fachleute meinen allerdings, ohne eine Führungspersönlichkeit komme keine Gruppe aus. Es wird für möglich gehalten, daß das Ehepaar Meyer diese Rolle übernommen hat. Der Starkstromelektriker Horst Ludwig Meyer aus Schwenningen und seine Frau, die Telefonistin Barbara Meyer aus Stuttgart, leben seit Sommer 1984 im Untergrund.

Stuttgarter Nachrichten 6-11-1986

Polizei stürmte Info-Treff

München (taz) — Mit einem massiven Polizeiaufgebot von über 500 Beamten wurde am Dienstagabend das Münchner „Schlachthofviertel" abgeriegelt. Die Aktion richtete sich gegen eine Veranstaltung „Zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD" in der Gaststätte „Zunfthaus", die rund 120 Leute besuchten.

Erst nachdem die Polizei den Saal gestürmt hatte, wurde das offizielle Verbot der Veranstaltung bekanntgegeben. Begründung: „Billigung von Straftaten" sowie „Verunglimpfung von Verfassungsorganen". Da auf dem Plakat zur Veranstaltung als auch auf dem Flugblatt kein Verantwortlicher angegeben sei, konnten die Veranstalter nicht von dem tags zuvor verhängten Verbot unterrichtet werden, so Dr. Reif vom Kreisverwaltungsreferat. Insgesamt wurden an diesem Abend 190 Personen kontrolliert, davon 112 in der Nähe der Gaststätte. Wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetzes, Beleidigung, Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie Werben für eine terroristische Vereinigung wurden sieben Männer und eine Frau vorübergehend festgenommen. Gleichzeitig durchsuchte die Polizei die Wohnung der 21jährigen, die den Versammlungsraum angemietet hatte. Gegen sie ermittelt die Generalbundesanwaltschaft wegen Paragraph 129 a, Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. In ihrer Wohnung wurde „schriftliches Material" beschlagnahmt, das noch nicht ausgewertet sei. Vom Ermittlungsrichter am BGH hatte die Münchner Polizei die Anweisung Kontrollstellen im Umkreis von einem Kilomter vom Veranstaltungsort zu errichten. Daß die Polizeiaktion auch ohne das verhängte Verbot in gleicher Weise durchgeführt worden wäre, betonte der Sprecher der Generalbundesanwaltschaft: „Es geht um den Teilnehmerkreis".

TAZ 4.11.86

Anti-terreurministers in Straatsburg

Gisteren werd in Straatsburg de tweedaagse konferentie besloten van de ministers die in de landen van West-Europa belast zijn met de bestrijding van het terrorisme. Ze hebben er in het kader van de Raad van Europa getracht om hun onderlinge samenwerking op diplomatiek, gerechtelijk en politioneel te verbeteren.

De Morgen 6.11.1986

IN de slotresoluties van de konferentie is er ook sprake van een samenwerking tussen overheden en massamedia tegen de terreur.

Het was de eerste keer dat ministers uit alle 21 landen die lid zijn van de Raad van Europa speciaal voor deze materie bij elkaar kwamen. De samenwerking tegen de terreur heeft eerder dit jaar al vastere vorm aangenomen binnen de EG.

De bijeenkomst in Straatsburg bracht nu de EG-ministers met hun kollega's samen uit de overige Westeuropese landen, NATO-partners zowel als meer neutrale landen zoals Oostenrijk, Zwitserland en Zweden.

Er werd nu beslist om na te kijken of men niet kan komen tot een koördinatie te komen tussen de anti-terreur organen van de EG en het sekretariaat-generaal van de Raad van Europa in Straatsburg, twee permanente organen die in de strijd tegen de terreur in West-Europa blijkbaar elk een rol te vervullen krijgen.

Daar komt nog bij dat enkele niet-Europese westerse landen die een politiek vaak kontroversiële opvatting hebben omtrent het terrorisme-verschijnsel, nl. Israel en de Verenigde Staten, via de Raad van Europa trachten aan te sluiten bij deze Europese samenwerking tegen de terreur omdat een nauwe samenwerking door de ministers van de EG eerder dit jaar al werd afgewezen. Straatsburg is dus een alternatief voor Washington en Terl-Aviv om toch nauwer aan te sluiten bij de Europese samenwerking tegen de terreur.

Uit de officiële verklaringen van gisteren in Straatsburg blijkt echter dat de ministers er zich toe hebben beperkt om die mogelijkheid te bestuderen, meer (nog) niet.

Wel explicieter waren de resoluties van de Westeuropese ministers op twee punten. Men wil overleg installeren tussen de regeringen en 'geëigende vertegenwoordigers' van pers, radio en tv inzake het verslag over terreurdaden en de preventie tegen het terrorisme. Aan dit tema wordt trouwens een speciale konferentie van de ministers gewijd die op 9 en 10 december e.k. in Wenen zal plaats hebben.

Een tweede centraal punt in de besprekingen vormde het probleem van de diplomatieke vertegenwoordigers en ambassades in West-Europa van landen die ervan beschuldigd worden het terrorisme te steunen. Iedereen denkt hier aan landen zoals Syrië of Libië, in elk geval vooral landen uit het Midden-Oosten. In een speciale resolutie daarover stond gisteren te lezen dat de ministers van plan zijn om de reeds aanwezige en de nieuwe diplomaten van die (niet bij naam genoemde) landen aan een biezonder onderzoek te onderwerpen, daaromtrent ook onderling informatie uit te wisselen, desgevallend hun akkreditatie te weigeren of de diplomatieke vertegenwoordiging van bedoelde landen stelselmatig af te bouwen.

(WDB)

TAZ 6.11

„Euro-Geschwätz" gegen Terror

Ministerkonferenz beriet hinter verschlossenen Türen über die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung / Konferenzergebnisse wurden als „inhaltslos" bezeichnet

Straßburg (taz) — Mit wohlfeilen Verbalbekundungen einer besseren europäischen Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung endete am Mittwoch in Straßburg eine zweitägige außerordentliche Ministerkonferenz des Europarates. Es war die erste Sonderkonferenz dieser Art in der Geschichte des 1949 in London gegründeten Europarates. Über praktische Vereinbarungen konnten die Justiz- und Innenminister der 21 Mitgliedstaaten keine Einigung erzielen. Für einen Eklat sorgte gleich am Dienstag abend der belgische Justizminister Jean Gol, als er — das Konferenzergebnis vorwegnehmend — die vorliegenden Resolutionsentwürfe als „leer" und „inhaltslos" bezeichnete; sie zeichneten sich „durch absolute Nichtigkeit" aus. „Wenn wir die Entwürfe nicht abändern", appellierte der Belgier unter Verweis auf das ebenso ergebnislose EG-Außenministertreffen von Luxemburg an seine Amtskollegen, „wird nach der Konferenz von Straßburg von 'Euro-Ohnmacht' und 'Euro-Geschwätz' die Rede sein." In den Beratungen zeichnete sich eine Konfliktlinie zwischen Spanien, Italien, Österreich und der Schweiz, welche konkrete Maßnahmen im Bereich der Fahndung und des Informationsaustausches beschlossen sehen wollten, und Frankreich und der Bundesrepublik ab.

Die von Belgien vorgeschlagene Einrichtung einer europäischen Fahndungszentrale — eine solche Behörde hat kürzlich auch Generalbundesanwalt Kurt Rebmann gefordert — lehnte Bundesjustizminister Hans Engelhard ab. Die Schaffung neuer zentraler Institutionen, so Engelhard in einem Radio-Interview, sei „nicht des Rätsels Lösung", vielmehr müsse die Kooperation der bestehenden nationalen Fahndungsbehörden verbessert werden. Als letztes Mitglied des Europarates unterzeichnete Malta am Rande der Konferenz die Konvention des Europarates zur Terrorismus-Bekämpfung von 1977, die eine automatische gegenseitige Auslieferung vermeintlicher Terroristen vorsieht. Frankreich, Griechenland und Irland haben diese Konvention unterzeichnet, aber noch nicht völkerrechtlich verbindlich ratifiziert. *Thomas Scheuer*

Ministerkonferenz verabschiedet Resolution

SDZ 7.4

Straßburg (AP)

Die Innen- und Justizminister der 21 Mitgliedsstaaten des Europarats haben zum Abschluß einer zweitägigen Konferenz in Straßburg gemeinsame Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus vereinbart. In einer einstimmig angenommenen Erklärung wird insbesondere politischen Gewalttätern der Kampf angesagt, die von einer Regierung gedeckt werden. Die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen soll von Sonderbeauftragten der Mitgliedsstaaten vorgenommen werden.

Unter anderem soll eine Vereinheitlichung der für Terrorakte maßgeblichen Strafgesetzgebung angestrebt und ein Austausch von Ermittlungserfahrungen vorbereitet werden. Die Minister kündigten für den Fall eines staatlich unterstützten Attentats in einem Mitgliedsland des Europarats eine gemeinsame Reaktion aller anderen Partnerländer an. Die Konferenzteilnehmer forderten die Regierungen auf, endlich die 1977 beschlossene Europäische Konvention zur Unterdrückung des Terrorismus zu ratifizieren, die eine beinahe automatische Auslieferung politischer Gewalttäter vorsieht.

Der einstimmigen Annahme dieser Resolution waren grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über das Ausmaß der grenzüberschreitenden Terrorismusbekämpfung vorausgegangen. Die wichtigsten EG-Länder hatten nach inoffiziellen Informationen die Vorschläge der kleineren Länder abgelehnt, konkrete juristische Schritte verbindlich festzuschreiben. Der belgische Justizminister Gol hatte seine Enttäuschung über den „mageren Resolutionstext" geäußert.

Bundesweite Fahndung nach Terroristen wird vorbereitet

SDZ 6.11.86 **Bonn (AP)**

Die Bundesbürger müssen sich auf umfangreiche Kontrollen durch die Polizei einstellen. Das geht aus Äußerungen von Bundesminister Zimmermann (CSU) vor dem Innenausschuß des Bundestages hervor. Nach Angaben aus Regierungskreisen berichtete Zimmermann, im Ermittlungsverfahren wegen des Mordes an dem Diplomaten Braunmühl in Bonn habe der Ermittlungsrichter inzwischen den Beschluß für eine Großfahndung nach Paragraph 111 der Strafprozeßordnung erlassen. In Baden-Württemberg würden solche Maßnahmen bereits durchgeführt, in anderen Bundesländern vorbereitet. Zimmermann berichtete ferner, daß die Grenzschutzdirektion Koblenz derzeit in Absprache mit dem Bundeskriminalamt „besondere Fahndungsmaßnahmen" durchführe. Einzelheiten nannte er nicht. Weiter sagte er, das neue „Fahndungskonzept 106", das von den Ländern uneingeschränkt akzeptiert worden sei, ziele vor allem auf die Erkennung und Ergreifung von Terroristen ab, die vor Anschlägen mögliche Zielpersonen ausspähten. Zimmermann sagte außerdem, eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern unter Federführung des BKA solle erarbeiten, wie mit dem Mittel der „beobachtenden Fahndung" das aktive Umfeld der „Roten Armee Fraktion" (RAF) intensiver abgeklärt werden könne. Die Gruppe solle zudem neue Ansatzpunkte für die Rasterfahndung erarbeiten.

Terror-Bekämpfung

SDZ 7.11.86

Der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Richard Meier, hat sich sehr skeptisch über die Aussichten geäußert, daß durch die Kronzeugen-Regelung ein Einbruch in den harten Kern der Roten Armee Fraktion (RAF) gelingen könnte. Meier, der Mitte der siebziger Jahre als BfV-Chef die Aufklärung im Vorfeld des Terrorismus organisiert hatte, erklärte in der *Augsburger Allgemeinen*, Erfolge mit der Kronzeugen-Regelung in anderen Ländern seien nicht auf die Bundesrepublik übertragbar, da es sich bei der RAF um eine „besonders ideologisch fanatische Gruppe" handle. „Nachdem wir schon mit der Aussetzung einer Belohnung von drei Millionen Mark nicht weitergekommen sind, glaube ich nicht an einen Erfolg durch die Kronzeugen-Regelung." Die RAF-Terroristen seien auch „justitiell nicht bestechbar".

Zwei Bombenanschläge in Paris

SDZ 3.11.86

Zusammenhang mit Ausweisungspolitik

Paris (Reuter)

In Paris sind erneut zwei Bomben explodiert. Sie richteten nach Auskunft des Innenministeriums Schäden an, verletzten aber niemanden. Zu den beiden Anschlägen bekannte sich die Terrororganisaton „Action directe". Der eine Sprengsatz explodierte vor dem Büro der staatlichen Charterfluggesellschaft „Air Minerve" im Stadtzentrum, der andere fast zeitgleich vor der Einwanderungsbehörde. In Polizeikreisen wurde ein Zusammenhang mit der Ausweisung von 101 Bürgern Malis am 18. Oktober vermutet. Bei dieser größten Aktion ihrer Art hatte eine Maschine der „Air Minerve" die Abgeschobenen in ihre zentralafrikanische Heimat zurückgebracht.

Neuer Anschlag auf Strommast

Welt 05.11.1986

dpa, Kronau

Bei Kronau im Kreis Karlsruhe ist in der Nacht zum Dienstag ein neuer Anschlag auf einen Strommast verübt worden. Wie das Landeskriminalamt (LKA) in Stuttgart mitteilte, geriet der an zwei Ecken angesägte 110-Kilovolt-Mast des Badenwerks dadurch in Schräglage und beschädigte einen weiteren Mast. Vereinzelt sei der Strom ausgefallen. Den Schaden bezifferte das LKA auf etwa 100 000, das Badenwerk auf vorläufig 70 000 Mark.

In den vergangenen Monaten waren im Südwesten bereits über ein Dutzend ähnlicher Anschläge auf Strommasten verübt worden. Sie werden militanten Kernkraftgegnern angelastet.

Vera Mößner arbeitete dreieinhalb Monate für den baden-württembergischen Verfassungsschutz. Ihr Auftrag: Erst animieren und selbst Straftaten begehen, dann denunzieren. Zielobjekte waren Autonome, „Schwarzer Block", Frauengruppen und die Grünen. Was der Verfassungsschutz nicht wußte: Vera M. hatte sich vor Dienstantritt mit dem Geschäftsführer der Ravensburger Grünen beraten. Jeder Auftrag, jedes Treffen, wurde als Gedächtnisprotokoll festgehalten. In der letzten Woche ließ Vera Mößner ihre Auftraggeberin auffliegen — taz-Reporter Dietrich Willier war als Zeuge vor Ort.

Uber die Methoden des Verfassungsschutzes berichtet eine „Agentin aus der Szene"

3.11.86 taz

Es ist Montag, der 27. Oktober, kurz vor 14 Uhr in der bayrischen Kleinstadt Wangen. Langsam kommt ein orangefarbener VW-Käfer aus der Innenstadt herauf, WN-PC 64 — die Nummer stimmt. Der Wagen biegt ab und steuert noch immer in ruhigem Tempo in Richtung Bahnhof. Am Steuer ist deutlich eine circa 30 Jahre alte Frau erkennbar, leicht zu identifizieren an ihrem halblangen, blondgelockten Haar. Die Beschreibung stimmt, es muß Melanie Heller sein, Mitarbeiterin des Stuttgarter Verfassungsschutzes, im Moment auf dem Weg zu einem Treffen mit einer „Informantin" aus der Szene, die sie seit drei Monaten „betreut". Was die Frau mit dem Dienstnamen Melanie Heller nicht weiß: Ihre Informantin, Vera Mößner, war von Anfang an nur zum Schein auf das Angebot des Verfassungsschutzes eingegangen und wollte diese Verbindung nun öffentlich auffliegen lassen.

Wie verabredet hält der VW in einer Parknische vor dem Bahnhof, doch Melanie Heller bleibt im Auto. Statt auszusteigen und auf Vera Mößner zuzugehen, wartet sie, daß diese über die Straße kommt und zusteigt. Damit ist die erste Chance für ein beweiskräftiges Foto vorbei, der Fotograf springt aus seinem Versteck und die Verfassungsschützerin sieht das auf sie gerichtete Teleobjektiv. Mit quietschenden Reifen fährt der VW los, eine nicht geplante Verfolgungsjagd beginnt.

Wir sehen noch, wie der orangene Käfer mit hoher Geschwindigkeit in die Ausfahrtstraße nach Memmingen einbiegt, dann blokkiert eine lange Kolonne entgegenkommender Fahrzeuge unsere Verfolgung. Auch in den nächsten Ortschaften ist der Wagen nicht mehr zu finden, wir kehren um.

In Deuchelried, dem nächsten Ort, neben einer Telefonzelle finden wir den VW wieder. Der Fotograf springt aus dem Auto, drückt ab, Frau Melanie Heller verriegelt die Türen und mit quietschenden Reifen geht es wieder nach Wangen. Entgegenkommende Autos müssen anhalten, eine Kehrtwende gelingt wie im Film, Touristen einer Fußgängerzone der Altstadt springen erschrocken zur Seite, ein Parkplatz wird zur Slalombahn, doch als Verfassungsschützerin Melanie (Verfolger werden immer für die Rechtschaffenen gehalten) nochmals versucht, in falscher Richtung die Einbahnstraße durch ein Stadttor zu passieren, versperren zwei aufgebrachte Hausfrauen den Weg. Das Tele ist ausgerichtet, auch ein Tourist drückt auf den Auslöser, das genügt zur Enttarnung. Die Feldstudie „Bürger schnüffeln im Verfassungsschutz" ist beendet.

Terrain für die US

Begonnen hatte alles drei Monate zuvor, Mitte Juli in Ravensburg. Für sie völlig überraschend wurde Vera Mößner auf offener Straße von einer Frau angesprochen, die sich als Melanie Heller, Mitarbeiterin des Verfassungsschutzes, vorstellte. Man brauche, so Frau Heller, Informationen aus der Ravensburger Anti-AKW und Autonomen-Szene. Dabei sind Ravensburg und das Allgäu doch eine ruhige Idylle. Schwarz, aber hübsch. Wer anders denkt trifft sich im „Humpis" oder der „Räuberhöhle": Der Boden soll dort ganz mit Matratzen ausgelegt sein, heißt es, da nehmen sie Drogen und huren herum!

Seit Tschernobyl aber hat sich vieles verändert in und um Ravensburg. Da hat die „Energieversorgung Schwaben" (EVS) ihr Büro gegenüber den Grünen mit Brettern vernagelt, da brannte ein Stapel Holzstrommasten, auch von der EVS, und die Betonverschalung der neuen Autobahn. Beherzte Autofahrer rissen eine brennende Lunte von einer Baumaschine, Eisenteile an einer Nylonschnur über Hochspannungsleitungen geworfen, verursachten Kurzschluß, und vom vielen Sägen destabilisiert, fiel ein Strommast. Das ist Terrain für den Verfassungsschutz.

Ein paarmal war Vera Mößner schon in Wackersdorf, am Bauzaun zu Sonntagsspaziergängen, auch an Pfingsten. Es ging ihr nicht besonders, sie hatte die Schule abgebrochen, ein Kind bekommen aber keine Arbeit. Nachdem die Verfassungsscshützerin sie angesprochen hatte, suchte Vera Mößner Winfried Taschler, den Geschäftsführer der Grünen in Ravensburg auf. Es wurde vereinbart, daß Vera Mößner das Spiel mitmacht, solange sie kann. Regelmäßige Gedächtnisprotokolle über alle Einzelheiten der zukünftigen Treffen sollte Winfried T. an einem sicheren Ort aufbewahren. Insgesamt kam es zu elf Treffen, das erste am 15. Juli, als Vera Mößner dem Verfassungsschutz ihre scheinbare Mitarbeit anbot.

Erstes Protokoll: „Nach Absprache traf ich mich am 15. Juli 86, mittags um 12 Uhr am Ravensburger Bahnhof mit dieser Frau vom Verfassungschutz. Mein Auftrag bis zum nächsten Treff, eine Woche später am Bad Schussenrieder Bahnhof, lautete: Aufschlüsselung des Schwarzen Blocks in Ravensburg. Melanie Heller befragte mich nach meinen Kontakten zu Winfried Taschler. Ich erhielt 100 DM und 20 DM für Fahrtkosten." Vera M. wurde weiter aufgefordert, jedes erreichbare Flugblatt aus dem „linksextremistischen Bereich" zu besorgen.

Codename „Zypern"

Bei Telefonkontakten mit dem Stuttgarter Verfassungsschutz hatte sie sich mit dem Code-Namen „Zypern" zu melden. Beim nächsten Treff sollte sie über die Szenekneipen „Räuberhöhle", „Humpis" und „Bierkanne" berichten, eine Einschätzung der politischen Aktivitäten des Ravensburger Geschäftsführers der Grünen und Internas über den „Schwarzen Block" liefern. Besonders interessiert war die Verfassungsschützerin an Informationen über einen szenebekannten Wissenschaftler. Vera M. solle versuchen, möglichst bald wieder nach Wackersdorf zu kommen. Auch beim zweiten und dritten Treff wird Vera M. mit je 150 DM entlohnt, und quittiert mit „Zypern". Beim siebten Treffen wird Vera Mößner dann erstmals nach Wackersdorf geschickt: „Mein Auftrag: Bald nach Wackersdorf, Augen und Ohren auf, mitreden aber nach Möglichkeit nicht mitmachen.

Melanie kommt zur Sache

Dann, beim 14. Treff kommt ihre „Anleiterin" richtig zur Sache: „Melanie fährt nächste Woche nach Wiesbaden und sieht sich die Liste der bisher erfaßten Personen an. Melanie setzt mich unter Druck, endlich wieder nach Wakkersdorf zu fahren, ein Wochenende für zusätzlich 300 DM, ihre Chefs hätten sie bedrängt. Ich soll jetzt andere Leute animieren, Aktionen zu starten. Es gibt aber zur Zeit keinen aktuellen Anlaß am Bauzaun, und viele Leute sind in Urlaub. Interesse an extremen Frauen. Winfried Taschler von den Grünen müßte doch auch wieder zurück sein. Soll jeden Zettel, der mir in seinem Büro in die Finger kommt, und der den Verfassungsschutz interessieren könnte, mitnehmen. Muß mich am 18. August telefonisch aus Wackersdorf melden".

Protokoll 5. September: „Beim nächsten Treff werde ich unter Vertrag genommen. Bevor ein Strommast fallen soll, soll ich anrufen, die „Täter" könnten dann zufällig in eine Alkoholkontrolle geraten. 150 DM quittiert." Protokoll 22. September: „Habe meinen Vertrag unterschrieben. Bin bei allen Aufträgen weisungsgebunden, kann also nicht strafrechtlich belangt werden. Absolute Schweigepflicht, auch gegenüber der Polizei (Strafandrohung ein bis fünf Jahre Knast). Erhielt 200 DM für freiberufliche Tätigkeit und 100 DM Spesen'. Habe M. aus dem Büro der Grünen eine „antiimperialistische Zeitung" und ein Flugblatt über das „ungehorsame Oberschwaben" mitgebracht. Protokoll 29. September: „M. will das Handbuch für Blokkierer aus Mutlangen von mir. Wahlkampftaktik der Grünen?" Protokoll 13. Oktober: „Was war in dem Film 'Zaunkämpfe' zu sehen? Infos über Gasgranaten, Gummischrot, Bilder von Ostern und Pfingsten, aufgebrachte Bürger! Bestand Interesse an dem Film, wer hat die Vorführung organisiert? Winfried Taschler!"

Mit Infos nicht getan

Zu einem weiteren Informationstreffen mit der Verfassungsschützerin „Melanie Heller" ist es nicht mehr gekommen. Vera Mößner war sich zu unsicher geworden, wie lange sie ihre Doppelrolle noch unentdeckt spielen kann. Vor dem Rockfestival in Burglengenfeld war sie noch aufgefordert worden, sich in einen Typ aus der militanten Szene zu verlieben, um so besser an Informationen zu kommen. Dann wurde der Druck verstärkt. Mit „Infos allein sei es nicht mehr getan", Vera M. wurde aufgefordert, zu Straftaten zu animieren und selbst welche zu begehen — Straffreiheit wurde ihr garantiert. 1.400 DM hat Vera M. in dreieinhalb Monaten „verdient". Abgeordnete der Grünen im Bundestag und im Stuttgarter Landtag wußten von Vera M.'s Engagement.

Sie hat niemanden denunziert, und hofft, daß ihr das auch geglaubt wird. Sie weiß, daß sie selbst in Ravensburg nicht die einzige war, die für den Verfassungschutz arbeitete. In der Nacht vor dem letzten Treff am vergangenen Montag wurde beschlossen, ihre Kontakte zum Verfassungschutz zu beenden und ihre Betreuerin aus dem Stuttgarter Amt zu enttarnen. Vera M. hat Angst um ihren Job, ihre Wohnung und vor weiterer Verfolgung durch eine Behörde, die offenbar immer weniger abwartet, bis ihre Handlungen durch neue Gesetze legalisiert sind. Der nächste Schritt wird die Legalisierung des staatlichen Krontäters sein müssen.

Enttäuschungen einer V-Frau

Von der Anwartschaft auf die RAF-Kommandoebene in den mittellosen vorzeitigen Ruhestand / Vom Verfassungsschutz geprellt, betrogen und schutzlos der Verfolgung ausgeliefert

Berlin (taz) — Schwere Vorwürfe von Honorarunterschlagung bis Mitwisserschaft bei einem geplanten Attentat auf einen Oberstaatsanwalt, gegen das keine Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden seien, erhob eine V-Frau des baden-würtembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sie betreuende Beamte. „Ab und zu hofften sie auf neue Anschläge", berichtete die vor sieben Jahren angeworbene Frau am Dienstagabend in der ARD-Sendung 'Panorama', „damit es neue Stellen gäbe und sie befördert würden".

Die junge Frau, die ihre Karriere als Informationsbeschafferin im KBW gegonnen und in der sogenannten „Anti-Imp"-Szene fortgesetzt haben will, wäre nach ihrer Aussage der Weg in die Kommandoebene der RAF geebnet gewesen. „Aber eine erfolgreiche Tätigkeit als V-Frau im Untergrund ist mit dieser dilettantischen Behörde nicht möglich," erklärte die Frau, deren Anonymität von der Magazinredaktion gewahrt wurde, ihre Scheu vor diesem Schritt. Angesichts der Dienstauffassung ihres „Agentenführers" hatte sie die Furcht beschlichen. Der habe ihr die Namen von V-Leuten in anderen Städten genannt und den Inhalt abgehörter Telefongespräche wiedergebeben. „Als er mir schilderte, wie verschuldet er ist, bekam ich Angst." Von dem Gedanken entsetzt, er könne eines Tages ihre Entarnung zu Geld machen, wollte sie ihre geheimen Dienste bereits quittieren. Doch sie sei mit der Drohung, niedergeschlagene Strafverfahren gegen sie würden wieder eingeleitet werden, zur Weiterarbeit erpreßt worden. Wiederholt hatte sie vorgesprochen und um eine andere Betreuung gebeten. „Ich wurde von Leuten geführt, die vorher Strafzettel an Falschparker verteilt hatten oder erst einmal einen Volkshochschulskursus über politische Allgemeinbildung belegen müßten." Unstimmigkeiten innerhalb der Behörden, — „die sind eifersüchtig aufeinander" — leiteten dann ihre Entlassung aus Spitzeldiensten ein. Da sie zu teuer geworden sei, wurde sie vom Verfassungsschutz zum „Aussteigen" aufgefordert. Sie habe sich dann schon über die Summen gewundert, die sie angeblich erhalten haben sollte. Jetzt bereut sie ihre „Dummheit", blanco Quittungen unterschrieben zu haben. „Alles" hätte man ihr bei der Anwerbung versprochen, „Geld, gesicherte Zukunft" und Identitätswechsel bei Gefahr. Das versucht sie nun mit Hilfe ihres Rechtsanwalts einzuklagen. Das Anliegen seiner Mandantin wurde mit dem Hinweis auf Vertraulichkeit bisher ablehnend beschieden. Der „Helden", wie Bundesinnenminister Zimmermann V-Leute nannte, „Lohn", warnt das Beispiel, lohnt den Aufwand nicht.

TAZ 6-11-86

Jeder Kampf ist ein Sieg

Der folgende Brief wurde von einer gefangenen Genossin aus dem MAF (Frauengefängnis)Fleury Mérogis unterschrieben und erschien in der Zeitschrift "Brèche".Er wurde auch Mitte-Juni zahlreich vor den Gefängnissen der Pariser Gegend verteilt.
Wie zu erwarten war,wurden zahlreiche repressive Massnahmen gegen diese Gefangene unternommen:nach monatelangem Hin und Her zwischen Hochsicherheitstrakt und normalen Vollzug,die eine Konsequenz des mutigen Kampfes gegen menschenunwürdige Körperuntersuchungen waren,befand sie sich plötzlich in administrativer Isolation dh. in kompletter Isolation.Trotzdem führt sie ihren Kampf weiter.Wir sind an ihrer Seite.

"Ich heisse Milagros Caballeros Carbonell:ich bin Mitglied der GRAPO (Antifaschistische Widerstandsgruppen Erster Oktober)und wurde im Januar 1986 in Paris in Begleitung von Ontanilla Galan und Enrique Cuadra Etxendia,beide Militante der wiederaufgebauten spanischen kommunistischen Partei (PCE/r), verhaftet.Unsere Verhaftung sowie die durch die Polizei ausgeführten Durchsuchungen war illegal.Sie ist der Beweis für die enge Zusammenarbeit, di es schon lange gibt,zwischen Spanien und Frankreich.Frankreich zückt nicht, wie wir es oft zu sehen bekommen,patriotische Basken und andere Revolutionäre, in andere Länder auszuweisen oder zu deportieren.Andererseits lassen sie die Mörder des Gal(spanischer Para-Polizei Dienst) sich frei entfalten,die in völliger Unversehrtheit handeln können.
Aber durch diesen Brief will ich vor allem die Haftbedingungen des Frauengefängniss Fleury Mérogis anklagen,denen wir ausgesetzt sind.Momentan sind wir sechs politische Gefangene:drei französische,eine armenische und Manuela Ontanilla und ich-spanisch.Zuerst weigert man sich unsere Lage als politische Gefangene anzuerkennen und zwingt uns mit jeder Art Mädchen Kontakt zu haben. Vorallem Drogenabhängige und/oder Drogenhändler.Aber,oh welch ein Paradox, andererseits ist es uns aus "Sicherheits"fragen verboten,zu zwei Politischen in einer Zelle zu bleiben und man versucht so viel es geht,uns voneinander zu isolieren.So befinde ich mich gegenwärtig in einer sehr kleinen Zelle mit zwei weiteren sozialen Gefangene;ich muss auf dem Boden schlafen und man verhindert dass ich mich minimal in meiner Arbeit und meinen Studien organisiere.Hier kann man momentan nicht von einer körperlichen Folter sprechen,aber es wird eine "weisse Folter" angewendet,eine extrem raffinierte psychologische Folter,die den Zweck hat den Widerstand des Gefangenen zu brechen,um ihn in ein menschlisches Tier zu verwandeln,ein Tier das weder Ehre und Wille,noch menschlisches Bewusstsein besitzt.Wenn man in ein Gefängnis eintritt,hört man auf ein Mensch zu sein,man wird eine einfache Nummer ohne Recht.Man hört nicht auf einem dies zu wiederholen.Alles wird im Namen von Normen und internen Gesetze gemacht,verlangst du aber die Gesetze zu sehen, stellst du fest dass es keine gibt,dass man gerade dabei ist sie zu schaffen. Kurz:wir sind der totalen Willkürlichkeit der Gefängniswärterinnen unterworfen.Es gibt permanent Körperdurchsuchungen und dies ohne Motiv:wenn du ruhig in der Zelle sitzt,wenn du zum Hof runtergehst oder von ihm zurückkommst,wenn man mit Familienangehörigen sprechen will und sogar bei Besprechungen mit dem Anwalt usw.
Die Gefängniswärterinnen wollen dann dass du dich ausziehst und Beugungen machst.Und wenn du dich-wie in meinem Fall-weigerst,sperrt man dich in eine Zelle ein nachdem man dich mit Gewalt ausgezogen hat.
Die Innenausstattung der Hochsicherheitstrakte wurde so entworfen um dir eine totale Erniedrigung aufzuzwingen.Ein Bett ohne Bettlaken,ein waschbecken, eine Toilette aber ohne Wasser,eine Dachluke.Kein einziges privates Gegenstand ist erlaubt:weder Kleider und Bücher,noch ein Radioapparat.Und um es auf die Spitze zu treiben,wenn du die Zelle verlässt wechselt man die Zelle, damit du dich nicht an einen bestimmten Ort gewöhnen kannst.
Die Korrespondenz die rausgeht,sowie die die reinkommt ist zensuriert. Vorallem in unserem Fall.Nur die "desinfizierte" Korrespondenz,ohne vermuteten"subversiven Inhalt" kommt durch,und dies trotz der berühmten Aeusserungs,- und Meinungsfreiheit von dem sich das "demokratische" Frankreich dauernd brüstet.

Der Endeffekt bedeutet dass ich zahlreiche Briefe und politische Artikel überhaupt nicht bekomme oder mit mehr als einem Monat Verspätung.Dasselbe gilt für das was ich abschicke.Und es ist besser nicht von den Zeitungen zu sprechen.Ich bin an der Zeitung "Egin" abonniert.Ich kriege sie mit nur 10 oder 15 Tage Verspätung.Einige Nummern kommen an,andere nicht...

Auf der gleichen Seite verbietet das Gefängnis alles was mit Kultur zu tun hat. Wir haben kein Recht mehr als fünf Bücher zu besitzen, und mehrmals würde mir verweigert dass man mir die Bücher hereinbringt.
Ich will jetzt nicht ausführlich aufklären, denn sogar in groben Schritte hätte ich genug Stoff um ein unendliches Buch zu schreiben.
Fast den ganzen Tag in der Zelle eingesperrt, jede Stunde Kontrolle-sogar in der Nacht, man lässt dich nicht in Ruhe schlafen. Zellendurchsuchungen während unserer Abwesenheit, wo private Dinge "verschwinden", wenn es uns erlaubt ist private Korrespondenz mit dem Anwalt zu besprechen.
Verhältnisse ohne Sinn, je nach Stimmung der arbeitenden Gefängniswärterinnen.
Nahrung von schlechter Qualität die nach der schlimmsten Art zubereitet wird. Einen sehr schlechten medizinischen Dienst. Der grosse Gefängnisbusiness mit der Kantine...usw. Obwohl ich aus eigener Erfahrung schreibe, ist die Lage von Manuela Ontanilla die gleiche. Wir sind noch immer grundlos, durch richterlichen Entschluss, voneinander isoliert. Wir haben uns aber einmal in einem Hochsicherheitstrakt wiedergefunden: wir beide hatten uns geweigert uns durchsuchen zu lassen.
Das Gefängnis zielt ab den Gefangenen zu isolieren, zu zerstören und ihn von seinen Ueberzeugungen abzubringen. Aber mit uns haben sie sich geirrt: sie werden uns nicht unterwerfen, sie werden ihre Ziele nicht erreichen. Denn was sie vielleicht nicht wissen ist, dass von unserem Standpunkt aus, jeder Kampf und Widerstand ein Sieg ist. Von dem Moment an wo wir uns entscheiden, nämlich kämpfend zu leben, schreiten wir voran. Mit dieser Ueberzeugung wird man nie gelingen unser Lächeln zu brechen, unser Vertrauen in die Arbeiter-, und Volkssache und in uns selber zu brechen. Mit kämpfenden Grüssen.
Wir werden siegen.

Fleury Mérogis. Den 2. April 1986
MILAGROS CABALLERO CARBONNEL
politische Gefangene der GRAPO

Manuela Ortanilla & Milagros Caballero seit 3 Oktober im Hungerstreik

an alle organizationen für solidarität mit den politischen gefangenen.
an alle demokratischen und revolutionären organizationen.

der gesundheitszustand unserer genossen manuela ortanilla und milagros caballero, die seit 3 oktober im hungerstreik sind, hat sich erheblich verschlechtert. am 15 oktober wurden sie aus dem gefängnis von fleury-mérogis in verschiedene krankenhäuser überführt. infolge der verbrecherischen umstände der isolationshaft, sowie der hochspannung an deren sie seit ihrer verhaftung unterworfen waren, war der gesundheitszustand von sowohl manuela als milagros schon ernsthaft untergraben. besonders schlecht ist der gesundheitszustand von milagros, die ein herzleiden hat. dies lässt uns befürchten dass die unerschütterlichkeit und die faschistische politik der französische regierung (ihr den tod in werden jagen) ihren tod zufolge haben werden. wenn wir nicht schnell eine front gegenüber ihr machen um mit allen verfügbaren mitteln zu verhindern dass sie einen mord begeht sowie auch die spanische regierung in der vergangenheit an unseren genossen crespo galende 'kepa', oder wie der westdeutsche und englische regierung das getan haben.
manuela und milagros brauchen unsere grösstmöglichen unterstützung mit der grösstmöglichen eile!!
darum fordern wir alle revolutionären und europaischen arbeiter und alle anti-faschistischen und demokratischen kollektiven auf sich so schnell wie möglich zu mobilisieren für solidarität und gegen die repression und isolationshaft an der unsere genossen und alle anderen politischen gefangenen in den französischen gefangnissen unterworfen sind.
wir forden auf, diese solidaritätskampagne zu intensivieren und alle mitteln einzusetzen, vom demonstrieren für dem gefängnis oder für instanzen die mit der verurteilung im zusammenhang stehen, bis zum mittel der presse und dem radio.
die rehabilitation von manuela und milagros ist die rehabilitation aller politischen gefangenen in frankreich oder in europa: ihr kampf für menschwürdigen lebensverhältnisse in dem gefängnis ist der kampf von allen: und ihr sieg wird gleichzeitig ein sieg für allen sein, nicht nur der politischen gefangenen sondern auch das ganzen europaischen volkswiderstands.
lasst usn unsere unterstützung am kampf von manuela und milagros intensivieren!
lasst uns verhindern dass die französische regierung diese beiden kommunisten mittels den hungertod ermordet!
die verbesserung der lebensverhältnisse der revolutionären politischen gefangenen ist abhängig von unserem kampf!

Eine ehemalige ETA-Kämpferin, die nicht mehr mitmachen wollte, wurde von den alten Genossen ermordet.

taz MITTWOCH, 5.11.86

Johannes Winter

Die Urteilsbegründung war seit Monaten im Dorf bekannt. Wortkarg lautete sie, an die Hauswände gesprüht, mal „Verräterin“, mal „Spitzel“. Einspruch hatte jemand erhoben, den „Spitzel“ durchgestrichen und „Keine Lügen!“ daruntergeschrieben.

Auch der Name der Verurteilten hatte nicht gefehlt; „Yoyes“ war zu lesen, bis jemand, ob aus Zorn oder Mitleid, mit der Sprühdose eingriff.

Lokaltermin 1: Hinrichtung

Doch alle im Dorf wußten, wer und was gemeint war. Man wartete sozusagen auf die Vollstrekkung. Dem verschwiegenen Streit an den Hauswänden lag ein Schuldspruch à la ETA zugrunde. Ein Todesurteil.

Ort der Handlung: Ordizia, neuntausend Einwohner, 40 km südlich von San Sebastian im Goiherri, dem schwarzwaldähnlichen Hochland von Euzkadi gelegen, wie jedes baskische Dorf voll der Parolen, mit drei Vertretern von Herri Batasuna (der ETA nahestehend) im Gemeinderat und einer für baskische Verhältnisse ortsüblichen Anzahl von Attentaten: zwei Spitzel und drei Guardia Civil-Polizisten; jüngste Aktion ist der Abschuß einer Panzerfaust gegen die Kaserne der Guardia Civil am Dorfrand gewesen. Am 10. September — das größte Fest des Jahres geht über die Bühne, und „Yoyes“ ist mit ihrem Dreijährigen, aus San Sebastian kommend, zu Besuch bei Eltern und Geschwistern — stehen auf dem Festprogramm von Ordizia eine Ausstellung landwirtschaftlicher Geräte und eine Partie Pelota (baskischer Nationalsport). Viel Volk flaniert durch Gassen und über Plätze. Es ist Spätnachmittag. Ein Traktor weckt das Interesse des Kindes. Während die Frau es auf den Sitz hebt, tritt ein Mann neben sie und schießt ihr aus nächster Nähe in die Schläfe. Sie stürzt zu Boden und wird noch zweimal von Pistolenschüssen getroffen.

Der Mörder verschwindet in der Menschenmenge. Wie im Baskenland üblich, hat ihn niemand gesehen, geschweige denn seine Komplizen, die zehn Meter weiter im Auto warteten.

Die Pelota-Partie wird für eine Gedenkminute unterbrochen. Am Abend beschließt der Gemeinderat, das Dorffest abzubrechen. Sämtliche Kneipenwirte schließen sich an.

Mit der Ermordung von „Yoyes“ kommt die ETA in Ordizia, im Kampf um die Befreiung des Baskenlandes, auf sechs getötete Feinde.

Am Tag nach der Tat „übernimmt die sozialistische, revolutionäre, baskische Befreiungsorganisation ETA die Verantwortung für die Hinrichtung der Maria Dolores Gonzáles Katarín, der Kollaborateurin mit den repressiven Vorhaben des unterdrückerischen spanischen Staates, der Verräterin am Prozeß der nationalen Befreiung, die das baskische Arbeitervolk vollenden wird“.

Aber „Yoyes“ habe eine hohe Funktion innerhalb einer militärischen Struktur innegehabt. Deshalb sei ihre Entscheidung zurückzukehren, keine individuelle gewesen. Insofern habe sie im politischen Sinne Verrat begangen, weil sie mit der spanischen Regierung verhandelte. Ich vermute, es müsse sich hier um Verrat im höheren Sinne handeln, denn ausgepackt oder ausgeplaudert habe die Rückkehrerin keine Silbe. Verrat also, wie er vor längerer Zeit, z.B. im Mittelalter, als Felonie (Bruch der Lehnstreue) gewertet und geahndet wurde. Keineswegs aber Verrat, wie er neuerdings staatlicherseits von den italienischen „pentiti“, den gekauften Kronzeugen, erpreßt wird. Die Frau, so geben mir Eva Forest und Begona Garméndia zu verstehen, habe als ehemalige Führungskraft kein Recht zur individuellen Entscheidung mehr gehabt — was Euzkadi angehe. Anderswo zu leben, davon habe sie niemand abhalten können und wollen. Hier aber, wo der bewaffnete Kampf weitergehe, sei sie ein Sicherheitsrisiko gewesen.

ETA contra Franco

Als Geburtsdatum gibt die Organisation den 31. Juli 1959 an, und sie fügt gern, weil vom gleichen Jahrgang, die kubanische Revolution als fernes Vorbild bei.

Die erste Generation von ETA (zu deutsch: Baskenland und Freiheit), zu Beginn der sechziger Jahre, trägt im Euzkadi den Titel „die, die die Wände bemalen“, mit Parolen nämlich,; sie nimmt sich der verbotenen Basken-Fahne, der ikurrina, an und stellt Öffentlichkeit für sie her, was damals lebensgefährlich ist, zumindest Verhaftung und Folter mit sich bringen kann.

Geldbeschaffungs- und Sabotageaktionen finden statt, Debatten über das Verhältnis zum Proletariat, Zerstörung von francistischen Denkmälern, gefolgt von Verhaftungen und Folter. ETA wird, mittels der Medien, berühmt, und Ende der sechziger Jahre, während die Studentenrevolte allüberall ausbricht, wird der erste Polizist erschossen. Die Polizei tötet ihrerseits den Schützen, dessen Begleiter wird zum Tod verurteilt, aber nach mächtigen Protesten begnadigt, es folgt ein Attentat auf den berüchtigtsten Folterer von Euzkadi. Die Spirale „Aktion-Repression-Aktion“, ein Konzept von ETA, dreht sich, bis der Ausnahmezustand folgt und die Organisation nahezu zerschlagen wird: durch Knast, Folter, Tod und Exil, auf dem Höhepunkt ihrer Popularität. Europaweit greift die Solidarität um sich, als Ende 1970 die Urteile im Burgos-Prozeß gegen sechzehn ETA-Leute verkündet werden: neunmal die Todesstrafe und fünfhundert Jahre Knast.

ETA schreitet zur ersten Entführung — es ist der deutsche Konsul Beihl in San Sebastian, der alsbald freigelassen wird. Was dieser Aktion folgt, ist die erste Spaltung.

Man numeriert sich (ETA 5 und ETA 6), nennt sich gegenseitig „Verräter“ und streitet um die Legitimität der Entführung. Fraktion Nr. 5 verlegt sich künftig ausschließlich aufs Militärische; Fraktion Nr. 6, dieses nicht ausschließend, verweist auf den Primat der Politik, gemäß den Lehren des Marxismus-Leninismus. Eine neue Generation tritt an.

Der bewaffnete Kampf gilt ihr als „Hilfe und Zusatz zum Massenkampf", z.B. bei Streiks, indem Industrielle wegen Entlassungen entführt werden. Über hundert Kommando-Aktionen in den frühen Siebzigern gegen das, was als „spanisch" identifizierbar ist, bilden eine stattliche Liste: Attentate auf Guardia Civil und Polizei; Überfälle auf „spanische" Boutiquen, Läden, Kneipen oder „Kollaborateure" wie das Fernsehen.

Die Ordnungskräfte des Zentralstaates erschießen, während ihr oberster Führer Franco zunehmend vergreist, junge Leute, die die baskische Hymne auf der Straße singen oder die vor einer Guardia Civil-Kaserne baskisch sprechen.

ETA hinwiederum stellt mörderische Fallen, indem sie die verbotene Basken-Fahne aufhängt und mit Bomben drapiert.

Der Logik „ein toter Etarra ist besser als ein gefangener" stand gegenüber die Logik, „egal ob General oder Wachtmeister, Hauptsache spanisch". Haß wuchs bei den Einheimischen. Angst verbreitete sich bei den „fremden Truppen".

Die Jahre mit „Yoyes"

Ein ehemaliger Benediktiner-Mönch rückt zu Beginn der siebziger Jahre in die Führungsspitze von ETA. Txikia lautet sein Guerilla-Pseudonym, „Musketier" nennen ihn andere. Txikia habe, schreibt der Journalist Gregorio Morán, ETA bis heute geprägt: Führer sei, wer eine Pistole habe und sie benutze; Führer sei, wer als erster kämpfe; Führer sei nicht, wer debattiere.

Für letzteres, die politische Orientierung, steht Pertur, ein ehemaliger Jesuiten-Zögling, der nach seinem Eintritt in die Guerilla zum Sprecher der sog. Kultur-Front avanciert (sein Kriegsname stammt übrigens aus dem weniger geheimnisvollen Wort „Perturbador", was dem deutschen „Unruhestifter" entspricht). Pertur ist es auch, der mit seiner Kritik an Txikia's Militär-Front heftige interne Debatten auslöst. Doch er wird überstimmt. Zum Führungs-Quartett (Exekutiv-Komitee) von ETA gehören außerdem Ezkerra („der Linke") und Argala, zwei junge Männer, deren Verhältnis zueinander mit feindselig gelinde beschrieben ist. Doch Txikia, die größte Autorität innerhalb der Viererbande, wird im Frühjahr 1973 von der Polizei gejagt und erschossen; die Entführung eines Industriellen bzw. dessen Freilassung gegen ein Lösegeld von fünfzig Millionen Peseten (zu diesem Zeitpunkt rund eine Million Mark) waren gerade über die Bühne gegangen.

Während die Polizei reihenweise Verhaftungen vornimmt, sammelt sich im Goiherri, dem baskischen Hoch- und Hinterland, die nächste ETA-Generation. Argala, auch er ein Mann mit aktiver katholischer Vergangenheit, er war Mitglied der „Legion Maria", Argala also vermittelt jungen Leuten aus den Dörfern des Goiherri den Weg in die Guerilla, unter ihnen der neunzehnjährigen Maria Dolores Gonzáles Katarain aus Ordizia, genannt „Yoyes".

Am Ende dieses Jahres, 1973, gelingt ETA mit dem Attentat auf Carrero Blanco, den designierten Franco-Nachfolger, ein klassischer Tyrannen-Mord. Beteiligt an dieser Aktion, für die ETA 5 verantwortlich zeichnet, ist auch „Yoyes", die daraufhin zur Chef-Etage gelangt. Wie viele ihrer Vorgänger bzw. Nachfolger muß sie — die einzige Frau, die je der ETA-Spitze angehörte — ins nahe Exil nach Süd-Frankreich, das für patriotische Basken Nord-Euzkadi ist, die Etappe hinter der Front, von der aus der Kampf geführt wird. Zwar schafft ETA mit ihrer „Operation Menschenfresser" endgültig den Aufstieg in die Internationale Liga der Befreiungsbewegungen, doch der Mord an Carrero Blanco, zugleich eine Rache für Txikia, verschärft die internen Auseinandersetzungen aufs tiefste. Knapp ein Jahr später folgt die nächste Spaltung.

Vorausgegangen war ihr die Bombe auf das Café Rolando in Madrid, einem angeblichen Zentrum der Guardia Civil, mit dem Ergebnis von zwölf Toten und über achtzig Verletzten, darunter kein einziger von der Guardia Civil.

Unter den Gefangenen, die im Baskenland massenweise gemacht werden, befindet sich auch die Schriftstellerin Eva Forest, deren Haft-Erfahrungen hierzulande durch ihr „Tagebuch und Briefe aus einem spanischen Gefängnis" bekannt werden. Nach der Spaltung setzen ETA-m (militar) und ETA-pm (politico-militar) den Kampf gegen Spanien und für ein autonomes Euzkadi fort.

Die personelle Konstellation innerhalb der ETA-Führung stellt sich nach herben Querelen so dar: Pertur, der über das politische Verhältnis von Masse und Waffe reflektiert, schließt sich den lt. Volksmund „Poli-Milis" von ETA-pm (politico-militar) an, ebenso Ezkerra; folgerichtig schlägt sich dessen Erzfeind Argala, obwohl auch er theoretischen Debatten nicht abgeneigt ist, auf die Seite der „Milis" von ETA-militar, wo die Kritik der Waffe dominiert.

„Yoyes", die einzige Frau in der Guerilla-Führung, entscheidet sich mit Argala für die „Milis" von ETA-m.

Von diesem Zeitpunkt an wird der Krieg zwischen den beiden Befreiungsorganisationen einerseits und den spanischen Repressionskräften von Polizei und Guardia Civil zugespitzt.

Guardia Civil und Polizei lassen ihre Opfer verbluten und werfen sie auf den Friedhof oder foltern sie sadistisch, in ihren Kasernen kommt es zu „Selbstmorden".

Der Grad von Haß und Gewalt, verstärkt durch den Ausnahmezustand, erscheint wie eine Fortsetzung der blutigen vierziger Jahre. ETA-pm stellt Spezialkommandos auf. Die Gegenseite antwortet mit der ATE, das sind Polizisten in Zivil alias Todesschwadrone. Noch kurz vor Francos Tod, der im Dezember 1975 im Bett stirbt, für nicht wenige Linke in Spanien traumatisch, werden zwei Basken, die zum Tod verurteilt sind, hingerichtet.

Als die ATE dazu übergeht, auch Pfarrhäuser zu beschießen, den Bischof von Bilbao zu bedrohen und eine Kirche anzuzünden, weil auch dort Solidarität mit ETA praktiziert wird, erhält der Kampf vollends biblische Züge, denn die Guerilla ihrerseits — Auge um Auge, Zahn und Zahn — läßt, mittels Autobomben, Polizisten auch mit Frau und Kind sterben.

1975, im Todesjahr Francos, werden im Baskenland 4.600 Leute verhaftet, 600 Gefangene werden zu 3.500 Jahren Haft verurteilt.

Im Jahr darauf schlägt die Art des Kampfes gegen den spanischen Feind auf die internen Differenzen von ETA-pm zurück. Nach Entführung und Ermordung eines Industriellen äußert Pertur aus der Führung von ETA-pm scharfe Kritik an der Aktion, die von einem Spezialkommando seiner Organisation verantwortet wird.

Pertur wird daraufhin von seinen eigenen Leuten für einige Tage entführt. In dem Text, den er daraufhin verfaßt, heißt es:

„Diese Bestien haben ein Klima in der Organisation geschaffen, das ETA verändert hat, von einem Kollektiv von Revolutionären zu einem Polizeistaat, in dem jeder dem anderen mißtraut. Es gelingt mir nicht, dieser grauenhaften Dynamik von Verschwörungen, Verdächtigungen und Lügen zu entkommen. Es ist die Lüge, die anstrebt, die politischen Feinde auszuschalten, nicht mittels Diskussion, sondern mit schmutzigen Machenschaften im Namen von „Disziplin" und „Sicherheit", womit Diskussion und politische Kriterien niemals ersetzt werden dürfen."

Kurz darauf, Pertur trifft sich in Südfrankreich mit zwei ETA-Spezialkommando-Chefs namens Apala und Artapalo, ist er verschwunden. Seine Mörder bleiben unbekannt.

Apala und Artapalo — die beiden, die als Letzte mit Pertur vor seinem Tod zusammen waren — wechseln die Organisation, von den Spezialkommandos der ETA-pm zur ETA-m.

Ende 1978 fällt mit Argala aus der Führung von ETA-m wieder ein Mitglied der alten Garde durch eine Autobombe der Todesschwadron ATE zum Opfer.

„Yoyes" wird, kaum daß sie die Nachfolge von Argala angetreten hat, von der französischen Polizei verhaftet und in das Dorf Tingers in der oberen Provence verbannt. Dort, fernab der baskischen Guerilla-Front, zieht sie aus dem Tod ihres politischen Vertrauten Argala sowie dem Übertritt der beiden Kommando-Führer von der Pistolero-Fraktion die Erkenntnis: der Bruch mit der Guerilla ist notwendig.

Nach sechs Jahren verließ sie die Organisation und ging 1979 nach Mexiko ins Exil.

Euzkadi und die Demokratie

Der bewaffnete Kampf um Auto-

nomie und Souveränität geht wie der politisch-parlamentarische weiter. Zwar wird Spanien eine demokratische Republik, zuvor erhält Baskenland eigene Rechte, die im „Statut von Gernika" niedergelegt sind. Doch da die spanische Verfassung allemal das baskische Statut bevormundet, gilt diese als Unterdrückungsinstrument.

Dazu kommt das in Europa einmalige Antiterror-Gesetz: zehn Tage U-Haft unter Kontaktsperre sind darin ebenso sanktioniert wie Strafverfolgung wegen Verleumdung und Sympathisantentum, falls es jemandem einfallen sollte, eine Anzeige wegen Folter ohne beweisbaren Folterer einzureichen.

Es mag sein, daß die Folter-Praxis selbst intern nicht mehr nur auf Zustimmung stößt. Im Herbst 1986 hat jedenfalls ein ehemaliger Guardia Civil-Angehöriger ausgepackt und einer Illustrierten über die Praktiken seiner Kumpane erzählt, von Entführung, Folter und Mord, die er selbst, abgestellt an eine Todesschwadron namens GAL, an ETA-Leuten in Südfrankreich durchgeführt habe.

1982, legten die „Poli-Milis" von ETA-politico-militar (pm) die Waffen aus der Hand und traten „Euzkadiko Ezkerra" (EE) bei, der Partei „Baskische Linke".

Zuvor schon hatte sich, ideologisch und praktisch eher verwandt mit ETA-militar (m), die den bewaffneten Kampf bis heute fortsetzt, das Bündnis „Herri Batasuna" (HB - „Volkseinheit") gegründet. Der Schritt von ETA-pm aus der Illegalität, aus Knast oder aus dem Exil in die Legalität von Parteiarbeit oder Privatleben wurde auf dem Verhandlungsweg zwischen Guerilla und Regierung erreicht. Das Konzept der Madrider Politik heißt „Wiedereingliederung". Bis heute sollen etwa einhundertfünfzig Ex-Guerrilleros und -Guerrilleras davon Gebrauch gemacht haben. Von ETA-m entschieden bekämpft — 1984 wurde das Ex-Mitglied Mikel Solaun von einem ETA-Kommando als „Verräter" hingerichtet — und als „Gnadenerlaß" bzw. „Unterwerfung" gebrandmarkt, läßt sich Madrids Maßnahme in der Tat auch als Teil einer Doppelstrategie gegen den Terrorismus von ETA-m deuten. Der andere Teil, die Peitsche sozusagen, mit der die PSOE-Regierung agiert bzw. agieren läßt, besteht im Gegenterror, wie ihn die aus Zivilpolizisten rekrutierte GAL ausübt; diese Truppe hat in drei Jahren in Süd-Frankreich 25 ETA-Leute umgebracht.

Wirklich in die Enge getrieben aber sieht sich ETA-m erst, seit in diesem Frühjahr Frankreichs Rechte mit Chirac an der Regierungsspitze angefangen hat, die Kader der Guerilla, die in Südfrankreich leben, entweder an Spanien auszuliefern oder nach Afrika abzuschieben.

Während sich in diesem Sommer Millionen von Touristen an Spaniens Stränden aalten, hatte ETA-m gegen diese spanisch-französische Kollaboration in Madrid auf ihre Weise zugeschlagen: einmal mit einer Bombe, der dreizehn Guardia Civil-Angehörige zum Opfer fielen, das andere Mal mit einem Raketenwerfer gegen das Verteidigungsministerium. Unmittelbare Folge: Der einzige ETA-Führer, der innerhalb der Pistolero-Fraktion intellektuell in der Lage gewesen war, mit der Politik der Wiedereingliederung per Verhandlung etwas anzufangen, wurde Anfang August nach Algerien ausgewiesen. Sein „nom de guerre" lautet Txomin. Er galt als der Letzte aus der alten ETA-Garde.

Txomin war es auch, der der ehemaligen Kampfgenossin „Yoyes" garantiert hatte, ihren Willen zur Rückkehr — im Staatsjargon „Wiedereingliederung" — werde ETA-m respektieren.

Die Aussteigerin hatte in Mexiko, wo sie sechs Jahre im Exil lebte, Soziologie studiert, mit einer Promotion über die Kindergärten von Mexico-City abgeschlossen, einen Uni-Job angenommen, geheiratet und ein Kind bekommen.

Im Oktober 1985 kehrte sie zurück, nicht nach Paris, wie ursprünglich geplant, sondern nach Hause, nach San Sebastian, des Kindes und des Ehemannes wegen.

Kaum hatte sich die Ankunft der prominentesten Aussteigerin herumgesprochen, da reagierte die Verlassene heftig: die Hauswände in den Dörfern des baskischen Hochlandes waren übersät mit ETA-Parolen gegen die „Verräterin", gegen den „Spitzel", gegen den „Feigling".

Zur Sensation aber wurde sie erst „gemacht" von den Medien.

'Cambio 16', der spanische SPIEGEL, verfuhr mit der von ihm zur bis dahin „meistgesuchtesten Terroristin des Landes" gekürten Aussteigerin gnadenlos; so gnadenlos wie der Torero in der Arena: elf Monate später war sie tot, erschossen von ihren ehemaligen Waffenbrüdern.

Kein Foto hatte sich auf der Titelseite befunden, sondern das Portrait einer Frau in kräftigen Pinselfarben, gleichsam als Wandbild, versehen mit Name und Anklage aus der Sprühdose („Yoyes Spitzel"), mit dem Firmenstempel (ETA) und garniert, in Höhe der Kehle, mit dicken Blutspritzern.

Daß die Aussteigerin dennoch elf Monate lang ungeschoren blieb und erst (vier Wochen) nach der Abschiebung ihres ETA-Beschützers Txomin erschossen wurde, ist auch das Ergebnis französischer Innenpolitik bzw. spanischer Kollaboration

Der Verantwortliche für die Hinrichtung, Txomins Nachfolger, sei, so heißt es, Artapalo. Er war bei ETA-m eingestiegen, als „Yoyes" ausstieg, und stammt wie sie aus Ordizia, dem Ort des Mordes.

Bewältigungen

Anfang Oktober in (baskisch) Donostia alias San Sebastian: Rod Stewart startet im Radstadion seine Europa-Tournee; die baskischen Meisterschaften im Baumsägen gehen über die Bühne; über hunderttausend Leute volkswandern für die Einrichtung der ikastola, der Basken-Schule.

In Euzkadi hat der Vorwahlkampf für die baskischen Parlamentswahlen begonnen. Hauptthema sind Verhandlungen, Verhandlungen zwischen ETA und der Madrider Regierung. Der Fememord dient als Munition von eher kleinem Kaliber. Auch innerhalb der radikalen Linken. Da ist Herri Batasuna (HB), der ETA-m nahestehend, mit bislang 13 % Wählerstimmen. Und da ist Euskadiko Ezkerra (EE), aus der aufgelösten ETA-pm bestehend, mit bislang 9 %. HB und EE bekämpfen sich.

Abgesehen vom in aller Welt praktizierten Wettstreit um die wahre, die authentische Linie, der in Euzkadi tobt zwischen den „abertzales", den echten Patrioten von HB und den „espanolistas", den Reformisten von EE, abgesehen davon ist der springende Punkt, auf den sich meine Gespräche hinbewegen, nicht die Gewalt oder der bewaffnete Kampf, sondern — im Fall des Attentats gegen die Aussteigerin — die militärische Logik.

Es ist eine Logik, die zwar ohne Moral auskommt, nicht aber ohne Feind.

Ich sitze der Schriftstellerin Eva Forest gegenüber, die die Folter-Praxis in spanischen Gefängnissen am eigenen Leib erlitten hat.

Ich spreche mit der Rechtsanwältin Begona Garméndia, die Frauen verteidigt, Drogenabhängige und ETA-Leute. Beide waren befreundet mit Maria Dolores Gonzales Katarain.

Die Rechtsanwältin sagt, sie habe über die Todesnachricht „fürchterlich geweint", denn die Aussteigerin sei ihre politische Lehrerin gewesen. Eva Forest nennt sie „sensibel und intelligent".

Aber „Yoyes" habe eine hohe Funktion innerhalb einer militärischen Struktur innegehabt. Deshalb sei ihre Entscheidung zurückzukehren, keine individuelle gewesen. Insofern habe sie im politischen Sinne Verrat begangen, weil sie mit der spanischen Regierung verhandelte. Ich vermute, es müsse sich hier um Verrat im höheren Sinne handeln, denn ausgepackt oder ausgeplaudert habe die Rückkehrerin keine Silbe. Verrat also, wie er vor längerer Zeit, z.B. im Mittelalter, als Felonie (Bruch der Lehnstreue) gewertet und geahndet wurde. Keineswegs aber Verrat, wie er neuerdings staatlicherseits von den italienischen „pentiti", den gekauften Kronzeugen, erpreßt wird. Die Frau, so geben mir Eva Forest und Begona Garméndia zu verstehen, habe als ehemalige Führungskraft kein Recht zur individuellen Entscheidung mehr gehabt — was Euzkadi angehe. Anderswo zu leben, davon habe sie niemand abhalten können und wollen. Hier aber, wo der bewaffnete Kampf weiter-

gehe, sei sie ein Sicherheitsrisiko gewesen.

Warum aber habe ETA-m dieses „Sicherheitsrisiko" immerhin elf Monate lang ungeschoren in Euzkadi leben lassen? Die ETA-Leute, sagt die Rechtsanwältin, seien auch Menschen; die hätten das eigentlich gar nicht gewollt.

Habe „Yoyes" also, gemäß der militärischen Logik, im Grunde Selbstmord begangen?

Nein, sagt Begona Garméndia, sie sei Opfer ihrer Verblendung geworden.

Da die Begrifflichkeit sich ins Aberwitzige zu verlieren droht, komme ich auf die Verwischung der Differenz zwischen ETA und Polizei zu sprechen.

Das, sagt Eva Forest, sei Ausdruck meiner importierten Scheuklappen. Jemand anderes hätte mir „einen Tritt gegeben" und mich „rausgeschmissen".

Doch auch mitten in San Sebastian, an der Plaza Guipúzkoa, wo Herri Batasuna (HB) und Euskadiko Ezkerra (EE) Nachbarn sind, erlebe ich nur verbale Scharmützel. Ramón Penagaricano, der Auslandssprecher von EE, diagnostiziert eine Sackgasse, in der ETA-m sich befinde, militärisch, politisch und finanziell.

Viele ETA-Leute, sei es im Knast, sei es im Exil, hätten die Nase voll, wollten aussteigen und zurückkehren; die Wiedereingliederung sei wie eine Welle. Die zu stoppen, habe ETA-m Yoyes ermordet. Eine Nazitat sei das.

Auch mit der Revolutionssteuer, die jahrelang bei liberalen Ärzten, bei Firmen und Banken erpreßt worden sei à la Mafia, gebe es Probleme. Dies alles nennt Patxi, ein paar Häuser weiter im Parteibüro von Herri Batasuna, eine „schmutzige Kampagne".

Lokaltermin 2: Abrechnungen

Patxi äußert sich quasi als Pressesprecher von ETA-m, nimmt die Aussteigerin ohne Umschweife als „Verräterin" in die Schußlinie und fügt historische Vergleiche an. Habe es nicht neulich in Hamburg auch eine Aktion gegen einen Verräter gegeben, unter den Kurden? Und sei „Yoyes" nicht vom selben Kaliber wie Eden Pastora, der fahnenflüchtige Sandinist?

Nichts habe sich im übrigen in Spanien seit Franco geändert! In der Spitze des Militärs hätten noch immer die das Sagen, die damals mithilfe der Nazis von der Legion Condor an die Macht kamen. In der Regierung treibe heute dieselbe PSOE ihre Politik, die eine „Tochter der Realpolitik der SPD" sei.

Dagegen sei ETA-m eine „Verteidigungsbewegung", sie sei die „wahre Polizei" aller Basken, gegen Drogenhändler und den Kapitalismus.

Auf solch stalinesker Analyse fußend, stellt Patxi schließlich die Nachbarn von Euskadiko Ezkerra in die Kapitulantenecke.

Was ist „die Wahrheit", frage ich mich, was ist Wahlkampf, was ist Alltag?

An der Hauswand neben dem Eingang zur Kanzlei steht noch immer das Wort 'Verräterin' zu lesen.

Rechtsanwalt Kepa Korta kann offensichtlich damit leben. In seinem Büro werden Unterschriften gesammelt. Hier trifft sich das Komitee 'Mit Yoyes für die Freiheit', um mit einem Volksfest die Ermordete zu ehren und gegen die Mörder zu protestieren. Nebenan im Rathaus von Ordizia liegen ebenfalls Listen zur Unterschrift aus. Leute, so vermute ich, tragen sich hier ein, die als Augenzeugen „nichts gesehen" hatten. Die Vertreter von Herri Batasuna, sagt der Anwalt, hätten sich im Gemeinderat mit Händen und Füßen gegen die Homage gewehrt, weil die Veranstaltung von Euskadiko Ezkerra propagandistisch ausgeschlachtet werde.

Ein paar Gassen weiter betrete ich den Kolonialwarenladen González Kataraín. Würste und Knoblauchzöpfe hängen von der Decke. Im Dunkeln hinter der Theke sitzt ein alter Mann und sortiert Linsen, neben ihm ein Mädchen, — der Vater der Ermordeten und ihre Schwester Ana, die jüngste von acht Geschwistern. Mit Maria Asunción, hatte Eva Forest mir geraten, solle ich sprechen, mit der Ältesten. „Nein", sagt der Alte, „die Familie redet nicht." Aber, sagt Ana, wenn ich meine Tel.-Nummer daließe, würde Asun(-ción), die in der Fabrik arbeite, vielleicht zurückrufen.

Der Rechtsanwalt hatte mir einen Überblick gegeben, wie die politischen Fraktionen in der Familie González Kataraín beschaffen sind: der Vater, ein Kastilier, sei ein alter Francist; Asun und José Luis, die noch zwei Stunden vor dem Mord an ihrer Schwester im Dorf für die Amnestie politischer Gefangener demonstriert hätten, seien Mitglieder bei Herri Batasuna, José Luis gar einer der drei Gemeindevertreter von HB, welches Amt er aber jetzt aus Protest niedergelegt habe; Yoyes, bei ihrem Tod 32 Jahre alt, die Zweitälteste, sei wie José Luis und Isa bei ETA-m aktiv gewesen; Isa sei unter der Folter in einem spanischen Gefängnis auf einem Ohr taub geworden; Angel und Luis Ignacio seien eher Anarchos; Ana, die Jüngste, noch unentschieden. Über die baskische Mutter erfahre ich nichts. Jede Fraktion der Familie, sagt Rechtsanwalt Korta, habe ein eigenes Komuniqué veröffentlicht. Vorausgegangen war eine Erklärung der Eltern, in der es, an die „Erbärmlichen" von ETA gewandt, heißt: „Wenn eine ursprünglich politische Organisation mit einer solchen Tat beweist, daß sie sich in eine Bande von blutrünstigen Rächern verwandelt hat, dann muß man schon verrückt sein, um ihr Verbrechen zur Sache des Volkes zu machen."

Yoyes' Ziel in Mexiko sei es gewesen, „ihr Leben zu verändern". So habe sie es abgelehnt, ihre Wohnung dort als ETA-Stützpunkt herzugeben; sie habe sich auch nicht wie die anderen als Flüchtling, sondern als Studentin registrieren lassen. Sie habe sich nicht mehr als ETA-Mitglied gefühlt. Die Organisation habe hingegen hartnäckig daran festgehalten. Kontaktgespräche, die sie unmittelbar vor der Rückkehr im Oktober 1985 in Südfrankreich mit einem hohen ETA-Führer (Txomin) gehabt habe, seien mit der gegenseitigen Versicherung von politischer Abstinenz bzw. einer Schutzgarantie beschlossen worden.

Nach einigen Monaten in Euzkadi habe sie von Attentatsvorbereitungen erfahren, ihnen aber keinen Glauben geschenkt.

Die Geschwister Asun und José Luis nennen den Mord zwar eine „Racheaktion". Was Yoyes mit ihrer Rückkehr nicht erreicht habe, das habe ETA mit ihrem Mord geschafft: „Diese verwerfliche Tat schadet uns auf unserem Weg zu Unabhängigkeit und Sozialismus". Gleichwohl schwingt, wenn die beiden den Weg ihrer Schwester in die Wiedereingliederung verdammen, die Sprachregelung, d. h. der offizielle Herri Batasuna-Tonfall unverfälscht mit. Denn auch sie vollziehen die Gleichsetzung von Madrid und Canossa, von Kritik und Bußfertigkeit. Im Kern deuten die beiden den Mord als taktischen Fehler, eine Position, die innerhalb von Herri Batasuna das Gewagteste ist, was an Kritik öffentlich geäußert wird.

Luis Ignacio hat seine Erklärung, sechs Seiten stark, eigenhändig in den Kneipen von Ordizia verteilt. Weitschweifig macht er sich darin ketzerische Gedanken über den Individualismus seiner Schwester („Niemand hat ein Recht über mich außer mir"), über das Tabu-Thema Wiedereingliederung innerhalb von Herri Batasuna/ETA-m, über Ähnlichkeiten mit der Sizilianischen Mafia. Klartext redet er in einer scharfen Attacke gegen 'EGIN', „unsere Zeitung!" (Anm.: Herri Batasuna/ETA-m nahestehende Tageszeitung). Auf eine große Debatte habe er gehofft, Erklärungen an die Redaktion geschickt — nichts bzw. nur Verstümmeltes und Kommentiertes. „Die Redaktion von 'EGIN' ist eine Diktatur. Meine Herren, so funktioniert unsere geliebte und demokratische Zeitung. Was sie nicht interessiert, ist eine Debatte, in der sie alles zu verlieren hat. Die Nazis haben es nicht besser gemacht."

Luis Ignacio, der, anders als seine beiden Geschwister Asun und José Luis, jede Form von Parteiräson überwindend, auch aus der ETA-Logik ausbricht, sagt zum Schluß: „Ich habe es vorgezogen, über 'fast' Unmögliches zu sprechen, denn das Mögliche ist nur zu bekannt." — Im Zug zurück nach San Sebastian, durch das Tal des Orio, der, einem Abflußkanal ähnlich, in Euzkadi als der schmutzigste Fluß der Welt gilt, komme ich nicht los von den Motiven, die zu dieser Art der Hinrichtung geführt haben mögen. Wurde die abtrünnige Heldin des bewaffneten Kampfes — so die ETA-Logik — doppelt bestraft, zur Abschreckung für andere Ausstei-

ger? Wurde sie moralisch degradiert zur reumütigen Büßerin, im jesuitischen Sinne zur Hexe? Wurde sie physisch vernichtet durch den Vollzug der Todesstrafe, im militärischen Jargon an einer Fahnenflüchtigen?

Daß Maria Dolores González Katarain vor den Augen ihres Kindes, als Mutter umgebracht wurde, mit dem Heimatdorf als Kulisse, deutet auf das Ausmaß an Haß und Enttäuschung hin, das sie mit ihrem selbstbewußten Schritt ins zivile Leben bei ihren ehemaligen Waffenbrüdern ausgelöst haben muß. Ist sie Opfer ihres früheren Prinzips geworden?

Juanjo Dorronsoro, Studienrat an einem Gymnasium in San Sebastian und Ehemann der Ermordeten, hat 'El Pais' als öffentliche Bühne benutzt, um gegen die verbreitete Angst vor ETA-m anzuschrei(b)en. Sich an die Mörder wendend, wirft er ihnen vor: „Ihr seid mächtig, ihr habt eure Todesmaschine perfektioniert zu größerer Effizienz als die GAL, fast so wie die Gestapo." ETA-m habe seine Frau auch deshalb ermordet, „weil sie nicht einverstanden war mit dem unverschämten Druck auf die Gefangenen und auf die Flüchtlinge, damit die die Reihen geschlossen halten". Nicht zufällig sei es, daß zehn Jahre nach dem Mord an Pertur nun Yoyes — der eine als Ex-Führer von ETA-pm, die andere von ETA-m — umgebracht worden sei, mithin zwei Repräsentanten einer politischen Strategie. Die Folge sei, daß in Nord-Euzkadi (Süd-Frankreich) niemand es wage, „eure Barbarei öffentlich anzuprangern, weil sie Angst haben; aber sie haben uns Beweise ihres Schmerzes privat zukommen lassen".

In Ordizia sei ein derart repressives Klima vorhanden, daß selbst eine Fremde, eine Exil-Chilenin erschüttert den Saal verlassen haben, „wegen eures faschistischen Verhaltens". Gemeint ist die Ortsgruppe von Herri Batasuna. „Ich weiß nicht", schreibt Juanjo Dorronsoro, „was besser für Euzkadi wäre: daß ihr Selbstmord macht oder daß ihr nach Las Bardenas (Anm. d. Ü.: NATO-Übungsgelände bei Zaragoza) geht, um dort mit euren 'Parabellum' herumzuschießen. Laßt uns in Frieden."

Elie Hobeika is key in French pressure on FARL

THE GUARDIAN, November 9, 1986

FRANCE IS COUNTING on Syria and Algeria to prevent a resumption of terrorist activities on its territory. Syrian and Algerian heads of secret services, including Algeria's director of military security General Lakhal Ayad, are said to have forced the Abdallah terrorist clan to agree to suspend its activities. The latter would appear to have agreed to suspend terrorist attacks until February 1987 when Georges Ibrahim Abdallah is due to be put on trial.

If the Abdallah clan reneges on its promise, the French government is said to have planned retaliation against the FARL (Lebanese Armed Revolutionary Factions) with the help of Elie Hobeika, the former commander of the Lebanese Forces militia and an ally of Syria who now lives in Damascus.

While accusing fingers are being pointed at Syria from all sides, French Interior Minister Charles Pasqua awards Damascus a seal of respectability. "Syrian leaders are showing a great deal of goodwill towards France, and I think that from now on there will be genuine cooperation between Syrian and French services," said Pasqua in an interview published last week in the Saudi Arabian Arabic weekly Al Majalla. The minister gave an assurance that Syrian leaders "were very distressed and stunned by the accusations made against their country." The Syrian leaders, Pasqua added, are anxious "to show us by their attitude that they had no hand in this case (the series of September bomb attacks in Paris), but that they were prepared to do everything possible to help us."

At a pinch these are provocative statements to make just when London has broken off diplomatic relations with Damascus following the trial and conviction of Nezar Hindawi, who unsuccessfully attempted to blow up an El Al plane on April 17. Syrian responsibility in terrorism is likely to be pointed up once again when Nezar Hindawi's brother, Ahmed Asi, comes up for trial in West Berlin for complicity in the April 5 bombing of the La Belle discotheque.

It is also known that the perpetrators of the September bomb blasts, for whom wanted posters have been put up in France — the FARL, whose prime movers are the Abdallah brothers — are historically linked to Syria whose territorial ambitions in Lebanon they support.

The French Interior Ministry is not denying Pasqua's statements. The interview was a curtain-raiser to the four-day visit that Saudi Interior Minister Prince Nayef Ben Abdel Aziz began in Paris on October 27. As it happens, Pasqua's remarks were not off-the-cuff. They are in fact carefully weighed statements consistent with Prime Minister Jacques Chirac's options to head off further terrorist attacks.

Paris is counting on Syria. The earlier visits by French officials, especially Minister of Cooperation Michel Aurillac and DST head Bernard Gérard, to Damascus were already significant enough. What is less well known is that there have been many other contacts and a truce was recently concluded with the men who planted the bombs in Paris.

The message was this: if no terrorist attacks take place until February 1987, the trial of Georges Ibrahim Abdallah, who is held in France, could turn to his advantage. And the messengers were Syrian secret service officials and Algeria's head of military security, General Lakhal Ayad. And the threat: an agreement — a "contract" — concluded early in October in Paris with Elie Hobeika, former commander of the Lebanese Forces Christian militia, now a Syrian ally, for him to take physical retaliatory action against the FARL and the Abdallah clan if they break the truce.

Since the terrorist bomb attacks stopped on September 17, the French government has been trying to get through to the bombers that the more they persist in such attacks the less likely they are to obtain the FARL leader's release.

All the information gathered by the police points to the Akkar plain in northern Lebanon, the cradle of FARL, as the starting point of the wave of terrorist bombings. This is where the villages of Kobayat and Andakat are situated; it is here that activists of the Syrian National Social Party (SNSP), a pan-Syrian Lebanese party, are trained, and it is also here that they forged links with the Popular Front for the Liberation of Palestine headed by Dr George Habash, who is also a Christian.

Following their own investigations and after examining information they regard as "reliable", the police are convinced that Robert Ibrahim Abdallah and Salim El Khoury are among the perpetrators of the bomb attacks in Paris. On the other hand, they have more reservations about the role of Emile Abdallah: despite a number of witnesses' accounts implicating him in the Rue de Rennes bombing, they have failed to prove that

he flew back to Lebanon via Vienna and Larnaca (Cyprus). They are moreover cautious concerning the last two bomb explosions in September — at the police prefecture and the Rue de Rennes — where a different explosive was used, and responsibility for which was not explicitly claimed by the CSPPA (Committee for Solidarity with Arab Political Prisoners, the name under which the FARL carried out its terrorist campaign).

But the police have absolutely no doubt about the involvement of the network run by the Abdallah brothers (Joseph, Robert, Maurice and Emile) whose frequent trips to and from Paris, via Cyprus, until July had been proved.

But, they add, the Abdallah network acted with "a certain degree of independence". In other

By Georges Marion and Edwy Plenel

words, Syria — which has maintained a military presence in the Abdallah stronghold since 1976 — knew what was going on but let it continue, because Damascus could serve as a go-between. The message sent is in line with the logic of last spring's negotiations which almost ended in Georges Abdallah's release. Already sentenced in Lyons to four years in gaol, he will be tried in Paris for involvement in the 1982 slaying of two diplomats, an American and an Israeli, a charge it will be legally difficult to substantiate.

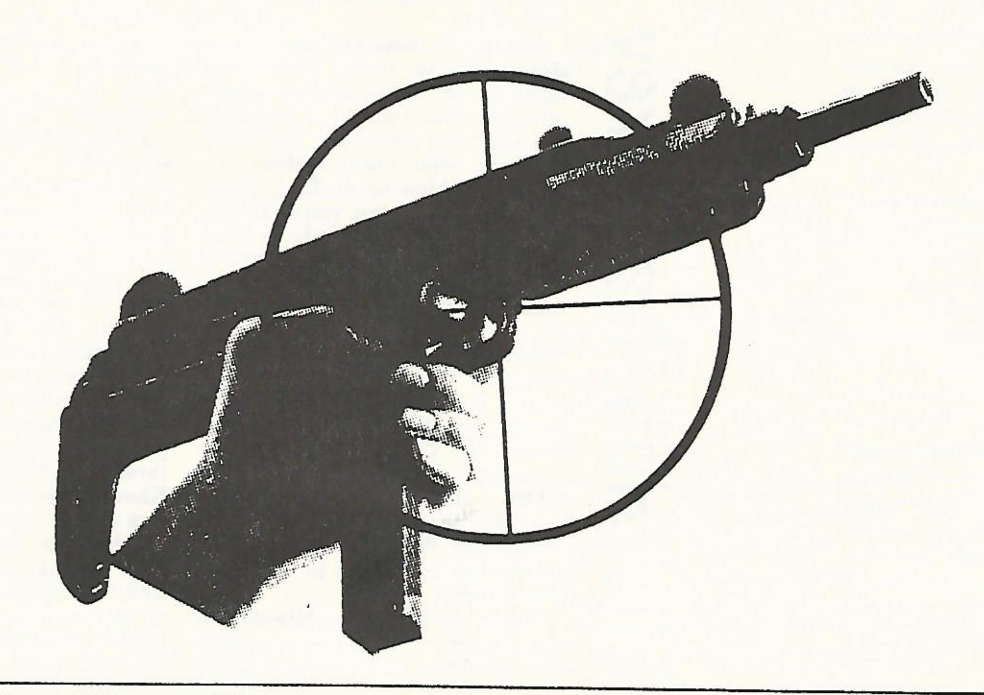
The deadline has been set for February, as Justice Minister Albin Chalandon acknowledged at the end of September. But a lull in terrorist activities, the weakness of the charges and Security Minister Robert Pandraud's recent visit to Washington to assure the US of French cooperation are all factors that could benefit FARL's leader.

To get the message across, France made a deal with Syria and Algeria over the heads of the Abdallah clan. As the satirical weekly Le Canard Enchaîné revealed, two close aides of Interior Minister Pasqua — Jean-Charles Marciani, a special services veteran, and Iskander Safa — established the preliminary contacts. The DST took over from there. The DST emissary who visited Damascus on October 9, after department head Bernard Gérard's visit, went to some of the areas under Syrian control. The Syrian secret service, headed by Ali Dubas, gave strict instructions to the FARL and threatened them with reprisals if the attacks were resumed. At the same time Algeria mediated by sending its head of military security, General Lakhal Ayad, to Lebanon.

In all these negotiations, Algeria is an obligatory intermediary. The reason is simple. One section of the Algerian FLN (National Liberation Front) is said to have helped this network in the past — out of "solidarity" — and provided in 1984 the authentic Algerian passport made out to Abdelkader Saadi, which was found on Georges Ibrahim Abdallah when he was arrested in Lyons. In short, Algeria has its contacts with the FARL and has proved it in the past, especially when Gilles Sidney Peyroles was released. In return for this help from Algeria, France has put the screws on opponents of President Shadli Benjeddid's regime who are living in France. Thirteen members or sympathisers of the MDA (Algerian Democratic Movement) headed by former Algerian President Ahmed Ben Bella (now living in exile in Switzerland) were arrested. The public outcry stopped the government from expelling them, but we now know that three of the more active among them — Saad Absi, Brahim Kentour and Mrs Khe'ira Berhaba — were originally due to be sent directly to Algiers (at the request of the Algerian government) under the "absolute emergency" procedure utilised for packing Basque ETA refugees in France off to Spain.

Then remains the threat. The privileged interlocutor here was Elie Hobeika, a frequent visitor to Paris. He arrived in the second week of October, landing at Le Bourget in a private plane belonging to the Lebanese multimillionaire Michel Murr, who used to be a former minister and is an aide of Hobeika. Hobeika's French contacts asked him to be ready to "waste" some of the FARL members if the bombings were resumed. What was France giving in return for this? In all probability, as Libération, Le Matin and The Sunday Times claim, money and weapons to Syria and its Lebanese allies.

(October 30)



Mord auf syrische Rechnung

Nach Geheimdienst-Erkenntnissen wurde eine Serie von Anschlägen der jüngsten Zeit mit Unterstützung des Regimes Assad vorbereitet

SDZ 9.11.86

In einer Maschine aus Damaskus landete im März 1981 ein dreiköpfiges Mordkommando auf dem Köln-Bonner Flughafen. Die Männer stiegen in einem Hotel am Rhein ab. Am nächsten Tag holten sie die Mordwaffen aus der syrischen Botschaft in Bonn und fuhren – es war der 17. März – nach Aachen. Dort klingelten sie an der Tür von Dr. Issam El Attar, dem Führer der Exil-Moslembruderschaft in Europa. Als dessen Frau öffnete, schossen die Killer sie nieder – eigentlich waren die Kugeln für ihren Mann bestimmt. Für die Tat sollte das Kommando nach Landsknechtsart entlohnt werden: einige tausend Dollar und ein Grundstück in Damaskus.

Dieses erste, vom syrischen Staat unterstützte Attentat auf deutschem Boden fiel nicht von ungefähr in das Jahr 1981. Seinerzeit wollte Staatschef Hafis el-Assad nicht nur den innenpolitischen Machtkampf gegen die fanatische Moslembruderschaft für sich entscheiden. Im selben Jahr überwarf sich auch Abu Nidal, der am meisten gesuchte und gefürchtete Terrorist im Nahen Osten, mit dem irakischen Staatschef Saddam Hussein. Er suchte und fand die Obhut des syrischen Staatspräsidenten. Seitdem Nidal, der „Vater des Kampfes", und Assad, der „Fuchs", einander die Hand gereicht haben, spielt Syrien eine aktive Rolle im internationalen Terrorismus. Heute nehmen die westlichen Geheimdienste an, daß das Netz der sogenannten „Damascus Connection" stärker und enger geknüpft ist als das des libyschen Staatschefs Khadhafi.

Weil Syrien die direkte Konfrontation mit Israel wegen dessen militärischer Überlegenheit scheut, führt es den Krieg gegen seinen Erzfeind aus dem Hinterhalt: mit terroristischen Gewalttaten gegen Bürger und Einrichtungen des Judenstaates und dessen wichtigsten Verbündeten, die USA. „Der Staatsterrorismus Syriens", analysiert ein westlicher Nachrichtendienstexperte, „ist eine Ersatzhandlung für den Krieg gegen Israel." Außerdem sollen die Kugeln, Handgranaten und Bomben den Führungsanspruch Syriens im Nahen Osten bekräftigen. Aus Angst vor israelischen Vergeltungsschlägen, etwa nach dem Vorbild der amerikanischen Attacke auf Libyen, suchen die Bombenstrategen in der syrischen Hauptstadt jedoch bestimmte Risikogrenzen nicht zu überschreiten. Anders als Khadhafi rühmen sie sich ihrer Greueltaten auch nicht. Auf der diplomatischen und publizistischen Bühne wäscht Assad seine Hände in Unschuld.

Westliche Dienste halten es seit langem für erwiesen, daß Damaskus ein Zentrum des Staatsterrorismus ist. Gesteuert wird er nach einhelliger Expertenmeinung vom Geheimdienst der syrischen Luftwaffe. Dessen Chef, General Al Khouli, und sein Stellvertreter, Oberstleutnant Haitham Said, konzipieren und dirigieren von Damaskus aus die Morde und Bombenanschläge, wie gleichfalls mehrere westliche Quellen berichten. Die beiden Luftwaffenmänner sollen mit voller Rückendeckung von Assad handeln, ja die Dienste nehmen sogar an, daß Assad über alle größeren Operationen vorher informiert wird und daß keine ohne sein Einverständnis abläuft. Für eine direkte Komplicenschaft Assads gibt es zwar bislang keine Beweise. Seine direkte Verantwortung wird aber aus der Struktur des syrischen Herrschaftssystems abgeleitet.

Oberstes Gesetz syrischer Auslandsoperationen ist, sich bei Terrorakten nie die Hände selbst blutig zu machen. Die Drahtzieher schicken palästinensische oder jordanische Söldnertruppen an die Front. Mit Billigung und im Auftrag des syrischen Luftwaffendienstes operieren an der terroristischen Front unter anderem Abu Nidal und etwa 300 Gefolgsleute, Abu Moussa und seine Anhänger, die „Saika", früher unter dem Namen „Adler der Revolution" bekannt, und die „Jordanische Revolutionäre Armee". Haben Nidal und Moussa bisher nur wenige Spuren, allenfalls Hinweise, aber keine Beweise für einen staatlich organisierten Terrorismus Syriens hinterlassen, so endeten die Einsätze der „Jordanischen Revolutionären Armee" in Westberlin und London mit fatalen Pannen. Nach Festnahmen plauderten Mitglieder dieser „Armee" munter aus ihren Terroristen-Tagebüchern, statt nach den Geheimdienstregeln beharrlich zu schweigen oder eine Legende zu erzählen.

Hinter dem großspurigen Namen „Jordanische Revolutionäre Armee" verbirgt sich nicht mehr als ein Familien-Clan: die Hindawis. In London verurteilte das Schwurgericht Old Bailey Nesar Hindawi wegen eines versuchten Bombenanschlages auf eine El-Al-Maschine am 17. März 1986 zu 45 Jahren Gefängnis; in Berlin sitzen der Bruder Hasi und ihr gemeinsamer Freund Farouk Salameh wegen eines Anschlages auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft am 29. März 1986 in Untersuchungshaft; Mahmoud Al Hindawi, ein weiterer Bruder, ist untergetaucht (ein Vetter namens Awni Hindawi sitzt in Genua im Knast).

Test mit falschen Dokumenten

Als die Brüder Nesar und Hasi sowie Farouk nach den Bombenanschlägen in London und Berlin festgenommen wurden, legten sie umfassende Geständnisse ab. Trotz späterer Widerrufe halten das Londoner Gericht wie die Berliner Staatsanwaltschaft die ersten Aussagen der beiden für glaubhaft – insbesondere wegen der zahlreichen Einzelheiten. Die Schilderungen werden zudem teilweise durch nachrichtendienstliche Erkenntnisse, insbesondere der britischen Spionageabwehr, bestätigt und ergänzt.

Nach Überzeugung des englischen Schwurgerichts Old Bailey und der Berliner Staatsanwaltschaft hat sich folgendes abgespielt: Die terroristische Karriere des Hindawi-Clans sollte eigentlich 1985 in Libyen beginnen. Das von fanatischem Haß gegen Israel getriebene Quintett bot seine Dienste zunächst Khadhafi an, verlangte aber für Terroraktionen mindestens eine dreiviertel Million Dollar. Khadhafis Geheimdienstleute ließen die fünf indes abblitzen. Offene Ohren fand der Clan dagegen anschließend in Damaskus. Oberstleutnant Said, der bei seinem ersten Gespräch mit Nesar Hindawi eine Luftwaffenuniform trug, heuerte die Brüder samt Anhang an. Er sorgte dafür, daß Nesar Hindawi und Farouk Salameh in einem Lager in der Nähe von Damaskus das terroristische Abc vermittelt bekamen. Sie lernten, Bomben zusammenzusetzen und zu zünden. Bevor die Syrer aber auf die hohen Geldforderungen des Clans eingingen, wollten sie erst einmal Taten sehen.

Nesar Hindawi, für die Londoner Operation ausgeguckt, reiste ungefähr zwei Wochen vor der geplanten Tat in die britische Hauptstadt. Er wollte testen, ob seine falschen Dokumente unbeanstandet blieben, und den Anschlag vorbereiten. Begleitet wurde er auf seinem Trip von einem syrischen Geheimdienstler namens Samer Kokash. Im Royal Garden Hotel, dem Mannschaftshotel der Syrian Arab Airlines, stiegen beide ab. Sein

Reisebegleiter übergab einem Angehörigen der syrischen Luftfahrtgesellschaft einen Umschlag. Nach den Erkenntnissen westlicher Dienste spielt die staatliche syrische Fluggesellschaft, in deren Vorstand auch Geheimdienstchef Al Khouli sitzt, neben den syrischen Botschaften eine Schlüsselrolle bei der logistischen Vorbereitung und Durchführung von Terroraktionen.

Zurück in Damaskus, erklärte der stellvertretende Geheimdienstchef Said Nesar Hindawi den Umgang mit einer Semtex-Plastikbombe und die Handhabung eines als Taschenrechner getarnten Zeitzünders. Festgelegt wurde auch, auf welche Flugnummer die Bombe eingesetzt werden sollte. Nur das Datum des Fluges blieb offen. Said war es dann auch, der vorschlug, die Bombe – weil das unauffälliger sei – mit Hilfe einer Frau an Bord einer El-Al-Maschine zu schleusen. Und Nesar erinnerte sich an seine ehemalige Freundin Anne Murphy, die er einige Monate zuvor wegen einer Schwangerschaft und ihrer Weigerung, das Kind abzutreiben, im Stich gelassen hatte: Nun wollte er sie als „lebende Bombe" benutzen. Für einen erfolgreichen Anschlag auf die israelische Maschine versprach der syrische Geheimdienst Nezar 250 000 Dollar Belohnung – zahlbar eine Woche nach der Tat.

Am 5. April 1986 reiste der Jordanier mit einem nur von syrischen Regierungsbeamten benutzten Paß unter dem falschen Namen Issam Share und mit 12 000 Dollar abermals nach London. Seine Visa waren vom syrischen Außenministerium beantragt und, wie sich später herausstellte, von einem syrischen Agenten in der britischen Botschaft in Damaskus gewährt worden. Wieder fuhr Nezar mit der Flugzeug-Crew ins Royal Garden Hotel. Dort übergab ihm am selben Tage ein Mitglied der Besatzung, den er unter dem Namen Adnon Habeb bereits bei seiner ersten London-Visite kennengelernt hatte, ein Gepäckstück mit der Bombe.

Zwei Tage später stand Nesar Hindawi vor der Tür von Anne Murphy, spielte den reumütig-charmanten Sünder, machte ihr auf der Stelle einen Heiratsantrag und unterbreitete auch sofort einen Vorschlag für das Ziel der Hochzeitsreise: Israel. Gut zehn Tage später begleitete er seine Verlobte, in deren Gepäck er zuvor die Bombe mit Zeitzünder raffiniert verstaut hatte, zum Flughafen Heathrow. Sie solle, wie er ihr erklärte, allein vorausfliegen; er würde mit einer späteren Maschine folgen. Tatsächlich fuhr er wenig später mit dem Bus der syrischen Airline zum Flughafen Heathrow, um von dort nach Damaskus zu fliegen. Daraus wurde jedoch nichts. Vermutlich ein Syrer hatte beobachtet, daß israelische Geheimdienstleute Anne Murphy festgenommen hatten und der Bombenanschlag damit gescheitert war. Ein Mitarbeiter der syrischen Fluggesellschaft stoppte den Crew-Bus und forderte Nesar Hindawi auf, sofort zur syrischen Botschaft zu fahren und dort dem diplomatischen Vertreter einen Zettel zu übergeben. Botschafter Loutaf Allah Hayder reagierte kopflos: Er rief direkt und unverschlüsselt von einem nicht abhörsicheren Telephon in Damaskus an. Die Terrorzentrale wies ihn an, Nesar Hindawi zunächst in ein „Haus in West-Kensington" zu bringen. Beim Abschied fand der Botschafter für den gescheiterten Bombenleger noch einige beruhigende und tröstende Worte: „Mach dir keine Sorgen, du bist unter Freunden, die sich um dich kümmern werden", soll er nach Hindawis Aussage sinngemäß gesagt haben. Im „Haus in Kensington" wurden Hindawi die Haare geschnitten. Am nächsten Tag sollte sein Aussehen weiter verändert werden. Dann wurde er eingeschlossen und, seinem Eindruck nach, bewacht.

Als er am nächsten Tag wieder zur syrischen Botschaft gebracht wurde, packte ihn panische Angst. Er entwischte seinen Begleitern und versteckte sich im London Visitors Hotel. Nach einem Telephongespräch mit einem Bruder, der anschließend die Polizei informierte, verhaftete ihn die Londoner Polizei. Im Gefängnis des Londoner Stadtteils Brixton erkannte er, daß ihm allein seine syrischen Gewährsleute noch aus der Klemme helfen konnten. In einem aus der Anstalt geschmuggelten Brief schrieb er an seinen Vetter in Genua, dieser solle nach Damaskus reisen, um seinen, Nesars, und seines Bruders Austausch gegen israelische Gefangene zu veranlassen: „Du bist autorisiert, jede Lösung zu überlegen. Es bleibt nicht mehr viel Zeit." Er solle sich – wie es in einem in Italien abgefangenen Kassiber hieß – nur an Haitham Said in Damaskus wenden – das heißt: an den syrischen Geheimdienst.

Dieser Said war es auch, der nach Ansicht westlicher Nachrichtendienste beim Anschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft am 29. März 1986 in Berlin hinter den Kulissen Regie führte – und zwar als Führungsoffizier aus der syrischen Botschaft in Ostberlin. Im Februar 1986 hatte Nesar aus London seinen Bruder Hasi in Berlin angerufen und ihn mit dem Terrorakt gegen das Büro der Gesellschaft in Kreuzberg betraut. Die Bombe sollte sich Hasi bei der syrischen Botschaft in Ostberlin abholen.

Eine Bombe als Strafe

Der Hintergrund dieses Planes: Die Palästinenser im Umfeld der Deutsch-Arabischen Gesellschaft verstanden sich überwiegend als Anhänger des eher moderaten PLO-Chefs Jassir Arafat. Als die militanten Parteigänger Abu Moussas unter den Palästinensern in Westberlin die Gesellschaft nicht zu einem radikalen politischen Kurswechsel bewegen konnten, sollte diese mit der Bombe bestraft und dadurch zur Einsicht gebracht werden.

Die Vorbereitung und Ausführung des Anschlages: Beim Anruf eines gewissen Abu Ahmad sollte sich Hasi Hindawi als „Fadi" melden. Der Anrufer bestellte ihn in die Ostberliner syrische Botschaft. Dort übergab Geheimdienstoffizier Said, der unter dem Decknamen Abu Ahmad auftrat, Hasi den Sprengstoff und erklärte ihm, wie dieser zu schärfen und zu zünden sei.

Als der Sprengstoff zweimal nicht explodierte, bat Hasi seinen Bruder in London telephonisch um Rat. Bereits einen Tag später erschien ein Experte bei Hasi in Westberlin und reparierte den Sprengsatz. Nach Einschätzung des Jordaniers selbst war es ein Syrer, der vermutlich mit einem Diplomatenpaß aus der Ostberliner syrischen Botschaft gekommen war. (Innerhalb von 24 Stunden einen Fachmann aus Damaskus einfliegen zu lassen, scheint schwer möglich zu sein.) Für den Anschlag, bei dem sieben Menschen schwer verletzt wurden, müssen sich Hasi Hindawi und Farouk Salameh vom 17. November an wegen versuchten gemeinschaftlichen Mordes vor dem Kriminalgericht Moabit verantworten.

Die zweifellos gefährlichste Terrortruppe unter syrischer Schutzherrschaft stellen die Freischärler um Abu Nidal dar, der sein Hauptquartier und mehrere Büros in Damaskus hat. Das Lager „Yarmuk" und ein Ausbildungslager im sy-

risch besetzten Bekaa-Tal im Libanon sind ihm für seine Guerilleros überlassen worden. Nidal zieht viele junge radikale Palästinenser an und hat von Assad freie Hand erhalten, seine Truppen zu verstärken. Sein Verbindungsmann zur syrischen Regierung ist nach übereinstimmenden Erkenntnissen westlicher Nachrichtendienste der Chef des Luftwaffengeheimdienstes, General Al Khouli.

Wie weit die Unterstützung Nidals durch die syrische Regierung reicht, zeigt deren Vermittlerrolle bei geheimen Kontakten zwischen der österreichischen Regierung und dem Anführer der palästinensischen Terrortruppe: Kurz vor Weihnachten 1985 wollte Nidal auf dem Verhandlungswege die Entlassung einiger in Österreich und Italien inhaftierter palästinensischer Terroristen erreichen. Die Regierung in Wien lehnte den Handel jedoch kategorisch ab. Zur Rache schickte Nidal ein großes, im Bekaa-Tal ausgebildetes Terrorkommando auf Reisen. Dieses flog zunächst nach Belgrad. Dort teilte sich die Truppe. Die einen fuhren mit der Bahn nach Wien, die anderen nach Rom weiter. Die von ihnen dann zwischen Weihnachten und Neujahr an einem Tag angerichteten Massaker auf den Flughäfen in Wien und Rom waren, wie man heute weiß, mißlungene Geiselnahmen. Denn durch den terroristischen Doppelschlag auf die El-Al-Schalter, bei dem 16 Menschen starben und über hundert verletzt wurden, sollten eigentlich die in Italien und Österreich inhaftierten Kampfgefährten freigepreßt werden.

Ein alter Bekannter

Beide Blutbäder wurden auf eine für Abu Nidal typische Art in Szene gesetzt: Um Tatort und -umstände auszukundschaften, werben Hintermänner in den betroffenen Ländern lebende Palästinenser an. Die Waffen und Bomben transportieren syrische Diplomaten oder Angehörige der staatlichen syrischen Fluggesellschaft in das Land des geplanten Anschlages. Kommando und Führer reisen dann – das ist ein eisernes Prinzip – getrennt an. Nur die Leiter der Operationen kennen die Einsatzpläne und die Verstecke der Maschinengewehre und Bomben. Bei der Tat selbst bleiben die Führer im Hintergrund. Die Folge: Häufig wissen die Terrorkommandos gar nicht, was sie tun, ja manchmal werden sie sogar bewußt in den Tod geschickt. Die beiden Terroristen, die am 6. September 1986 in der Istanbuler Synagoge „Neve Shalom" 21 Juden ermordeten, konnten die Bluttat gar nicht überleben, weil den Handgranaten, die sie benutzten, ein Mechanismus für Zeitverzögerung vor der Explosion fehlte. Auch bei den Anschlägen in Wien und Rom sowie bei der Kaperung des Pan-Am-Jumbos in Karatschi im September 1986, die nach heutigen Erkenntnissen alle auf das Konto Abu Nidals gehen, kamen jeweils mehrere Mitglieder der Kommandos um. Bei all diesen Taten soll der syrische Luftwaffendienst seine Hände im Spiel gehabt haben. Vor der Kaperung des Pan-Am-Jumbos in Karatschi hatte sein Chef, Al Kouhli, nach westlichen Geheimdienstquellen Abu Nidal ausdrücklich grünes Licht gegeben.

Nach dem Nidal-Muster operiert auch die Abu-Moussa-Gruppe. Diese El-Fatah-Dissidenten mit Hauptsitz in Damaskus stehen nach Erkenntnissen westlicher Geheimdienste voll unter syrischer Kontrolle. Auf ihr Konto geht unter anderem der Bombenanschlag auf den El-Al-Schalter des Madrider Flughafens am 27. Juni 1986, bei dem zwölf Personen verletzt wurden. Einer der Bombenleger, der Araber Isaias Manuel Jalafe, war ein gewöhnlicher Verbrecher mit besonderen Erfahrungen im Rauschgiftschmuggel. Sein Begleiter, Nasser Massan el Ali, trug einen syrischen Reisepaß auf den Namen George Wattar bei sich. Die Wohnung, die das Duo vorübergehend in der spanischen Hauptstadt bezog, soll von einem Angehörigen der syrischen Botschaft angemietet worden sein.

Als aus dem Koffer auf dem Transportband des El-Al-Schalters Rauch aufstieg und es dann laut krachte, versuchte Jalafe nicht einmal zu fliehen. Sein Begleiter, nach bewährtem Muster nicht am Tatort, hatte ihn getäuscht, ihm erzählt, daß er in dem Koffer Drogen schmuggeln würde. Derart aufs Kreuz gelegt, hatte der arglose Terroristenhelfer keine Skrupel, den Namen und die Wohnung des Mannes zu nennen, der ihm den Koffer übergeben hatte: George Wattar. Die spanische Polizei nahm ihn sofort fest. Bei der Überprüfung seiner Identität stellten die Beamten fest, daß ihnen ein alter Bekannter westlicher Nachrichtendienste ins Netz gegangen war. Wattar alias Nasser Massan el Ali war in der Moussa-Truppe für Terroroperationen in Europa verantwortlich. Wieder einmal führte also eine terroristische Blutspur nach Damaskus.

Bonn weiß nichts von Verschwörung gegen syrische Regierung

SDZ 8.11

Bonn (Reuter)

Die Regierungen in Bonn und Paris haben am Freitag einen Bericht der *Washington Times* dementiert, nach dem die Bundesregierung hinter dem mißglückten Attentat auf ein israelisches Flugzeug in London eine Verschwörung Israels und syrischer Oppositioneller gegen die Regierung in Damaskus vermutet. Regierungssprecher Ost sagte in Bonn, die Bundesregierung habe entsprechende Informationen nicht gehabt und könne sie auch nicht weitergegeben haben. In Paris ließ Ministerpräsident Chirac erklären, er sei falsch zitiert worden.

Die *Washington Times* meldete in ihrer Freitagausgabe, der französische Ministerpräsident Chirac habe in einem Interview mit der Zeitung erklärt, Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher hätten ihm gegenüber den Verdacht geäußert, daß der israelische Geheimdienst sowie syrische Oppositionelle den Attentatsversuch inszeniert hätten. Ziel sei es gewesen, den syrischen Präsidenten Assad in Schwierigkeiten zu bringen. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn sagte, bei dem Zeitungsbericht handle es sich um eine „freie Erfindung", die zurückgewiesen werde.

Anklage gegen Abu-Nidal-Gruppe in der Türkei erhoben

SDZ 8.11

Ankara (AP)

Türkische Staatsanwälte haben jetzt in Ankara offiziell wegen des Anschlags auf die Synagoge in Istanbul am 6. September Anklage gegen die palästinensische Terrorgruppe um Abu Nidal erhoben. Die Anklagepunkte erstrecken sich auch auf eine ganze Reihe anderer terroristischer Verbrechen in der Türkei. Die Anklageerhebung ist der erste amtliche Schritt, durch den die Gruppe um Abu Nidal offiziell mit dem Anschlag auf die Newe-Schalom-Synagoge in Verbindung gebracht wird, bei dem 21 jüdische Gläubige den Tod fanden.